

Karl-Heinz Ohlig

## Zukunft der Kirche

Die katholische Kirche findet immer weniger Zustimmung, ja sogar die Achtung vor ihr schwindet. Die Zahlen der Kirchengaustritte steigen in gefährlichem Maß, und es sind nicht nur „Randständige“, die sich trennen, sondern sehr viele auch bisher engagierte Katholiken. Sie sind entsetzt über die jahrzehntelange Praxis des Kindesmissbrauchs durch Priester und auch Laien in wichtigen kirchlichen Positionen, darüber hinaus durch die Vertuschung seitens der Bischöfe und kirchlicher Leitungsstellen, denen es wichtiger war, alles zu verschweigen, um das Image der Kirche nicht zu beschädigen; die Täter wurden gnädig behandelt, oft nur auf andere Seelsorgsstellen versetzt, wo sie ihre bisherigen Vorlieben weiter ausleben konnten – mit den betroffenen Opfern wurde nicht gesprochen, Hilfe gab es nicht. Und das alles in einer Institution, die ansonsten ihren Mitgliedern – vor allem in der Sexualmoral – rigide und oft rational nicht vermittelbare Normen auferlegt.

Die Informationen über diese Zustände trafen auf eine Situation in der Kirche, die ohnehin schon arg beschädigt war. Es gab seit Langem Forderungen, tief gehende Reformen anzugehen. Die Rolle der Frauen, vor allem ihr Ausschluss von kirchlichen Leitungssämtern, die nur den männlichen Priestern vorbehalten sind, die alleinige Kompetenz von Priestern, eine Gemeinde zu leiten – obwohl die immer mehr schrumpfende Zahl von Priestern dies nicht mehr leisten kann –, die klerikale Struktur, das Fehlen einer unabhängigen Gerichtsbarkeit, die alleinige Kompetenz der Bischöfe, die ohne Beteiligung von Laien ihre Beschlüsse fassen – all das hatte schon ein drückendes Klima geschaffen. Hinzu kommen – das gilt für alle Kirchen – die Notwendigkeit, die eigenen Lehrgebäude historisch-kritisch zu untersuchen und umzuformulieren. Die aus mythischen Zeiten stammenden dogmatischen Traditionen sind unverständlich und für viele Christen nicht mehr tolerabel. So müssen die Kirchen versuchen, bestimmte Topoi neu zu

formulieren, z.B. die (physische) Gottessohnschaft Jesu, die Trinitätslehre, die Erbsündenlehre usf., für katholische Christen auch noch die Papst- und Mariendogmen und die Lehre von der Transsubstantiation.

In dem sogn. synodalen Prozess, bei dem Laien und Bischöfe gemeinsam wirken, werden diese Fragen aufgegriffen und, wie die drei Vollversammlungen zeigen, auch durchaus kritisch bearbeitet. Es besteht die Möglichkeit, dass am Ende ein beachtliches Reformpaket beschlossen wird, durch dessen Umsetzung wirkliche Verbesserungen in Gang gesetzt würden. Konjunktiv. Warum? Bin ich Pessimist oder doch Realist, wenn ich der Meinung bin, dass die beeindruckenden Bemühungen scheitern werden? Zum einen gibt es in der Bischofskonferenz noch einige Voderholzers, die unbelehrbar sind und nichts verstehen. Zum anderen gibt es Rom, genauerhin den Vatikan. Er wird, wohl mit Hinweis auf seine gesamtkirchliche Verantwortung, einen deutschen Sonderweg (obwohl er das gar nicht ist) zurückweisen. Und der angeblich in absolutistischer Weise regierende und ein wenig wohlwollende Papst wird die Ablehnungsschreiben unterzeichnen, wie schon an anderen Beispielen deutlich wurde.

Was geschieht dann? Ich denke, es kommt zu einer (wenigstens) Dreiteilung der deutschen Kirche. Da wird es einmal eine traditionalistische oder wenigstens kritiklose Gruppe – vielleicht die größte – geben, die unter der Leitung der Bischöfe weitermacht wie bisher.

Es wird eine wachsende Zahl an ehemaligen katholischen Christen geben, die aus der Kirche ausgetreten sind oder noch austreten, sich wohl weiterhin trotz allem als Christen betrachten, aber mit der Zeit – wenn sie sich nicht organisatorisch verfestigen – in die allgemeine Gesellschaft nivellieren. Vielleicht aber wird eine dritte Gruppe von Christen („kritische Katholiken“) in der Kirche bleiben, ohne sich noch um Bischöfe und Papst zu kümmern, die ihren Glauben ohne mythologische Narrative leben, Jesus nicht für Gott halten, die Trinität relativieren, die Erbsündenlehre beiseite lassen usf. und auch neue Formen der kirchlichen Gemeinsamkeit und Liturgie versuchen. Ob es diese dritte Gruppe geben wird, die sich ja auch, um zu bestehen, gewisse organisatorische Formen

geben müsste, ist unklar. Es könnte sein, ebenso aber auch, dass sie sich in die wachsende Gruppe zwei aufhebt.

Hoffen wir, dass die Reformvorschläge akzeptiert und realisiert werden. Andernfalls wird die Kirche der Zukunft anders sein, als wir es gewohnt waren. Auf keinen Fall aber besser.

\*\*\*

Irmgard und Benno Rech

## Der weinende Gott, ein vergessenes Gottesbild

Jetzt sollten wir ihn weinen hören, den Gott, der tiefen Schmerz empfindet und wehklagt über das Leiden und die Verletzungen unzähliger Kinder, die von zölibtären Priestermännern, die sich ihm geweiht haben, herzlos und brutal sexuell missbraucht wurden. Auch Jesus müssten wir jetzt weinen sehen, so wie er im Lukasevangelium dargestellt ist, als ein maßlos Enttäuschter, der über Jerusalem, seine Zeitgenossen, bitterlich weint. Lukas schreibt: „Als er näher kam und die Stadt sah, weinte er über sie und sagte: ‚Wenn doch auch du an diesem Tag erkannt hättest, was dir Frieden bringt. Jetzt aber bleibt es vor deinen Augen verborgen‘“ (Lk 19, 41). Und wie ist es mit unserem Weinen? Haben wir als Laien nicht viel zu viel Hochachtung vor dem Priesteramt entwickelt, was zu der Neigung geführt hat, aufkommende Vermutungen eher als üble Nachrede abzutun, statt uns entschlossen auf die Seite der Kinder zu stellen?

In diesen Corona-Zeiten ist uns unsere Dorfkirche ein gern besuchter Ort geworden für ein besinnliches Nachdenken. Als wir uns neulich zur Pietà in eine kleine Seitenkapelle gesetzt haben, wo immer Kerzen brennen, berührte uns diese eindrückliche Darstellung der weinenden und klagenden Maria, die ihren toten Sohn auf ihrem Schoß hält. Einst stand diese Skulptur in unserer alten Kirche neben der Tafel mit den Namen der im Ersten Weltkrieg Gefallenen, die damals noch „Krieger“ genannt

wurden. Wie viele Frauen, die damals ihre Söhne im Krieg verloren haben, werden vor dieser Schmerzensmutter geweint haben. Wo aber gab es einen Ort für den väterlichen Schmerz? Oder gab es den damals nicht, weil Väter, statt zu weinen, stolz zu sein hatten, da ihre Söhne ja den Heldentod als Opfertod für das Vaterland gestorben sind.

Wie eine schöne Fügung kam es uns vor, dass wir nach diesen Überlegungen vor der Schmerzensmutter beim Heimkommen in unserem Briefkasten die Ankündigung einer Skulpturenausstellung in Aachen entdeckten unter dem Thema „Der Schmerz des Vaters?“ Warum das Fragezeichen? Sind sich die Aussteller uneins in ihrer Deutung dessen, was sie ausgestellt haben? Zu sehen sind spätmittelalterliche Skulpturen. Auf dem Faltblatt zur Ausstellung finden wir eine Skulptur abgebildet, die tatsächlich einen Gottvater zeigt, der den zerstückelten Leib seines Sohnes auf dem Schoß hält. Unser Staunen war groß, denn neben Gottvater ist eine kniende Maria mit gefalteten Händen zusehen. Dadurch entsteht der Eindruck, sie habe Gottvater ihren Sohn zum Mit-Trauern auf den Schoß gegeben. Hier ist der Schmerz über den gemarterten Sohn in das Bild von Gottvater hineingenommen. Eine zweite Abbildung zeigt Gottvater allein, wie er stehend Jesus als Schmerzensmann vor sich in Händen hält und ihn so, selber von Schmerz ergriffen, dem Betrachter zeigt. In der Kunstgeschichte hat man für diese Bildfindung die Bezeichnung „Trinitarische Pietà“ gewählt. Es gehört nämlich eine Taube dazu, die sich oft nicht erhalten hat.

Die marianische wie die trinitarisch genannte Pietà sind als Andachtsbilder konzipiert, die zur privaten Frömmigkeit außerhalb der Liturgie bestimmt sind. Beide Bildmotive fanden im Spätmittelalter weite Verbreitung. Könnte sich darin nicht eine Sehnsucht ausdrücken, das von der Dogmatik geprägte abstrakte Gottesbild zu vermenschlichen, indem die Künstler den Ausdruck von größtem Seelenschmerz einer Mutter auch im männlichen Gesicht Gottes erleben lassen wollten? Auch der Beter selber wollte zu der Zeit in seiner mystisch geprägten Frömmigkeit, lateinisch „pietas“, den Schmerz über das, was Jesus mit dem Kreuzestod angetan wurde, miterleiden. Aus dem kirchlichen Lehrsatz, dass

der Kreuzestod Jesu ein Sühnetod sei für die Sünden der Menschen, ließ sich zur Intensivierung der Schmerzempfindung dieser compassio-Frömmigkeit die Vorstellung entwickeln, jeder Beter sei mit seinen Sünden selber Mitverursacher der Leiden Jesu. Albrecht Dürer hat sich bei der Arbeit an seiner großen Holzschnittpassion offensichtlich von dieser Vorstellung leiten lassen. Auf dem Titelblatt lässt Dürer den verwundeten Jesus sprechen: „Die grausamen Wunden ertrage ich für Dich, o Mensch, . . . mit meinen Wunden heile ich Deine Wunden . . . auch reißt Du mit deinen Sünden meine Wunden auf.“

Während sich das Bildmotiv der marianischen Pietà in unseren Kirchen erhalten hat, ist die Darstellung der Trinitarischen Pietà aus den Kirchen verschwunden. Verschwand damit nicht auch das Bild vom schmerzgegriffenen Vater angesichts des geopferten Sohnes aus unserm Bewusstsein. Es hätte das Verhältnis der Christen zum Leid in andere Bahnen lenken können. Allein gültig blieb in der Liturgie die abstrakte Opferlehre, dass Gottvater den Kreuzestod seines Sohnes zur Sühnung der Erbschuld der Menschheit verlangt. Dieses theologische Narrativ vom Erlösungsoffer hat ausschließlich das Verhältnis der Christen zum Leid bestimmt. Aus der gehorsamen Annahme seines Leidens und Sterbens durch Jesus wurde die Glaubenshaltung entwickelt, jedwedes Leid als von Gott gewollt zu ertragen.

Wie gut sich diese Forderung einer Leidensbereitschaft in der Nachfolge Jesu mit einem gefährlichen Patriotismus vereinbaren ließ, beweisen zwei Totenbildchen, die in unserer Familie aufbewahrt werden. Es sind die Totenbildchen, die unser Opa für seine beiden zweiundzwanzig- und achtundzwanzigjährigen Söhne drucken ließ, die im ersten Weltkrieg gefallen sind. Über dem Text ist ein Kreuz gesetzt, es ist nicht das christliche Kreuz, sondern das kleine gleichschenklige Militärkreuz, darüber die Worte: „Es geschehe, es werde gelobt und ewig hochgepriesen der gerechteste, höchste und liebenswürdigste Wille Gottes in allem.“ Auf dem frühesten Bild vom 24. Februar 1915 wird der Tod mit nüchternen Worten mitgeteilt: „In den Kämpfen bei Perthes fiel . . . der Kriegsfreiwillige Unteroffizier . . . Inhaber des Eisernen Kreuzes.“ Auf dem zweiten Totenbild heißt es dann:

“Er starb den Heldentod fürs Vaterland.“ Dieser 22jährige ist in der Gefangenschaft elend verhungert. Vom Schmerz des Vaters und der Familie kein Wort! Oder doch, versteckt in den patriotischen Worten des Stolzes und in der von Übertreibungen strotzenden Sprache der absoluten Ergebenheit in den Willen Gottes? Jedes der Totenbilder endet mit einem Ablassgebet für die „armen Seelen“.

Wie unbedenklich haben Christen damals die Feindschaft zwischen den Nationalstaaten, die zum Ersten Weltkrieg geführt hat, und den daraus entstandenen Krieg als Kampf fürs Vaterland in den Plan Gottes eingebunden. Sowie das Leiden und Sterben Jesu theologisch als vom Vater auferlegtes Sühneopfer gedeutet wird, so wurde Verwundung und Tod im Krieg als von Gott gewolltes Opfer überhöht. Diese Opferwilligkeit lähmt jedes Aufbegehren gegen den Krieg, ja macht den nächsten Krieg wahrscheinlich. Was wäre geworden, hätten Väter zu ihrem Schmerz gestanden? Der Schmerz lässt sich auf die Realität des Krieges ein, auf die Erkenntnis, in welcher erschreckender Weise Krieg den Menschen enthumanisiert und wieviel Leid er bringt. Nur wer das unermessliche Leid erkennt, kann Widerstand gegen einen nächsten Krieg entwickeln. Die aus der erbarmungslos grausamen Hinrichtung Jesu entwickelte Erlösungstheologie hat nicht dazu beigetragen, Gewalt und Leid in der Welt zu verringern, was eigentlich die Absicht Jesu war. Leid zu ertragen und Opfer zu bringen wurde zur christlichen Tugend erhoben.

Sieht man von dem theologischen Konstrukt des Erlösungsnarrativs einmal ab und blickt realistisch auf das Hinrichtungsgeschehen in der damaligen Gesellschaft, dann ist der Tod Jesu ein Gewalttod, den Menschen sich in ihrer Grausamkeit und Gewaltbereitschaft ausgedacht und mitleidslos ausgeführt haben an dem, der gegen die Gewalt gepredigt hat. Das Ziel der Botschaft Jesu war es doch, aus seinem Gottesbild heraus die Menschen durch Gottesliebe, Nächstenliebe und Feindesliebe zu einem friedfertigen und gewaltlosen Miteinander zu führen. Aus dem Schmerz über all die Grausamkeiten, die Jesus angetan wurden und die in den Stationen des Kreuzwegs in allen Kirchen erinnert werden, und in Treue zum Liebesgebot der Bergpredigt hätte in den Christen von An-

fang an die Entschiedenheit erwachsen können, Widerstand zu leisten gegen jede Form von tätlicher Gewalt gegeneinander und für die Abschaffung des Krieges. Und dass selbst in der Kirche „Ketzer“ und „Hexen“ verbrannt wurden und heute sexuelle Gewalttaten lange geschehen sind und vertuscht wurden, darüber gilt es zu trauern und zu klagen, soll es Besserung geben.

Der Vater, der im Ersten Weltkrieg zwei Söhne verlor, hat seinen großen Schmerz versteckt hinter einer übersteigerten Ergebenheitsbekundung in den Willen Gottes und dem Pathos einer patriotischen Heldenverehrung. Wer seinen Schmerz ausdrückt, sogar weint, der gibt seinen Schutzwall auf und lässt uns in sein Inneres blicken. Im Buch Jeremia im Alten Testament gibt uns der Prophet Einblick in das enttäuschte, aufgewühlte Herz Jahwes, dessen Schmerz über die Untreue seines Volkes übergroß geworden ist. In der Tradition gilt das Buch Jeremia als Unheilsbuch, weil es von der Zerstörung Jerusalems durch die Babylonier als Strafgericht Gottes an seinem Volk erzählt. Es darf dabei aber nicht übersehen werden, dass diese Unheilserzählung poetisch eingebettet ist in eine hochdramatische Liebesgeschichte. In metaphorischer Sprache wird Jahwe zum tief gekränkten Liebhaber, der von seiner Geliebten verlassen wurde. Liebesklage quillt wie Tränen aus seinem Innern, wenn er sich der „Jugendtreue“ seines Volkes erinnert, an die Brautzeit, als Israel, sein „Herzensliebbling“ (12,7) ihm in der Wüste gefolgt ist. (2, 2) Was Israel dann aber getan hat, das macht ihn fassungslos. Er muss es herausklagen. Es ist die Klage eines Liebenden, der unter tiefsten Liebesschmerzen leidet. Israel hat Jahwe die Treue nicht gehalten, „gleichwie eine Frau wegen ihres Liebhabers nicht die Treue hält“ (3, 20) und ist „nichtigen Göttern“ nachgelaufen. „Entsetzt euch darüber ihr Himmel, erschauert gewaltig – Spruch des Herrn. Denn mein Volk hat doppeltes Unrecht verübt: Mich hat es verlassen, den Quell des lebendigen Wassers, um sich Zisternen zu graben, Zisternen mit Rissen, die das Wasser nicht halten.“ (2,12) Seine Enttäuschung und sein Entsetzen wühlen ihn derart auf, dass der Verfasser sich angefeuert sieht, die ganze Klaviatur seiner Sprache einzusetzen, um das Leid Jahwes auszudrücken.

Er lässt ihn flehen und betteln, sein „abtrünniges Volk“ möge ablassen von seiner „Hurerei“ und zu ihm zurückkehren. Er lässt ihn trauern und weinen über Jerusalem, weil es nicht erkennen will, was zu seinem Heil führt. Er erklärt ihnen immer aufs Neue, was er sich von ihnen wünscht und was ihm ein Gräuel ist: „Tut eure Brandopfer zu euren Schlachtopfern und frisst Fleisch! Denn ich habe euren Vätern an dem Tag, als ich sie aus Ägypten führte, nichts gesagt noch geboten von Brandopfern und Schlachtopfern.“ (7, 21) Der Prophet wird in den Königspalast geschickt mit der Aufforderung, den König und die Großen des Reiches zu mahnen: „Schafft Recht und Gerechtigkeit und errettet den Beraubten von des Frevlers Hand und bedrängt nicht die Fremdlinge, Waisen und Witwen und tut niemand Gewalt an und vergießt kein unschuldiges Blut an dieser Stätte.“ (22, 3) Er hört nicht auf zu hoffen, dass sie auf seine Stimme hören und zweifelt dennoch daran: „Wollt ihr das aber nicht hören, so muss ich heimlich weinen über solchen Hochmut.“ (13, 17) Er lässt sie sein verletztes Herz spüren in der mitleidlos-drastischen Sprache seiner Strafanrohungen: „Denn ich will sie heimsuchen mit vielerlei Plagen, spricht der Herr: mit dem Schwert, dass sie getötet werden; mit den Hunden, die sie fortschleifen sollen; mit den Vögeln des Himmels und mit den Tieren des Feldes, dass sie gefressen und vertilgt werden sollten.“ (15, 3) Dann aber packt ihn in einem Gemütsanschlag tiefes Weh wegen dem, was seinem Volke widerfahren ist, und er klagt in poetischen Versen mit den Klagenden: „So spricht der Herr der Heere:

Begreift es! Ruft die Klagefrauen herbei /  
Schickt nach den weisen Frauen! Sie sollen kommen

Schnell sollen sie kommen / und Klage über uns anstimmen,  
sodass unsere Augen von Tränen fließen /  
und unsere Wimpern von Wasser triefen.“  
(9, 16/17)

Als dann Jerusalem zerstört und das Volk in die Gefangenschaft geführt ist, verspricht er aus seiner unverwüstlichen Liebe heraus dem Haus Israel wie dem Haus Juda einen die Vergangenheit überbietenden neuen Bund: „Ich will mein Gesetz in ihr Herz geben und in ihren Sinn schrei-

ben, und sie sollen mein Volk sein, und ich will ihr Gott sein.“ (31, 33) Er führt sie aus der Gefangenschaft heim in ihr Land. Wird uns mit dieser poetischen Sprache, in der ein liebender Gott weinen und klagen kann über seinen eigenen Schmerz und das Leid seines Volkes, nicht ein ungewohntes Gottesbild gezeigt! Die Zeiten sind bei uns doch längst vorbei, da das Weinen ein Zeichen von Schwäche war. Wenn der Mensch weint, ist er am meisten Mensch. Er erwacht aus einer Starre, die ihn unempfindlich sein ließ gegenüber eigenem und fremdem Leid. Vermenschlicht gesprochen ist dann auch Gott am meisten Gott, wenn er weint. Mit dem Bild vom weinenden Gott nehmen wir seine unfassbare Liebe und Barmherzigkeit zu uns Menschen auf uns berührende Weise wahr. Es ist das komplette Gegenbild zu einem autoritären Herrschergott, der Versöhnungsoffer fordert. Und Jeremia wagt es, den praktizierten Opferkult für Jahwe aus seiner Liebespoetik heraus in Frage zu stellen. (vgl. Jer 7, 21) Hat nicht auch in unserer Frömmigkeit ein Opfer verlangender Gott eine viel zu große Rolle gespielt? Die Priesterrolle haben wir deshalb so überhöht, weil der Priester das sogenannte „Messopfer“ darbringt als „unblutige Vergegenwärtigung des Kreuzesopfers.“ Bleiben nicht schon seit längerem die Kirchen weitgehend leer, wenn Messe gefeiert wird. An einen Gott, der durch das Opfer seines eigenen Sohnes ständig versöhnt werden will, wollen heutige Christen vielfach nicht mehr glauben. Jeremia lässt Gott klagen: „Ja, die Söhne Judas taten, was mir missfällt - . . . Auch haben sie die Kulthöhe Tofet im Tal Ben-Hinnon gebaut, um ihre Söhne und Töchter im Feuer zu verbrennen, was ich nie befohlen haben und was mir niemals in den Sinn gekommen ist“ (7, 30/31).

Wir sollten uns gerade heute, da die Missbrauchsfälle die Kirche schwer belasten, nicht scheuen, uns an dieser Vermenschlichung zu orientieren, dass Gott weint. Dann verstehen wir vielleicht besser, was wir aus der Vergangenheit abtun müssen, um einen tiefgreifenden Neubeginn zu wagen.

(Anmerkung: Die Bibelzitate sind aus der revidierten Lutherbibel, die beiden letzten aus der Einheitsübersetzung genommen.)

\*\*\*

Norbert Mette

## **Für eine regenerative, inklusive und nachhaltige Ökonomie<sup>1</sup>**

Papst Franziskus mahnt eine radikale Reform des bestehenden Wirtschaftssystems an

### Vorbemerkung

Papst Franziskus hat von Beginn seines Pontifikats an sich wiederholt (in Lehrschreiben, Botschaften, Ansprachen und Briefen) zu Themen aus dem Bereich der Wirtschaft geäußert. Bekannt geworden ist sein Spruch „Diese Wirtschaft tötet“ (EG 53<sup>2</sup>), mit dem er sich harsche Kritik aus der Reihe von Ökonomen und Politikern zugezogen hat. In der Tat fällt seine Kritik am bestehenden Wirtschaftssystem vernichtend aus. Er wirbt zugleich konstruktiv für eine radikale Umsteuerung dieses Systems, und zwar so, dass es dem Wohl aller Menschen sowie der Erhaltung und gedeihlichen Entwicklung der natürlichen Ressourcen zugutekommt. Dabei schränkt der Papst ein, dass er und die Kirche generell über keine paraten Rezepte für Wirtschaftsfragen verfügen würden.<sup>3</sup> Klar sei allerdings nicht nur seiner Meinung nach, dass das bestehende System angesichts seiner manifesten Krisen nicht länger aufrecht zu erhalten sei und deswegen gemeinsam mit allen Betroffenen und auch risikobereit nach neuen Wegen gesucht werden müsse.

Wenn im Folgenden die Auseinandersetzung von Papst Franziskus mit aktuellen Wirtschaftsfragen in ihren Grundzügen

<sup>1</sup> „Prepare the Future: Building a Regenerative, Inclusive, and Sustainable Economy“ lautete das Treffen im Vatikan, zu dem Papst Franziskus am 12. Januar 2022 eine Botschaft schickte.

<sup>2</sup> Wiederholt in Papst Franziskus: Ansprache zur Teilnahme am Welttreffen der Volksbewegungen. Messegelände „Expo Feria“, Santa Cruz de la Sierra, 09.07.2015, in: Benedikt Kern, Radikal Welt verändern. Papst Franziskus und die Sozialen Bewegungen, Münster 2018, 207-224, hier: 216

<sup>3</sup> Vgl. ebd., 215.

nachgezeichnet werden soll, so geschieht das durchaus im gewissen Respekt vor der höchsten lehramtlichen Autorität der katholischen Kirche, aber mehr noch, weil seine Ansichten meiner Meinung nach überzeugend sind und ich mich deswegen gern für ihre Verbreitung einsetze.<sup>4</sup>

### Oikonomía – die angemessene Verwaltung des gemeinsamen Hauses

„Eine gerechte Wirtschaft muss die Bedingungen dafür schaffen, dass jeder Mensch eine Kindheit ohne Entbehrungen genießen, während der Jugend seine Talente entfalten, in den Jahren der Aktivität einer rechtlich gesicherten Arbeit nachgehen und im Alter zu einer würdigen Rente gelangen kann. Es ist eine Wirtschaft, in der der Mensch im Einklang mit der Natur das gesamte System von Produktion und Distribution so gestaltet, dass die Fähigkeiten und Bedürfnisse jedes Einzelnen einen angemessenen Rahmen im Gemeinwohl finden.“<sup>5</sup> Wirtschaft so zu verstehen, lege sich, so argumentiert der Papst, von der Wurzel des Begriffs oikonomía her nahe, nämlich oikos, Haus. Wirtschaft bestehe demzufolge in der „angemessene(n) Verwaltung des gemeinsamen Hauses“ (EG 206). Und dieses Haus umfasse die ganze Welt.

### Eine sozioökonomisch gespaltene Welt

Aber, so belegt Papst Franziskus mit Blick auf aktuelle Statistiken, es ist um dieses Haus derzeit katastrophal bestellt. Die Welt sei reich, so führte er in einer Ansprache im Februar 2020 aus<sup>6</sup>, trotzdem nehme die Zahl der Armen zu. Hunderte Millionen Menschen seien extremer Armut ausgesetzt. Ihnen würden Nahrung, Wohnung, medizinische Versorgung, Elektrizität, trinkbares Wasser, Schulen u.a.m. fehlen. Schätzungen zufolge würden fünf Millionen

Kinder unter fünf Jahren im Laufe des Jahres aufgrund von Armut sterben. Weiteren 260 Millionen Kindern sei der Besuch der Schule aufgrund fehlender Mittel oder aufgrund von Kriegen und Migration nicht möglich. Millionen Menschen seien zudem Opfer von Menschenhandel sowie neuen Formen von Zwangsarbeit, Prostitution und Organhandel. Gleichzeitig zu dieser extremen Armut gebe es einen extremen Reichtum. Offiziellen Zahlen zufolge würden fünfzig der reichsten Personen ein Vermögen in Höhe von 2,2 Billionen Dollar besitzen. Allein damit ließen sich die medizinische Versorgung und die schulische Bildung für alle armen Kinder weltweit finanzieren.

Für Papst Franziskus steht fest, dass die Menschheit zu dieser skandalösen globalen Ungleichheit nicht schicksalhaft und unabänderlich verurteilt ist.<sup>7</sup> Es stünden genügend Ressourcen zur Verfügung, um die Armut weltweit zu beseitigen. Entscheidend sei, welche Prioritäten gewählt würden, nämlich ob die zur Verfügung stehenden Ressourcen entweder für die Ermöglichung eines „guten Lebens“ (buen vivir)<sup>8</sup> aller eingesetzt würden oder für die Förderung eines sozioökonomischen Systems, das eine Minderheit zu Lasten der Mehrheit der Weltbevölkerung begünstigt.

Aufgrund der geschilderten Lage ist es für den Papst eindeutig, dass die zweite Alternative die Priorität erlangt habe und ein wirtschaftliches System vorherrschend geworden sei, das an der Wurzel ungerecht sei (EG 59). Das bedeutet nach ihm: „Solange die Probleme der Armen nicht von der Wurzel her gelöst werden, indem man auf die absolute Autonomie der Märkte und der Finanzspekulation verzichtet und die strukturellen Ursachen der Ungleichverteilung der Einkünfte in Angriff nimmt, werden sich die Probleme der Welt nicht lösen und kann letztlich überhaupt kein Problem gelöst werden.“ (EG 202)

### Fehlentwicklungen der Ökonomie

Demnach macht der Papst zwei markante Irrwege aus, die für das derzeit vorherrschende Wirtschaftssystem bestimmend

<sup>4</sup> Vgl. ausführlich dazu mein Buch: Nicht gleichgültig bleiben! Die soziale Botschaft von Papst Franziskus, Ostfildern 2017; vgl. zum Folgenden auch Andrea Tornelli/Giacomo Galeazzi, This Economy Kills. Pope Francis on Capitalism and Social Justice, Collegeville, Minnesota 2015.

<sup>5</sup> Papst Franziskus, Ansprache 2015 [Anm. 2], 216

<sup>6</sup> Vgl. Discurso del Santo Padre Francisco a los participantes en el seminario „Nuevas formas de Solidaridad“ organizado por la Pontificia Academia de las Ciencias Sociales“ vom 5. Februar 2020.

<sup>7</sup> Vgl. ebd.

<sup>8</sup> Ein aus der andinen Kultur übernommener Begriff, der die Bedingungen eines guten (Zusammen-)Lebens für alle Menschen inmitten ihrer Mitwelt (Fauna und Flora) umfasst.

geworden sind: das Beharren auf der absoluten Autonomie der Märkte und der Finanzspekulation und die damit zusammenhängende Ungleichverteilung der Einkünfte. In seiner Ansprache an die beim Heiligen Stuhl akkreditierten Botschafter vom 16. Mai 2013 hat er dazu ausgeführt: „Während das Einkommen einer Minderheit exponentiell ansteigt, vermindert sich das Einkommen der Mehrheit. Dieses Ungleichgewicht entspringt Ideologien, die die absolute Autonomie der Märkte und der Finanzspekulation unterstützen und so den Staaten das Recht der Kontrolle verweigern. [...] Außerdem entfernen Verschuldungen und Kredite die Länder von ihrer realen Kaufkraft. Hinzukommen vor allem eine sich rasch ausbreitende Korruption und eine egoistische Steuerhinterziehung, die globale Dimensionen angenommen haben. Macht und Besitzgier sind unbegrenzt geworden.“ In diesem Wirtschaftssystem, das rücksichtslos auf unbegrenztes Wachstum ausgerichtet sei, drehe sich, so betont der Papst immer wieder, alles nur um das Geld und seine dauernde Akkumulation. Alles andere sei dem untergeordnet. So fänden etwa die Menschen nur Beachtung als Leistungsträger und –trägerinnen sowie als Konsumenten und Konsumentinnen. Wer keine Leistung erbringe, wie beispielsweise ältere oder kranke Menschen oder auch Kinder und/oder auf dem Markt der ständig sich steigernden Konsumgüter nicht mithalten könne oder wolle, werde als unnütz abgeschrieben und ausgeschlossen. Was das mit den davon Betroffenen existenziell macht, wird mitleidslos ihnen selbst als Schuld zugeschrieben. Was das umgekehrt mit den Menschen macht, die sich mit dem Wirtschaftssystem arrangiert haben, hat Papst Franziskus wie folgt beschrieben: „Fast ohne es zu merken, werden wir unfähig, Mitleid zu empfinden gegenüber dem schmerzvollen Aufschrei der anderen, wir weinen nicht mehr angesichts des Dramas der anderen, noch sind wir daran interessiert, uns um sie zu kümmern, als sei das eine uns fern liegende Verantwortung, die uns nichts angeht. Die Kultur des Wohlstands betäubt uns, und wir verlieren die Ruhe, wenn der Markt etwas anbietet, was wir noch nicht gekauft haben, während alle diese wegen fehlender Möglichkeiten unterdrückten Leben uns wie ein bloßes Schauspiel erscheinen, das uns in keiner Weise erschüttert.“ (EG 54)

## Wirtschaftskritik als Religionskritik

Dass diese „Globalisierung der Gleichgültigkeit“ eines großen Teiles der Bevölkerung gelungen ist, liegt für den Papst nicht zuletzt daran, dass es geschickt verstanden worden ist, dieses Wirtschaftssystem als völlig alternativlos auszugeben, indem es religiös überhöht worden ist. „Wir haben“, so beschreibt er „die sakralisierten Mechanismen des herrschenden Wirtschaftssystems“ (EG 54), „neue Götzen geschaffen. Die Anbetung des antiken goldenen Kalbs (vgl. Ex 32,1-35) hat eine neue und erbarungslose Form gefunden im Fetischismus des Geldes und in der Diktatur der Wirtschaft ohne Gesicht und ohne wirklich menschliches Ziel.“ (EG 55) Die Folgen dessen sind nicht anders als dramatisch zu nennen: „Wenn das Kapital sich in einen Götzen verwandelt und die Optionen der Menschen bestimmt, wenn die Geldgier das ganze sozioökonomische System bevormundet, zerrüttet es die Gesellschaft, verwirft es den Menschen, macht ihn zum Sklaven, zerstört die Geschwisterlichkeit unter den Menschen, bringt Völker gegeneinander auf und gefährdet – wie wir sehen – dieses unser gemeinsames Haus, die Schwester und Mutter Erde.“<sup>9</sup>

## Die aktuelle Zunahme der globalen Ungerechtigkeit infolge der Covid19-Pandemie

Die Corona-Pandemie hat nach Einschätzung des Papstes zur Verschärfung und damit zugleich zur Aufdeckung solcher destruktiven Tendenzen des Wirtschaftssystems in besonderer Weise beigetragen.<sup>10</sup> So hätten große Teile der Weltbevölkerung aufgrund ihrer beengten oder gänzlich fehlenden Wohnverhältnisse gar keine Möglichkeit gehabt, ein zum Vermeiden von Infektionen notwendiges social distancing einzuhalten und sich mit frischem Wasser zu waschen. Aufgrund weggefallener Verdienstmöglichkeit habe sich die Situation der ohnehin prekären Lebenslagen erheb-

<sup>9</sup> Papst Franziskus, Ansprache 2015 [Anm. 2], 210. Statt „Geschwisterlichkeit“ steht im Original „Brüderlichkeit“.

<sup>10</sup> Vgl. Papst Franziskus, Wage zu träumen, München 2020, 26-28; Videobotschaft von Papst Franziskus für die Volksbewegungen vom 16. Oktober 2021, Abschn. 1.

lich verschlechtert. Die Nöte wie Armut und Hunger hätten drastisch zugenommen. Bei der Verteilung der Vakzine stünden die sog. unterentwickelten Länder an letzter Stelle. Demgegenüber sei der wohlhabende Teil der Menschheit fast nur auf sich selbst und seine Rettung bedacht. Das leidende Drittel der Menschheit tauche in den Medien nicht auf. Vielmehr seien Pläne im Gange, „die sozio-ökonomische Struktur von vor Covid wieder herzustellen und dabei all diese Tragödien zu ignorieren“<sup>11</sup>.

## Das Ungenügen der neoliberalen Wirtschaftstheorie

Für Papst Franziskus steht angesichts des durch die Ungerechtigkeit bedingten Leids fest, dass dieses ökonomische System, das auf dem ganzen Globus die Logik des Gewinns um jeden Preis (d.h. gegebenenfalls auch mit Gewalt) durchgesetzt hat, nicht mehr hinzunehmen ist.<sup>12</sup> Es weise, so diagnostiziert er, außerdem zu viele innere Widersprüche auf, so dass es schon allein von daher zum Scheitern verurteilt sei. In der Enzyklika *Fratelli tutti* legt er das wie folgt dar: „Der Markt allein löst nicht alle Probleme, auch wenn man uns zuweilen dieses Dogma des neoliberalen Credos glaubhaft machen will. Es handelt sich um eine schlichte, gebetsmühlenartig wiederholte Idee, die vor jeder aufkeimenden Herausforderung immer die gleichen Rezepte herauszieht. Der Neoliberalismus regeneriert sich immer wieder neu auf identische Weise, indem er – ohne sie beim Namen zu nennen – auf die magische Vorstellung des Spillover oder die Trickle-down-Theorie als einzige Wege zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme zurückgreift. Man sieht nicht, dass die vorgebliche Neuverteilung nicht die soziale Ungerechtigkeit aufhebt, die ihrerseits Quelle neuer Formen von Gewalt ist, die das gesellschaftliche Gefüge bedrohen. Einerseits ist eine aktive Wirtschaftspolitik unverzichtbar, die darauf ausgerichtet ist, eine Wirtschaft zu fördern, welche die Produktionsvielfalt und

<sup>11</sup> Papst Franziskus, *Wage zu träumen* [Anm. 10], 27f; vgl. auch FT 7, 32-36.

<sup>12</sup> Vgl. Papst Franziskus, *Ansprache 2015* [Anm. 2], 208f; vgl. auch *Ansprache von Papst Franziskus an die zum Dritten Welttreffen der Sozialen Bewegungen Versammelten in Rom am 5.11.2016*, in: Kern, *Radikal Welt verändern* [Anm. 2], 227-242, bes. 230f.

die Unternehmerkreativität begünstigt, damit es möglich ist, die Anzahl von Arbeitsplätzen zu erhöhen, anstatt sie zu senken. Eine Finanzspekulation mit billigem Gewinn als grundlegendem Ziel richtet weiter Unheil an. Andererseits kann der Markt ohne solidarische und von gegenseitigem Vertrauen geprägte Handlungsweisen in seinem Inneren die ihm eigene wirtschaftliche Funktion nicht vollkommen erfüllen. Heute ist dieses Vertrauen verlorengegangen. Damit hat die Geschichte nicht aufgehört, und die dogmatischen Rezepte der herrschenden Wirtschaftstheorie haben sich als fehlbar erwiesen. Die Zerbrechlichkeit der weltweiten Systeme angesichts der Pandemie hat gezeigt, dass nicht alles durch den freien Markt gelöst werden kann und dass – über die Rehabilitierung einer gesunden Politik hinaus, die nicht dem Diktat der Finanzwelt unterworfen ist – wir die Menschenwürde wieder in den Mittelpunkt stellen müssen. Auf diesem Grundpfeiler müssen die sozialen Alternativen erbaut sein, die wir brauchen.“ (FT 168; vgl. auch EG 53-60)

## Die Grundpfeiler einer alternativen Ökonomie

Aus den vier „Neins“, mit denen Papst Franziskus in *Evangelii Gaudium* (53-50<sup>13</sup>) das bestehende Wirtschaftssystem brandmarkt, lassen sich folgende vier „Jas“ ableiten:

1. Die Wirtschaft darf die Schwächeren nicht länger ausschließen und die Stärkeren bevorteilen, was insbesondere erfordert, dass die strukturellen Mechanismen der Ungleichverteilung der Einkünfte beseitigt werden.
2. Statt das Geld und den Markt zu vergöttlichen, muss den Menschen der ihnen gebührende Vorrang wieder eingeräumt werden. Die absolute Autonomie der Märkte und die Finanzspekulation müssen abgeschafft werden, weil sie die Sicherung des Gemeinwohls verhindern.
3. Statt das Geld schalten und walten zu lassen, wie es will, muss es auf seine Dienstfunktion zurückgeführt werden.

<sup>13</sup> (1) Nein zu einer Wirtschaft der Ausschließung; (2) Nein zu einer Vergötterung des Geldes; (3) Nein zu einem Geld, das regiert, statt zu dienen; (4) Nein zur sozialen Ungerechtigkeit, die Gewalt hervorbringt.



Wirtschaft und Finanzleben müssen sich einer Ethik zugunsten des Menschen und des Gemeinwohls unterordnen.

4. Um des gesellschaftlichen Friedens willen muss alles getan werden, um die Mechanismen, die die soziale Ungleichheit in der Welt verursachen, wie Korruption auf der einen und Exklusion auf der anderen Seite, zu beseitigen.

Ein Summarium der Sichtweise des Papstes worum es der Wirtschaft zu tun sein hat, findet sich in seinem Schreiben an das G8-Treffen in London am 17./18. Juni 2013: „Die langfristigen Maßnahmen, dazu bestimmt, einen angemessenen gesetzlichen Rahmen für die gesamte wirtschaftliche Aktivität zu schaffen, und auch die begleitenden Notmaßnahmen, um die globale Wirtschaftskrise zu lösen, müssen von dem Ethos der Wahrheit geleitet werden. Das umfasst zunächst und vor allem die Achtung der Wahrheit über den Menschen, bei dem es sich nicht um einen zusätzlichen ökonomischen Faktor oder ein verfügbares Gut handelt, sondern er ist mit einer Natur und einer Würde ausgestattet, die nicht auf rein ökonomisches Kalkül reduziert werden darf. Aus diesem Grund ist die Sorge für das grundlegende materielle und spirituelle Wohl jeder menschlichen Person der Ausgangspunkt für jede politische und wirtschaftliche Lösung und das letztgültige Maß für deren Wirksamkeit und ethischen Wert. Zudem ist es das Ziel von Wirtschaft und Politik, der Menschheit zu dienen, beginnend bei den Ärmsten und Schwächsten, wo auch immer sie sein mögen, auch im Mutterleib. Jede wirtschaftliche und politische Theorie oder Aktivität muss sich dafür einsetzen, jedem Bewohner der Erde das Minimum für ein Leben in Würde und Freiheit zur Verfügung zu stellen, mit der Möglichkeit, seine Familie zu ernähren, die Kinder zu erziehen, Gott zu loben und die eigenen menschlichen Fähigkeiten zu entfalten. Das ist das Wichtigste; ohne diese Sichtweise wird jegliche wirtschaftliche Aktivität bedeutungslos.“<sup>14</sup> Der Papst insistiert darauf: Der Beachtung und gegebenenfalls Förderung der wahren Würde des

Menschen und des Gemeinwohls kommt bei allen wirtschaftlichen Entscheidungen und Maßnahmen der absolute Vorrang zu. Entscheidendes Kriterium für diese ist, ob sie den Ärmsten und Schwächsten zugutekommen.

Es zeigt sich, dass der Papst ein gänzlich anderes Wirtschaftsmodell vor Augen hat als das, das in der bestehenden Ökonomie mit ihrer alleinigen Ausrichtung auf Fortschritt, unbegrenztes Wachstum und Profit tonangebend geworden ist. Ausdrücklich hält er die Suche nach neuen Wirtschaftsmodellen für erforderlich, die inklusiver und gerechter sind als das bestehende. „Es ist nötig“, so umriss er das in seiner Ansprache anlässlich der Verleihung des Karlspreises im Mai 2016, „von einer Wirtschaft, die auf den Verdienst und den Profit auf der Basis von Spekulation und Darlehen auf Zinsen zielt, zu einer sozialen Wirtschaft überzugehen, die in die Menschen investiert, indem sie Arbeitsplätze und Qualifikation schafft. Von einer ‚verflüssigten‘<sup>15</sup> (sc. im Spanischen und Englischen „liquid“, NM) Wirtschaft, die dazu neigt, Korruption als Mittel zur Erzielung von Gewinnen zu begünstigen, müssen wir zu einer sozialen Wirtschaft gelangen, die den Zugang zum Land und zum Dach über dem Kopf garantiert. [...] Wenn wir eine menschenwürdige Zukunft anstreben wollen, wenn wir eine friedliche Zukunft für unsere Gesellschaft wünschen, können wir sie nur erreichen, indem wir auf die wahre Inklusion setzen: ‚die, welche die würdige, freie, kreative, beteiligte und solidarische Arbeit gibt‘.“

Dem Papst ist es ein wichtiges Anliegen, dass die Globalisierung der Wirtschaft nicht dazu führt, dass alles einem Einheitsdiktum unterworfen wird, sondern die verschiedenen Völker mit ihren jeweiligen Kulturen geltend gelassen bleiben. Als Bild dafür gebraucht er die geometrische Figur des Polyeders. Das Polyeder gebe das Zusammentreffen von einzelnen Teilen wieder, die dabei ihre jeweilige Eigenart bewahren. Nichts werde aufgelöst, nichts gehe verloren, nichts werde beherrscht, alles werde integriert. Es stehe für ein Modell

<sup>14</sup> Letter of Holy Father Francis to H.E. Mr. David Cameron, British Prime Minister on the occasion of the G8 Meeting (17./18. Juni 2013) (zitiert in der Übersetzung von Norbert Arntz). Vgl. auch das Zitat in der einführenden Passage zu diesem Beitrag.

<sup>15</sup> Im spanischen und englischen Text steht der Begriff „liquid“, der auch als „flüchtig“ übersetzt werden kann (der Buchtitel „liquid modernity“ von Zygmunt Bauman lautet in der deutschen Übersetzung „flüchtige Moderne“).

des Miteinanders in Verschiedenheit, so dass z.B. Minderheiten nicht dem großen Ganzen untergeordnet würden, sondern sich mit ihrer Eigenart in das Ganze einbringen und dieses somit stärken könnten.<sup>16</sup>

Auf die gegen ihn gerichteten Vorwürfe, er sei ein Sozialist oder ein Kommunist<sup>17</sup>, entgegnet der Papst, er halte sich voll und ganz an die katholische Soziallehre und bewege sich somit im Rahmen der kirchlichen Lehrtradition.<sup>18</sup> Jedoch belässt er es nicht, wie es zumeist vor ihm der Fall gewesen ist, bei den großen sozialen Grundätzen wie dem Vorrang der Arbeit vor dem Kapital, der universalen Bestimmung der Güter der Erde zur Bedürfnisbefriedigung aller, den Prinzipien der Solidarität, Subsidiarität, Nachhaltigkeit und Gemeinwohl, sondern er zieht mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen praktische Konsequenzen aus ihnen. Ganz besonders hebt er dabei auf die Option für die Armen ab.<sup>19</sup> Diese Konkretisierungen, die herrschende Denk- und Praxismuster anfragen, sind es, die von den damit Sich-angegriffen-Fühlenden geharnischt zurückgewiesen werden, indem dem Papst schlicht und einfach ökonomische Inkompetenz bescheinigt wird<sup>20</sup>. Dass die Beurteilung der aktuellen Weltlage durch diesen Papst in mancherlei Hinsicht höchst ambivalent ausfällt, indem er ungeschminkt neben Stärken auch die Schwächen deutlich benennt, findet alles andere als ungeteilte Zustimmung. Für ihn liegt das an der Wahl des jeweils eingenommenen Standpunktes: Mit seiner Perspektive von der Peripherie aus sehe man die Welt anders, nämlich umfassender und schärfer als vom Zentrum aus.

<sup>16</sup> Vgl. EG 236; Papst Franziskus, Ansprache vor den Teilnehmern am Welttreffen der Sozialen Bewegungen am 28.10.2014, in: Kern Radikal die Welt verändern [Anm. 2], 187-199, hier: 197f; Papst Franziskus, Ansprache 2015 [Anm. 2], 222f.

<sup>17</sup> Vgl. dazu z.B. die Hinweise von Matthias Drobinski, Diese Wirtschaft tötet, München 2014, 19; Michael Schäfers, Wie Papst Franziskus Politik macht, Köln 2017, 92-108.

<sup>18</sup> Vgl. Papst Franziskus, Videobotschaft 2021 [Anm. 10].

<sup>19</sup> Vgl. dazu vor allem EG 186-201.

<sup>20</sup> So z.B. der Präsident des Münchener Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung Clemens Fuest im Interview mit der Katholischen Nachrichtenagentur (KNA) vom 5. Oktober 2020

## Prioritäten einer sozialen Wirtschaft

Für die elementaren Bedürfnisse der Menschen, um die sich wirtschaftliches Handeln vorrangig zu kümmern hat, hat Papst Franziskus die einprägsame Formel von den „drei-T“ (TTT) geprägt. Dabei handelt es sich um den jeweiligen Anfangsbuchstaben der spanischen Begriffe „tierra“ (Land), „techo“ (Dach über dem Kopf) und „trabajo“ (Arbeit).<sup>21</sup> Es reicht für den Papst nicht aus, zu erklären, dass alle Menschen ein Recht auf Zugang zu allen drei Bereichen haben; sondern dieses Recht muss auch praktisch eingelöst werden.

- Land: Angesichts des alles andere als pfleglichen Umgangs mit dem Land in Form von Entwaldung, Einsatz von giftigen Pestiziden, gentechnischen Eingriffen in die Pflanzen- und Tierwelt, profitorientierter Bepflanzung in Form von Monokulturen, Vernichtung der Biodiversität, Entzug von Wasser durch dessen Privatisierung, Bildung von Oligopolen in der Produktion von Nahrungsmitteln, Landraub, Flucht der Landbevölkerung in die Städte u.a.m. macht Papst Franziskus geltend, dass die Güter und Ressourcen der Erde für alle Lebewesen bestimmt sind.<sup>22</sup> Um das in die Tat umzusetzen, fordert er eine entsprechend umfassende ökologische Regeneration. Er verweist dabei auf das Kompendium der Soziallehre der Kirche<sup>23</sup>, der gemäß die Landreform nicht nur eine politische Notwendigkeit, sondern eine moralische Verpflichtung sei. U.a. plädiert er für die Erhaltung und Förderung kleinbäuerlicher Betriebe, weil diese im Vergleich zu der auf Profit ausgerichteten Agrarindustrie mit ihrer Mannigfaltigkeit eher zu einer diversifizierten Landwirtschaft beitragen würden. Eine solche Landwirtschaft sei auch eher in der Lage, genügend Nahrungsmittel zu produzieren, um den Skandal des Hungers zu bekämpfen. Dabei stände bereits jetzt genügend Essen für alle zur Verfü-

<sup>21</sup> Vgl. die Ansprachen (2014, 2015 und 2016) und die Videobotschaft (2021) von Papst Franziskus an die sozialen Bewegungen sowie sein Buch „Wage zu träumen“ [Anm. 10], 164-169.

<sup>22</sup> Vgl. zu diesem Abschnitt besonders LS 112, 129, 131-134, 138-142, sowie Papst Franziskus, Wage zu träumen [Anm. 10], 164f und 189f.

<sup>23</sup> Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden, Kompendium der Soziallehre der Kirche, Freiburg/Br. 2006, 225 (Nr. 300).

gung, wenn nicht Tonnen von Lebensmitteln weggeworfen würden.

- Wohnraum: Insbesondere in den großen Städten gibt es Gebiete, in denen die Bewohner und Bewohnerinnen teilweise völlig von der Außenwelt abgeschlossen in luxuriösen Verhältnissen leben, und andere, meist am Rand liegende und sich dort immer mehr vergrößernde, wo die Betroffenen meist in größerer Zahl in elenden und beengten Behausungen ihr Leben fristen. Hinzukommen noch die, die, obdachlos geworden, Tag für Tag sehen müssen, wo sie bleiben können, zumeist auf der Straße, unter Brücken oder sonst wo. In der höchst unterschiedlich ausfallenden Wohnsituation spiegelt sich die soziale Ungleichheit in der jeweiligen Gesellschaft wider. Insofern handelt es sich dabei um einen eminenten wirtschaftlichen Tatbestand, angefangen mit dem Besitz von und Verfügungskönnen über Grund und Boden bis hin zur Spekulation mit Immobilien. Die Frage allerdings – so sieht es der Papst<sup>24</sup> –, ob jemandem eine Wohnung zur Verfügung steht und von welcher Art diese ist, ist nicht nur eine Frage des leiblichen Unterkommens. Sondern davon hängt auch ab, ob man sich beheimatet fühlen kann oder nicht. Das ist nicht nur von einer lebenswerten Wohnung abhängig, sondern auch von deren Umgebung, angefangen von der Gestaltung der näheren Umgebung (Nachbarschaft, Architektur der Häuser, Straßen, Grün- und Freizeitanlagen usw.) bis hin zur Vorhaltung einer ausreichenden Infrastruktur und öffentlicher Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäuser, kulturelle Angebote u.a.m. Der Papst betont, dass eine Wechselwirkung besteht zwischen dem jeweiligen Raum und der Art und Weise, wie die Menschen sich verhalten. Schon allein von daher rentiert es sich, in die Lebensqualität der Städte und ebenso der ländlichen Gebiete zu investieren.

- Arbeit: Arbeit ist laut Papst Franziskus mehr als die Erbringung von zur Erhaltung und Steigerung des Wirtschaftssystems notwendigen Leistungen, seien sie körperlicher oder seien sie geistiger Art. Dieser funktionalistischen Sichtweise stellt er eine

anthropologische gegenüber. „Die Arbeit ist eine Notwendigkeit, sie ist Teil des Sinns des Lebens auf dieser Erde, Weg der Reifung, der menschlichen Entwicklung und der persönlichen Verwirklichung.“ (LS 128) Sie ist „nicht nur ein Mittel zum Geldverdienen, sondern auch zum Selbstausdruck, zur Teilhabe an der Gesellschaft und zum Beitrag für das Gesamtwohl“<sup>25</sup>. Theologisch gesehen wird durch die Arbeit ein Beitrag zum schöpferischen Handeln Gottes erbracht. Diese Bestimmungen schließen es aus, Tätigkeiten, die die Menschen entfremden, ausbeuten oder versklaven, den Rang von Arbeit zuzuerkennen. Deshalb fordert er angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit und weiterer sich mehrender Missstände in der Arbeitswelt: „Es ist Zeit, die Beschäftigungspolitik zu fördern, vor allem aber ist es notwendig, der Arbeit wieder Würde zu verleihen, indem man auch angemessene Bedingungen für ihre Ausübung gewährleistet. Das schließt einerseits ein, neue Methoden zu finden, um die Flexibilität des Marktes mit der Notwendigkeit von Stabilität und Sicherheit der Arbeitsperspektiven zu verbinden, die für die menschliche Entwicklung der Arbeiter unerlässlich sind. Andererseits bedeutet es, einen angemessenen sozialen Kontext zu berücksichtigen, der nicht auf die Ausbeutung der Menschen ausgerichtet ist, sondern darauf, durch die Arbeit die Möglichkeit zu garantieren, eine Familie aufzubauen und die Kinder zu erziehen.“<sup>26</sup> Um weiterhin ausreichende Arbeitsplätze anbieten zu können, müsse eine Wirtschaft gefördert werden, „welche die Produktionsvielfalt und die Unternehmerkreativität begünstigt“ (LS 129). Als Beispiel dafür führt er an, wie wichtig es sei, die kleinbäuerlichen Betriebe zu erhalten und ihre Initiativen, diversifizierte Produktionsformen zu entwickeln, zu fördern, statt sie durch die agrarischen Großunternehmen zu verdrängen. In seiner An-

<sup>24</sup> Vgl. zu diesem Abschnitt Papst Franziskus, *Wage zu träumen* [Anm. 10], 165-167; Papst Franziskus, *Ansprache 2014* [Anm. 16], 190-192; EG 71-75; LS 147-155.

<sup>25</sup> Papst Franziskus, *Wage zu träumen* [Anm. 10], 167. Vgl. zu diesem Abschnitt ebd., 167-169; LS 124-129 (Die Notwendigkeit, die Arbeit zu schützen); Papst Franziskus, *Ansprache 2014* [Anm. 16], 192-195; Papst Franziskus, *Botschaft zum 55. Weltfriedenstag am 1. Januar 2022 vom 8. Dezember 2021*, Abschnitt 4 (Schaffung und Sicherung von Arbeit ist friedensstiftend); Mette, *Nicht gleichgültig bleiben!* [Anm. 4], 20f, 38f, 52 und 73f.

<sup>26</sup> *Ansprache des Heiligen Vaters an das Europaparlament* (25. November 2014).

sprache auf dem Welttreffen der Sozialen Bewegungen in Rom (2014) hat der Papst für alle Arbeitnehmer, „ob sie nun im formalen System der Lohnarbeit drin sind oder nicht, das Recht auf angemessene Entlohnung, soziale Sicherheit und Altersvorsorge“<sup>27</sup> angemahnt und es verurteilt, wenn die Möglichkeit zu gewerkschaftlichem Zusammenschluss verweigert wird.

Angesichts der Entwicklung, dass infolge des technologischen Fortschritts immer mehr Arbeitsplätze abgebaut und z.B. durch Künstliche Intelligenz ersetzt werden, hat der Papst zwei Maßnahmen vorgeschlagen: die Einführung eines universellen Grundeinkommens und die Verkürzung der Arbeitszeit. Den Vorteil eines Grundeinkommens sieht er darin, dass es „die Beziehungen auf dem Arbeitsmarkt umgestalten und den Menschen die Würde garantieren“ könnte, „Beschäftigungsbedingungen ablehnen zu können, die sie in Armut gefangen halten würden“. Es „würde den Menschen die benötigte grundlegende Sicherheit geben, das Stigma des Wohlfahrtsstaates beseitigen und den Wechsel zwischen Arbeitsplätzen erleichtern, wie es technologiebetriebene Arbeitsweisen zunehmend fordern“<sup>28</sup>. Mit der Reduzierung der Arbeitszeit („mit angepassten Gehältern“<sup>29</sup>) könnte mehr Menschen der Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht werden. „Es darf nicht so viele Menschen geben“, schreibt der Papst, „die durch Überarbeitung überlastet sind, und so viele andere, die wegen des Fehlens von Arbeitsplätzen belastet sind.“<sup>30</sup>

Zu den „Drei-T“ seien noch zwei Punkte hinzugefügt, die ebenfalls das Wirtschaftssystem betreffen:

- Eigentum: Das in der Soziallehre der Kirche festgeschriebene Prinzip von der Sozialpflichtigkeit des Privateigentums bekräftigt Papst Franziskus, indem er darauf hinweist, dass die universale Bestimmung der Güter dem Privatbesitz vorausgehe. Dieser sei nur gerechtfertigt, wenn die Güter so gehütet und vermehrt würden, dass sie dem Gemeinwohl besser dienen würden.

<sup>27</sup> Papst Franziskus, Ansprache 2014 [Anm. 16], 195

<sup>28</sup> Papst Franziskus, Wage zu träumen [Anm. 10], 169.

<sup>29</sup> Ebd.

<sup>30</sup> Papst Franziskus, Videobotschaft 2021 [Anm. 10], Abschn. 4.

Den Armen und den Völkern müsse das zurückgegeben werden, was ihnen gehöre.<sup>31</sup> In diesem Zusammenhang fordert der Papst auch die Staaten zur Schaffung einer neuen internationalen Finanzarchitektur auf, die u.a. die Schließung der Steuerparadiese und das Verbot von Geldwäsche vorsieht sowie dafür sorgt, dass die Steuerhinterziehungen, wie sie von den Reichen gern praktiziert werden, und jegliche Art von Korruption unterbunden werden.<sup>32</sup> Umgekehrt müssten die armen Nationen von der ihnen aufgedrängten Schuldenlast befreit werden.<sup>33</sup>

- Rüstungsindustrie: Entschieden verurteilt Papst Franziskus die, wie er sie nennt, Kriegsindustrie, die Zeit und Geld aufwende für etwas, was zu nichts anderem führe als Spaltung und Tod. So verliere die Welt in jedem Jahr Billionen Dollar, die für Ausrüstung und Gewalt eingesetzt würden – Summen, mit denen die Armut und der Analphabetismus beendet werden könnten. Doch sie würden von den Unternehmen lieber für die Sanierung ihrer Bilanzen ausgegeben.<sup>34</sup>

## Alles nur fromme Träume?

Das ist ja alles gut und schön, was sich Papst Franziskus als ein alternatives Wirtschaftsmodell ausgedacht hat. So könnte man resümieren, nachdem man sich seine Vorstellungen zu Gemüte geführt hat. Aber es drängt sich der Einwand auf: Haben sie überhaupt Aussicht, in die Tat umgesetzt zu werden? Werden sie nicht an der Härte der real existierenden Ökonomie scheitern? Sicherlich leistet der Papst eine bewundernswerte Überzeugungsarbeit, indem er beispielsweise unermüdlich an die Führungskräfte in der Wirtschaft und Politik appelliert.<sup>35</sup> Aber bis jetzt ist jedenfalls

<sup>31</sup> Vgl. EG 189; Papst Franziskus, Ansprache 2015 [Anm. 2], 217; FT 118-120. Zum „Prinzip des Gemeinwohls“ vgl. LS 156-158.

<sup>32</sup> Vgl. Discurso del Santo Padre Francisco [Anm. 6].

<sup>33</sup> Vgl. Botschaft des Heiligen Vaters Papst Franziskus zur Feier des Weltfriedenstages am 1. Januar 2016 vom 8. Dezember 2015, 8; FT 126.

<sup>34</sup> Vgl. Discurso del Santo Padre Francisco [Anm. 6].; Papst Franziskus, Ansprache 2014 [Anm. 16], 195f.

<sup>35</sup> Verwiesen sei z.B. hier auf die dringlichen Bitten, die Papst Franziskus in seiner Videobotschaft 2021 [Anm. 10] an die pharmazeutischen Labore, die Finanzkonzerne und internationalen Kreditorganisationen, die Rohstoffkonzerne, die Lebensmittel-

nicht erkenntlich, dass er damit etwas Beachtenswertes bewirkt hat. Und – so könnte man weiterfragen – wie ist es denn um die Resonanz in seinen eigenen Reihen bestellt? Ist es nicht so, dass abgesehen von der kleinen Gruppe der sozial engagierten Kirchenmitglieder die Mehrheit nicht erst heute keine Ahnung von der Sozialverkündigung ihrer Kirche hat? Für nicht wenige ist das alles Grund genug, die ganze Sache auf sich beruhen zu lassen und selbst im bisherigen Trott weiterzumachen.

Papst Franziskus lässt sich durch solche Rektionen nicht anfechten. Das hat damit zu tun, dass für ihn ein Grundzug des in der Bibel grundgelegten Glaubens darin besteht, immer wieder Neues zu wagen und zu schaffen und damit verbundene Risiken nicht zu scheuen. Dieser Glaube ist zugleich ein parteiischer Glaube, der andere Maßstäbe setzt als das gängige Mainstreamdenken, nämlich sich nicht an den sog. in der Gesellschaft Großen und Mächtigen, sondern sich mit den als klein und schwach Geltenden zu solidarisieren und gemeinsam mit ihnen für eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen und damit für die Schaffung einer gerechten Gesellschaft zu kämpfen. Um das glaubwürdig tun zu können, gilt es für ihn, sich dort hinzubegeben, wo die „Kleinen“ leben, an die Ränder der Gesellschaft. Von hier aus ist sein Blick auf die Welt bestimmt. Und hier findet er Vieles vor, was ihm Hoffnung gibt und zu seinem Engagement inspiriert und ermutigt.

Dazu zählen für ihn vor allem die Sozialen Bewegungen<sup>36</sup>, die in aller Welt anzutreffen sind. In mehreren Begegnungen hat er ihnen seine Solidarität versichert und gewünscht, dass die gesamte Kirche sich ihm anschließt. Liebevoll redet er sie in seinen Ansprachen und Botschaften als soziale Poetinnen und Poeten an, womit er ihnen die Fähigkeit und den Mut bescheinigen möchte, „Hoffnung zu wecken, wo es nur Verwerfung und Ausgrenzung gibt. Poesie“,

telkonzerne, die Waffenindustrie, die Technologiegiganten, die Telekommunikationsriesen, die Medien und an die mächtigen Länder gerichtet hat.

<sup>36</sup> Der Papst gebraucht den spanischen Begriff „movimientos populares“; im Deutschen ist die wörtliche Übersetzung „Volksbewegungen“ missverständlich, weil hier mit „Volk“ andere Assoziationen einhergehen als etwa in Lateinamerika. Vgl. dazu FT 156-162.

so heißt es in seiner Videobotschaft vom Oktober 2016, „bedeutet Kreativität, und ihr belebt die Hoffnung: mit Euren Händen versteht Ihr, die Würde jedes einzelnen Menschen, die Eurer Familien und die der Gesellschaft insgesamt mit Land, Wohnung und Arbeit, mit Achtsamkeit und Gemein-sinn anzuspornen“<sup>37</sup>. Der Papst sieht in den Sozialen Bewegungen bereits viel von dem verwirklicht und hat aus der Art, wie sie konkret Solidarwirtschaft betreiben, von ihnen gelernt, wie eine von ihm promulierte alternative Wirtschaft aussieht. Stehen sie doch „für einen Lebensstil, der den Konsumismus ablehnt und den Wert des Lebens, die Solidarität und den Respekt vor der Natur als wesentliche Werte zurückgewinnt; einen Stil, der sich der Freude am ‚guten Leben‘ verschreibt, statt dem selbstgefälligen, egoistischen ‚Wohlergehen‘, das uns der Markt verkauft und das uns am Ende isoliert und in unsere kleinen Welten einschließt. Sie fordern<sup>38</sup> menschenwürdige Arbeit und Unterkunft und Zugang zu Land für Kleinbauern, die Integration armer Stadtviertel in das Leben der Stadt, die Eindämmung der Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen, die Beendigung aller Formen der Sklaverei, das Beenden von Krieg, organisierter Kriminalität und Unterdrückung, die Stärkung demokratischer Meinungs- und Kommunikationsfreiheit und die Gewährleistung, dass Wissenschaft und Technologie den Menschen dienen“<sup>39</sup>. All das bestärkt den Papst in der Ansicht, dass die Zukunft der Menschheit zu einem großen Teil in den Händen der Sozialen Bewegungen liegt, in deren Fähigkeit, sich zu organisieren und kreative Alternativen zu fördern.<sup>40</sup> Papst Franziskus setzt auf eine „Politik von unten“, die die zivilgesellschaftlichen Akteure als Hauptmotoren der dringend notwendigen strukturellen Veränderungen hin zu

<sup>37</sup> In derselben Botschaft bezeichnet der Papst die Sozialen Bewegungen auch als „kollektive Samariter“, weil sie nicht vorbeigehen, wo sie Menschen in Bedrängnis sehen.

<sup>38</sup> Im Original steht „forderten“.

<sup>39</sup> Papst Franziskus, *Wage zu träumen* [Anm. 10]. Zum Verhältnis von Papst Franziskus und den Sozialen Bewegungen vgl. ausführlich die Studie von Kern, *Radikal Welt verändern* [Anm. 2]; vgl. auch Mette, *Nicht gleichgültig bleiben* [Anm. 4], 94-97.

<sup>40</sup> Vgl. Papst Franziskus, *Videobotschaft 2021* [Anm. 10]; vgl. auch Papst Franziskus, *Ansprache 2015* [Anm. 2], 223.

mehr Gerechtigkeit und Solidarität identifiziert.

Neben den Sozialen Bewegungen hat Papst Franziskus noch eine andere Gruppe im Auge, von der er sich verspricht, dass sie sich für das Bemühen um die Gestaltung einer alternativen Wirtschaft gewinnen lassen: die jungen Ökonomen und Ökonominen und Unternehmer und Unternehmerinnen. Am 1. Mai 2019 hat er einen Appell an sie, und zwar nicht nur die gläubigen, sondern an alle jungen Männer und Frauen, denen das Ideal der Geschwisterlichkeit, besonders mit den Armen und Ausgeschlossenen, am Herzen liege, gerichtet, in dem er sie einlädt, einen Bund zum Wandel der heutigen Ökonomie zugunsten einer künftigen Ökonomie mit Seele zu schließen – genannt nach dem heiligen Franziskus „Economy of Francesco“. Ein erstes weltweites Treffen dazu hatte er für Ende März 2020 anberaumt und dafür auch von Francesco ihm angesprochenen prominenten Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen die Zusage bekommen, dass sie teilnehmen würden.<sup>41</sup> Er wende sich gerade an die jungen Nachwuchskräfte im Bereich der Wirtschaft, so erklärte der Papst, weil ihre Sehnsucht nach einer besseren und glücklicheren Zukunft sie zu einem prophetischen Vorzeichen für eine Wirtschaft werden lasse, die menschen- und umweltgerecht ausgerichtet sei. Aufgrund der Corona-Pandemie konnte das Treffen in Assisi nicht stattfinden. Stattdessen wurden im November 2020 ein erstes internationales Forum mit über 2000 Teilnehmern und Teilnehmerinnen organisiert, im Oktober 2021 ein zweites. Papst Franziskus nahm an beiden Ereignissen per Videobotschaft teil. Es wurden 12 Themenbereiche („Dörfer“ genannt) eingerichtet, in denen die Teilnehmenden über zukunfts-trächtige Initiativen, Projekte etc. in aller Welt berichteten. Der Austausch wird über Internet weitergeführt.<sup>42</sup>

<sup>41</sup> Vgl. Letter of His Holiness Pope Francis to Young Economists and Entrepreneurs Worldwide, in: Bollettino of the Holy See Press Office vom 11.05.2019.

<sup>42</sup> Vgl. die Homepage „Economy of Francesco“. In dem Schlussdokument des Forums von 2021 sind 12 Forderungen und Verpflichtungen aufgeführt [<https://francescoeconomy.org/final-statement-and-common-commitment/>]. Die Sozialen Bewegungen hatten zu dem Treffen ein umfangreiches Doku-

Abkürzungen:

EG: Apostolisches Schreiben Evangelii Gaudium des Heiligen Vaters Papst Franziskus über die Verkündigung des Evangeliums in der Welt von heute vom 24. November 2013.

FT: Enzyklika Fratelli tutti von Papst Franziskus über die Geschwisterlichkeit und die soziale Freundschaft vom 3. Oktober 2020.

LS: Enzyklika Laudato si´ von Papst Franziskus über die Sorge für das gemeinsame Haus vom 24. Mai 2015.

\*\*\*

Adolf Kannengießler

## Nachdenkliches zu einigen Sakramenten

Dieser Tage fiel mir beim Lesen eine gestellte Frage besonders auf: „Warum habt Ihr euch in der Kirche und im Religionsunterricht ohne Argumente mit der vorgetragenen Lehre abspeisen lassen?“

Eine wichtige Bemerkung möchte ich zu Anfang machen. Ich möchte keinen von seinem persönlichen Glauben abbringen. Der persönliche Glaube, wie auch immer er ist, ist ein Grundrecht des Menschen, solange er dem Mitmenschen nicht schadet. Ich möchte den gutwilligen Menschen helfen, Ihren Glauben auf noch festere Argumente stellen.

### Zur Taufe

Wenn das Thema Taufe fruchtbar sein soll, müssen Sie sich erinnern, was sie von der Taufe noch wissen. Bei dieser Frage geht es ja um Leben und Tod, ja sogar um Tod und Ewigkeit. Das sieht man in hervorragender Weise bei der Kirche von Pantaleon, ein paar Kilometer südlich von Gordes in der Provence. Auf Fels erbaut, sind um die Kir-

ment mit fünf Unterpunkten eingebracht [[https://movpop.org/wp-content/uploads/2020/10/ENG-DF\\_PPMM\\_EconomyFrancis.pdf](https://movpop.org/wp-content/uploads/2020/10/ENG-DF_PPMM_EconomyFrancis.pdf)].

che in den gewachsenen Fels - eines neben dem anderen, ohne geometrische Anordnung - Kindergräber herausgemeißelt. So unordentlich wurden die ungetauften Kinder begraben.

1. Dieses Verhalten der Menschen/Priesterschaft wird begründet mit der Abstammung des Menschen von einem einzigen Ehepaar, das von Gott geschaffen war. Mittlerweile hat Charles Darwin gelebt, und es dürfte klar sein, dass wir Menschen nicht von einem Menschenpaar abstammen. Wann aber wurde darüber gepredigt oder wann hat diese Erkenntnis im Leben der Kirche eine Rolle gespielt? Der Mensch ist entstanden, weil er sich in seiner Entwicklung bestens an die Umwelt anpasste usw. Wo sollte der Mensch eine solche Schuld auf sich geladen haben, dass sie bis in unsere Zeit fort dauert. Es kann in diesem Sinn keine Erbsünde geben. Hat sich die Kirche für die Verbreitung dieser Lehre durch die Jahrhunderte entschuldigt? Pantaleon erzählt vom Leid solcher Mütter.
2. Man führte die Heiligmachende Gnade ein, von der keiner wusste, was das ist. Sie soll die Freundschaft mit Gott zum Ausdruck bringen. Hier stellt sich die Frage, warum soll jedes Kind als Feind Gottes zur Welt kommen? Vielleicht soll dies anzeigen, dass jeder Mensch, sobald er zur Welt kommt, Untertan der Kirche/des Klerus ist. Das geht noch weiter: Jeder Mensch, ob gläubig oder nicht, kann taufen. Welch eine Macht! Die Bedeutung der Taufe sieht man auch darin, dass sie ein Personenstandssakrament ist. Die Seele soll ein unaustilgbares Merkmal bekommen. Die Behauptung war unumstößlich, argumentative Hinweise sehr spärlich, öffentliche Aufklärung (in der Kirche) keine.
3. Eine ganz wichtige Frage: Wie steht es mit der Einsetzung durch Jesus Christus? Die Formel kommt nur ein einziges Mal vor: im unechten Markusschluss. Dort soll der auferstandene Christus gesagt haben: „*Geht hin in alle Welt und tauft sie im Namen des Vaters und des Sohnes und des HL Geistes.*“

Stimmt es, dass erst im 4. Jh. der Geist als göttlich ins Glaubensbekenntnis eingeführt wurde? Wie kann ein vom menschlichen Tod Auferwecker mit uns, in dieser Welt beheimateten, Menschen reden? Hat uns in diesem Zusammenhang jemand sonntags gepredigt, dass man erst im 4. Jh. durch kaiserliche Macht Jesus mehr oder weniger allgemein als Sohn Gottes anerkannte? Ist es nicht unsere Wahrnehmung, dass wir nur mit gleichartigen Lebewesen reden können? Basieren darauf nicht alle Versuche von uns Menschen, die wir im All zur Kontaktaufnahme starten?

Ich mache für die Zukunft einen Vorschlag: Man versteht die Taufe als Aufnahme in die kirchliche Gemeinschaft, weil sie mehr bietet als Reichtum, Fortkommen oder Ellbogenrennerei. Eine Gemeinschaft von gegenseitiger Liebe, Annahme, wahren überzeugtem Leben, Offenheit, kreativem Leben, Zärtlichkeit. Einer unbegrenzten Freiheit, die keinen leiden lässt. Wer so lebt, hat unauslöschliche Merkmale und ist ein Freund Gottes.

In diesem Sinn kann man dann die alten Riten festlich gestalten: z.B. das Brot mit Salz reichen. Wer bei Beduinen mit Salz und Brot empfangen wurde, war einer ihresgleichen. Auch die Lichterfeier könnte man ausgestalten, wenn dann noch der Täufling festlich eingekleidet wird, ist das Fest auf dem Höhepunkt. Das alles ist nur möglich, wenn der Pfarrer nicht mehr allein verantwortlich ist. Außerdem wäre zu überlegen, ob ein gewisses Alter, und damit ein erstes Verständnis, beim Täufling vorhanden sein sollte.

## Zur Firmung

Als nächstes stellen wir Fragen an die kirchlichen Lehrer bezüglich der Firmung, und ich wäre glücklich, wenn sie darüber mit uns ins Gespräch eintreten wollten. Die Macht der Kirche ist nur durch Aufklärung in das rechte Maß zu rücken. Das nun sollen die Aufklärung und die Fragen zu der Firmung leisten.

Man kann sagen, was man will, die Kirche hat die Zeichen ihres Glaubens immer festlicher gestaltet. Darin liegt die Gefahr, dass Wesentliches verdeckt wird. So hat das kai-

serliche Haus, gegen den Widerstand theologischer Fachleute, dafür gesorgt, dass der HL. Geist zur göttlichen Hypostase erklärt wurde. Dass das geschah, hätte man eigentlich bei der Firmung, dem Sakrament des Geistes, erklären müssen und zwar nicht nur den Jungen und Mädchen zwischen Kindheit und erwachsenen Alter.

Oder war es damals nur ein Machtkampf der großen Köpfe und auf der anderen Seite die Staatsmacht? Fürchten Sie sich nicht vor solchen Gedanken. Auch Jesus von Nazareth wurde auf solche Weise zur göttlichen Person erklärt.

Die Zeit war sehr günstig für die Ausgestaltung. Kaiser Konstantin und die Kaiserinmutter hatten ein ausgeprägtes Interesse, die Kirche unter ihren Schutz zu bringen, und man kann dies am besten, wenn man eine einheitliche Lehre hat.

Das Pompöse staatlicher Macht blieb in der Kirche nicht ohne Wirkung. Sie gestaltete ihre Sprache und Festlichkeiten immer reichhaltiger und unverständlicher aus. Am Beispiel des originären Spenders, des Bischof, kann man dies festmachen: Schultertuch, weiße Albe bis auf den Boden, ein reich besticktes Brokat-Messgewand, das zum Manipel geschrumpfte Schweißstuch, der Dreieckshut und vor allem der Bischofsstab.

Vor diesem Mann, den Kleidern nach aus längst vergangener Zeit, mit dem Anspruch, das Jenseits zu vertreten, vor diesem stehen bei der Firmung pubertierende Jungen und Mädchen, Menschen im Übergang vom Kind zum Erwachsenen.

Wäre der Bischof längere Zeit mit diesen pubertierenden jungen Menschen zusammen, dann könnte man vielleicht den Jugendlichen vermitteln, was erwachsenes, christliches Leben bedeutet. Dann ließe sich vielleicht auch vermitteln, was GEIST GOTTES (nicht Der HL. GEIST) bedeutet: nicht Macht und Reichtum (der Bischof bezieht heutzutage ein Gehalt von zehn-bis dreizehntausend Euro im Monat), stattdessen ein Leben in staatlicher und kirchlicher Verantwortung und verantwortliche Mitarbeit in allen Bereichen der Kirche. Es muss soweit kommen, dass jede Aufgabe und jedes Amt (auch Weltvorsitzender) von Gefirmten mit Ausbildung und vor allem mit christlicher Verantwortung übernommen werden kann (und immer zeitlich limitiert).

Insofern ist die Firmung das Sakrament der Vollendung der Taufe.

## Zur Eucharistie

Rufen wir uns den Ablauf der Eucharistie (Messe) ins Gedächtnis:

1. Der Wortgottesdienst: Aus dem Alten und/oder dem Neuen Testament wird ein Teil vorgelesen. Jedes Teilstück der Bibel schließt, indem der Vorleser sagt: *Wort des lebendigen Gottes*. Ein hoher und nicht zu unterschätzender Anspruch an die Bibel, *Wort des lebendigen Gottes* zu sein.

Was machen wir in der Osternacht, wenn vorgelesen wird, dass Adam und Eva als erstes Menschenpaar geschaffen wurde? Ist das auch *Wort des lebendigen Gottes*? Was machen wir mit Mose, der auf Geheiß Gottes beide Hände hochhalten musste, damit die Israeliten die Ureinwohner des Landes besiegen konnten? Mit welchem Genuss wird in der Bibel erzählt, wie Elia 300 Baalspriester abschlachten ließ, weil ihr Gott Baal kein Feuer vom Himmel schickte, um die bereitgestellten Opfer zu verzehren? Sind diese Erzählungen „Wort des lebendigen Gottes“? In der Bibel erzählt man auch die wunderbare Erzählung von Elia, der die Witwe von Sarepta mit Nahrungsmitteln durch ein einziges Wort bis an ihr Ende versorgte, und ihren Sohn noch dazu von den Toten erweckte. Das alles und noch vieles mehr gibt man als *Wort des lebendigen Gottes* aus. Sollen wir vielleicht als dumm (von Bischöfen und Pfarrern) verkauft werden? Von heute auf morgen wäre das zu lösen.

2. Auf die Predigten zu den Teilen der Bibel mag ich nicht viel sagen. Sie sind Monologe von Pfarrern und Bischöfen. Die Anwesenden sind zum Mundhalten verurteilt. Heikle Themen werden kaum behandelt. Hat jemand schon einmal eine Predigt zu Charles Darwin gehört, oder über den Wandel kirchlicher Morallehre? Wo sind die verschiedenen Beiträge zu Bibelauslegung? Dem Laien, d.h. uns, ist es bis heute verboten zu predigen. Wir fragen, mit welchem Recht?

3. Die Mahlgemeinschaft, der Opfertagesdienst.

Wir alle kennen vielleicht das wunderschöne Bild von Leonardo da Vinci, mit weißgebügelter Tischdecke, Jesus in der Mitte. Ich zögere: Leute an seiner Seite. Die Bibel



spricht an dieser Stelle nicht von Aposteln, sondern von Jüngern (matheteis). Hat Leonardo die Welt mit seinem wunderbaren Bild belogen? Oder stammt die Falschinterpretation von hohen Kirchenführern, die ihre Sonderstellung behaupten wollen? Warum wurde hierüber nie gepredigt? Von Aposteln ist in der Bibel äußerst wenig die Rede, durchweg aber von „Jüngern“.

4. Während des Mahles soll Jesus die Verwandlung von Brot und Wein in sein Fleisch und Blut vollzogen haben. Leider sind uns die Ursprungsworte unbekannt. Sie müssten in aramäisch vorliegen. Warum solch wichtige Worte verloren gingen, können wir nicht ausmachen, obwohl es nach der Lehre der Kirche die wichtigsten sind. Paulus ist auch kein Garant für die wortgetreue Überlieferung der Einsetzungsworte: „Ich habe euch überliefert, was auch ich übernommen habe: Jesus nahm Brot und Wein.....Mein Fleisch und mein Blut.“ Wenn ich das rückübersetze ins Aramäische, dann heißt „Mein Fleisch“ besari und mein Blut heißt „dami“. Das angehängte „i“ bedeutet in der normalen Sprache „ich“. Würde ich dies in die Waagschale werfen, könnte Jesus gesagt haben: das bin ich, der ich mich für euch hingebe. Jesus verabschiedet sich von seinen Jüngern, indem er beim Mahl sagt: *„Ich gehe meinen Weg, in Selbstachtung, in Treue zu meinem ganzen Leben, komme, was da wolle.“*

Ich bin nicht überzeugt, dass man an dieser Stelle den Gott braucht, der seinen Sohn opfert. Jesus weiß, wenn ich so weitermache, die jüdische Glaubensgemeinschaft und ihre Gebote in der Öffentlichkeit hinterfrage, dann ist mein Lebensweg u.U. sehr kurz. So ist es dann gekommen und man kann jetzt sagen, Gott hat das Opfer seines Sohnes angenommen.

5. Warum ist es nicht möglich, dass von der Wahrheit überzeugte Christen sich treffen und in obiger Überzeugung Mahl miteinander halten? Wir brauchten dann keinen Zauberpriester, der nur die „Abendmahls-worte“ spricht. Und dann wird aus Brot Christus und aus Wein der Auferstandene. Wir sind Christen, die sich für die Wahrheit des Lebens einsetzen: ob das in der Kirche ist, oder in der zivilen Öffentlichkeit. Die Haltung ändert sich, wir sind Menschen, die denken können, die erwachsen sind.

## Zum Bußsakrament

Man könnte das Leben der Christen definieren als Sünderleben. Selbst wenn wir in der Kirche zum Freudengottesdienst kommen, müssen wir uns zuerst als Sünder bekennen. Ich bin zwar Sünder, aber muss ich das bei jeder Gelegenheit hinausposaunen?

Wenn man das Sünderbuch Noldin<sup>1</sup> aufschlägt, und man die Todsünden, die dort verzeichnet sind, zählen wollte, man käme kaum an ein Ende. Dabei ist auch die Lehre der Kirche eine Todsünde, eine Sünde die von der Gemeinschaft mit Gott ausschließt. Wenn man also in der Todsünde stirbt, kommt man in die Hölle.

Bei Noldin liest man nichts von der Schönheit und Anregung des sexuellen Spiels, nichts von den erregenden Liebkosungen, die zu Geschlechtsverkehr führen. Sünde, nichts als Sünde im 6. Gebot. Wie sollte auch ein zölibatärer Priester über die Höhen und Tiefe, diesen Himmel und die Hölle einer Ehe vernünftig reden:

Keiner wird abstreiten, dass die Welt und die Kirche voller Sünden steckt.

Diese Sünden verlangen nach einer Vergebung, ich meine nicht die von der Kirche gemachten. Ich meine die Sünden, zu denen eine Frau oder Mann steht, wenn er/sie in Wahrheit und Ehrlichkeit Mist gebaut haben.

Wer kann Sünden vergeben? Ich würde sagen, zuerst der, der unter der Sünde zu leiden hat. Es gibt sicher auch Sünden, die nur in Gemeinschaft zu erfahren sind. Da braucht es dann einen Vertreter dieser Gemeinschaft.

Die christliche Gemeinschaft geht davon aus, dass alle Sünden eine christlich-religiöse Relevanz haben. So braucht man einen „Vergeber“.

Wer ist der offizielle Vergeber in der Kirche? Der Pfarrer (Bischöfe)?

\*\*\*

<sup>1</sup> Hieronymus Noldin, gest. 1922, war Moraltheologe und Jesuit. Neben einer dreibändigen Moraltheologie hat er ein Büchlein veröffentlicht über sexuelle Keuschheit und Normen des Ehelebens, das die katholische Sexualmoral leider tiefreichend geprägt hat.

Karl Josef Wendling

## „Einheit der Christen – wann?“

Predigt am Sonntag, 23.01.2022  
in Schaffhausen

---

Liebe Gemeinde!

Vom 18. bis 25. Januar begehen wir jedes Jahr die Weltgebetswoche für die Einheit der Christen. Christen aller Konfessionen in der ganzen Welt beten in diesen Tagen, dass aus dem einstigen Gegeneinander und dann Nebeneinander immer mehr ein Miteinander wird. Alle, die mit mir (Jahrgang 1939) groß geworden sind, wissen ja noch, wie es früher war. Evangelische und katholische Kinder waren nicht zusammen in einer Schulklasse. Sie hatten getrennte Schulleitungen. Die eine Hälfte vom Schulhof war katholisch, die andere evangelisch. Jedenfalls war es so bei uns in Saarbrücken. Man durfte als Katholik noch nicht einmal tagsüber in eine leere evangelische Kirche gehen. Die war sowieso meistens verschlossen. Seit dem Virus sind leider auch viele katholische Kirchen außerhalb der Gottesdienste geschlossen, obwohl gerade jetzt Menschen mal gern reingehen würden. Gott sei Dank hat sich unter den christlichen Konfessionen seither viel geändert: Wir haben uns näher kennengelernt. Wir haben Missverständnisse ausgeräumt. Wir beten miteinander und unternehmen manches gemeinsam, laden uns ein. Wenn ich sonntags als Pfarrer nirgendwo gebraucht werde, sitze ich jetzt öfter daheim vor dem Fernseher und feiere da Gottesdienste mit, katholische und evangelische. Ich sehe die schönen Gotteshäuser und wie liebevoll auch die Nichtkatholiken ihren Glauben an Gott und an Jesus feiern. Mich stört es gar nicht, dass die Evangelischen manches etwas anders machen als wir. Ich finde das sogar interessant und bereichernd. Aus der Bibel wissen wir ja, dass Jesus die Kirche nicht gegründet hat. Sie ist geschichtlich so geworden mit dem Papst und den Bischöfen und den Kardinälen und den Pfarrern. Und es gab von Anfang an mehrere Formen von Kirchen nebeneinander

mit dem gleichen Glauben. Und sie haben auch alle das Abendmahl gefeiert. Aber auch nicht alle gleich. Aber es ging und geht bis heute immer um Jesus, und dass ER bei uns ist und uns seine Gemeinschaft schenkt, sogar in einem Mahl. So etwas Schönes hat keine andere Religion. Und genau da hapert es leider immer noch, jedenfalls bei unserer obersten Glaubensbehörde in Rom. Sie verbietet weiter den Katholiken, am evangelischen Abendmahl teilzunehmen. Im Jahre 2020 hat die vatikanische Glaubenskongregation wieder ein Dokument, das Theologen beider Kirchen erarbeitet haben mit dem Titel „Gemeinsam am Tisch des Herrn“ abgelehnt. Sie beharrt darauf: Wir, die römische Kirche, machen es allein richtig. Die anderen sind nicht katholisch genug. Obwohl alle, die sich in der Kirchengeschichte auskennen, wissen, dass es schon immer Vielfalt unter den Christen gegeben hat. Ich sage: Es ist ein Trauerspiel gerade in einer Zeit, wo die Kirchen – allen voran unsere römisch-katholische – ohnehin um ihre Glaubwürdigkeit zu kämpfen haben. An wichtigen Stellen unserer Kirchenleitung sitzen immer noch Leute, Männer, die nichts dazulernen wollen. Sie verweigern sich (auch in anderer Hinsicht) neuen Einsichten. Kein Wunder, dass immer mehr Gläubige die Geduld verlieren. Viele sagen: „Wir machen das nicht mehr mit. Ich gehöre auch dazu. Ich nenne das „konstruktiven Ungehorsam“. Papst Franziskus wurde einmal gefragt, wie ER darüber denkt. Er ist ja ein „Schlauberger“, er legt sich nicht so fest. Er sagte sinngemäß: Macht das in eurem Gewissen mit Gott aus. Genau das mache ich. Und genau dazu lade ich ein. Wer als evangelischer Christ an unserer hl. Messe teilnimmt, der weiß, dass er auch zur hl. Kommunion gehen darf, wenn er es will und Jesus empfangen möchte. Bevor das Virus kam, bin ich ab und an in den evangelischen Gottesdienst und zum Abendmahl gegangen und habe mich zu Hause gefühlt. Wer einen evangelischen Partner/eine Partnerin hat, sollte auch öfter mit in den evangelischen Gottesdienst gehen. Wer immer im Verwandten- oder Freundeskreis evangelische Mitchristen hat und vielleicht zu einer Konfirmation eingeladen ist, geht hin! Geht in den Gottesdienst und, wenn es Sie innerlich drängt und Sie sich wohlfühlen, gehen Sie auch zum Abendmahl! Wer will Sie davon abhalten?

Bis die „Oben“ mit ihren Diskussionen soweit sind, können wir schon einiges machen – mit Herz und Gewissen. Entscheidend ist, dass wir in einer Zeit, wo der Glaube es schwer hat, zu unserem gemeinsamen christlichen Glauben stehen, ihn nicht verstecken und ihn als Schatz betrachten, den wir nicht missen möchten. Amen.

\*\*\*

Gregor Tischler

## Der Schöpfer und die Jungfräulichkeit

Jedes Jahr das Gleiche: Im festlichen Weihnachtsgottesdienst gebraucht unser - aufgeschlossener, sympathischer - Stadtpfarrer immer wieder gerne die Formel der "unversehrten Jungfräulichkeit Marias". Was sich die Gläubigen wohl darunter vorstellen mögen, das frage ich mich oft. Ebenso beim Glaubensbekenntnis: Gott Vater, der Schöpfer der Welt, bekommt nur einen Satz. Und bei Jesus Christus kommt nach der Geburt aus der Jungfrau Maria gleich sein Leiden und Sterben. Geschah dazwischen nichts, was, nach Auffassung der ersten Konzilien, geglaubt werden muss, keine Jüngerberufung, keine Predigt, keine Aktivitäten? Offenbar ist Marias Jungfräulichkeit wichtiger - da kann man schon ins Grübeln kommen...

Dass Maria Jesus ohne Mitwirkung eines Mannes empfangt, wird im NT nur bei Matthäus (1,18-25) und Lukas (1,26-35) erwähnt. Den konkreten Anlass, eine Jungfrauengeburt einzuführen, bietet die Septuagintaversion, also die griechische Übersetzung der hebräischen Bibel. Beide Evangelisten nehmen ausdrücklich Bezug auf Jesaja 7,14, wo Gott – in der hebräischen Bibel – davon spricht, dass die „junge (= gebärfähige) Frau“ (hebräisch: alma) ein Kind empfangen wird. Die Septuaginta übersetzt alma mit parthenos = Jungfrau. Die Jungfrauengeburt bei Matthäus und Lukas soll nicht ein „Gottsein“ Jesu behaupten. Beide Evangelisten kennen diesen

Gedanken an eine „physische“ Göttlichkeit Jesu nicht, wohl aber eine jüdisch verstandene Gottessohnschaft, wie sie auch Mose oder die jüdischen Könige oder ganz Israel besaßen und die eine Nähe zu Gott ausdrücken soll.

Umso wichtiger aber wurde dies offenbar für christliche Autoren der nachbiblischen Antike. Besonders das sog. Protevangelium des Jakobus, entstanden wohl um 200, beschäftigte sich ausführlich (und fast schon pornografisch) mit der Unversehrtheit des Hymens Marias auch noch nach der Geburt Jesu. Salome, so die apokryphe Schrift, habe es mit der Hand überprüfen wollen, wobei diese Feuer fing und ohne ein Wunder des Jesusknaben abgefallen wäre. Nun gut, man muss das alles nicht glauben.

Ein Problem für die Gelehrten war freilich die Erwähnung von Geschwistern Jesu in den Evangelien (Mk 3,31-35 par). Das Protevangelium des Jakobus erklärte sie mit einer früheren Ehe Josephs - eine Deutung, die die Westkirche ablehnte und die Bibelstelle anders deutete: Es seien, im Hebräischen möglich, mit "Brüdern und Schwestern" auch Cousins und Cousinen gemeint. Solche Deutungsversuche erscheinen aufgeklärten Menschen der Gegenwart wohl etwas seltsam. Jedoch ist dies nicht das eigentliche Problem des Bekenntnisses zur "immerwährenden Jungfräulichkeit" Mariens. Zunächst aber ist vor allem der Frage nachzugehen, wie es überhaupt zu dieser eigenartigen Fokussierung kommen konnte.

## Erotische Lust als Einfallstor des Bösen?

Neben theologischen Erwägungen über die Göttlichkeit Christi lag der Hochschätzung jungfräulichen Lebens die in der Spätantike, aber auch bereits im Hellenismus, bei Platon und in der Stoa dominierende Vorstellung zugrunde, sexuelle Lust sei etwas Niedriges oder gar Schmutziges. Damit ging der Gedanke eines Gegensatzes zwischen Geist und Materie einher. Je wichtiger, höher und wesentlicher der "reine" Geist erschien, umso niedriger, gar verwerflicher erschien die Materie und alles, was den Menschen daran band. Als größter Gegensatz zum Geist musste so die sexuelle Lust gelten, die sich gelegentlich dem vernunftgemäßen Handeln entzog.

Bedauerlicherweise wurden Gnosis und Neuplatonismus samt ihrer Leibfeindlichkeit zu Begleitern des Christentums bei dessen Ausbreitung im Römischen Reich. Christlicherseits meinte man, bei diesen philosophischen Richtungen Parallelen oder zumindest eine Verständigungsebene mit den eigenen Erlösungsvorstellungen zu finden. Gewiss gab es viele Gründe, weshalb "Erlösung" zum zentralen, alles dominierenden Glaubensthema wurde. Man denke beispielsweise nur an die Verfolgungen, die Bedrohung des Reiches durch die Völkerwanderung oder die allgemeine Verschlechterung der ökonomischen Verhältnisse, kurzum, die zunehmende Beschwerlichkeit der Lebensbedingungen. Jenseitsorientierung, die Sehnsucht nach dem ewigen Leben, bot nicht nur einen offensichtlichen Ausweg aus dem "irdischen Jammerthal", sondern auch einen geeignet erscheinenden Maßstab für Gut und Böse. Zur Erlösung führe, so die Überzeugung, nur das Tun des Guten; das aber sei auf den Geist, der über den Körper zu herrschen habe, auf das Unvergängliche und Ewige gerichtet, auf das Göttliche. Alles aber, was an die Vergänglichkeit binde, stehe im Bannkreis des Bösen.

Die Abwertung der Sexualität, da sie ein Einfallstor des Bösen sei, fand einen Höhepunkt in der späteren Theologie des Augustinus. Die (historisch-kritisch problematische) Erbsünde werde durch den Geschlechtsakt weitergereicht - eine Auffassung, die uns heute als inhuman, ja, unchristlich erscheinen müsste, dächte man wirklich nach. Und wer wird sich wohl getrauen, so etwas vor versammelter Gemeinde zuzugeben...?

Und doch hat Augustinus die Abwertung von Erotik und sexueller Lust in Theologie und pastoraler Verkündigung bis heute geprägt. Man könnte an dieser Stelle an die - Älteren unter uns durchaus noch vertraute - Beichtpraxis der fünfziger und sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts erinnern, der gemäß allein schon ein unkeuscher Gedanke vor dem Einschlafen als Todsünde gebrandmarkt wurde und schon einen Zehnjährigen in Höllenängste versetzen konnte, vor denen er sich nur durch die Beichte retten konnte. Übrigens: Eine Analyse künstlich verursachter Traumata von Kindern durch eine von der Kirche zu

verantwortende Moralpädagogik steht m.W. immer noch aus!

## Gottgewollter Zölibat?

Aktueller noch ist die Problematik des (Zwangs-)Zölibats, an dem das kirchliche Amt auch unter einem sonst so menschlich erscheinenden Papst Franziskus nichts ändern wird. Im Grunde genommen ist der Zölibat nichts anderes als eine Art "Jungfräulichkeit des Mannes". Der Gedanke dahinter, dass nur ein Mann zum Priester geweiht werden dürfe, der jeglicher sexuellen Lust entsagt, lässt sich nur so verstehen, dass gelebte Sexualität ein unüberwindliches Hindernis für eine engere und privilegierte Beziehung zu Gott darstelle. Wie realitätsfern diese Vorstellung ist, kann man bei einer Analyse des kirchlichen Missbrauchsskandals sehen. Ein Zwangszölibat steht der Entwicklung einer im psychologischen Sinn gereiften Sexualität sehr oft im Wege - oder macht sogar krank. Denn was könnte sexueller Missbrauch, ausgerechnet in einer Kirche, deren Moralansprüche auf sexuellem Gebiet besonders rigoros sind, anderes sein als Ausdruck und Folge seelischer Fehlentwicklung?

Nun, derlei Gedanken sind ja nicht neu. Noch aber ist m.E. nicht ins allgemeine Bewusstsein gedrungen, dass Augustinus Auffassung, Lust sei Sünde, dem Wesenskern (wie auch gegenwärtiger Akzeptanz) des christlich-jüdischen Glaubens diametral entgegensteht. Denn der Glaube an Gott, den Erlöser, kann und darf kein Widerspruch zum Glauben an Gott, den Schöpfer, sein. Gott, Schöpfer und Erlöser von allem Übel, ist nach den Worten des 1. Johannesbriefs (1 Joh 4,8) die Liebe selbst. Wie ließe sich damit die Behauptung Augustinus und zahlloser, ihm folgender Theologen (wie etwa Gregor der Große) vereinbaren, dass sexuelle Lust immer sündhaft, ja, sogar Strafe für den Sündenfall Adams sei?

## Selektives Schriftverständnis

Dahinter steht gewiss auch ein sehr selektives Verständnis der Hl. Schrift. Nicht nur das AT bietet zahlreiche Stellen, die den Eros als Geschenk der Schöpfung preisen. Dies beginnt bereits bei den Schöpfungserzählungen, beim sog. Schöpfungsauftrag

Gen 1,28 (bzw. Gen 2,24). Nach Mk 10,6 ff. und Mk 19,5 f. zitiert Jesus exakt diese Stellen, um die Beziehung von Mann und Frau hervorzuheben. Erotische Lust als Sünde? Warum ist dann das gesamte Hohe Lied im AT nicht nur ein Lobpreis des Eros, sondern auch als eine große Metapher für das Verhältnis Jahwes zu Israel aufgefasst worden?

Belassen wir es bei diesen knappen Hinweisen! Zurück zur Gegenwart: Für Theologie und "Amtskirche" ist es an der Zeit, endlich eine positive Wertung der erotisch-sexuellen Dimension des menschlichen Daseins zu finden. Hier wartet eine gewaltige Aufgabe für eine Theologie, die sich, nicht nur, aber auch um der Akzeptanz der Zukunftsfähigkeit des Christlichen willen, wieder weitaus mehr dem jüdisch-christlichen Schöpfungsgedanken zuwenden muss. Angemerkt sei, dass dieser keineswegs immer mit einer dogmatisch bestimmten naturrechtlichen Argumentation identisch ist. Dazu ein vielsagendes Beispiel: Die Enzyklika "Humanae vitae" (1968) begründete das Verbot künstlicher Empfängnisverhütung mit einem abstrakten und ungeschichtlichen Naturrechtsdenken, das einer fundierten Schöpfungstheologie schlicht und einfach übergestülpt wurde. Eine positive, eine schöpfungsgläubige Sicht auf Eros und Lust müsste jedoch den Zusammenhang von Liebe, Glück und Zeugung neuen Lebens in den Mittelpunkt stellen.

Dass die Erfüllung "sexueller Hingabe" eines der größten Glücksmomente des Lebens sein kann, wird selbst der rigideste Verteidiger zölibatärer Lebensweise nicht bestreiten können. Sicherlich, und das wissen wir nicht erst seit Bekanntwerden der Missbrauchsfälle, wird (vor allem männliche) Sexualität allzu oft auch zur Ursache schlimmster Verbrechen. Vergewaltigungen sind immer solche - und stehen nicht selten im Zusammenhang mit Mord. Zumindest "seelischer Mord" sind Vergewaltigungen allemal.

Umso wichtiger wird es, insbesondere für eine christliche Pastoral, ein tragfähiges moralisches Konzept zu entwickeln, das auf eine tiefreichende Humanisierung von Sexualität ausgerichtet ist! An diesem Punkt muss man leider ein fast totales Versagen der traditionellen katholischen Morallehre konstatieren. Wenn nur der Lustgewinn

mit Sündhaftigkeit in eins gesetzt wird, gerät die Verpflichtung zu liebevoller Zuwendung, ja, die Freude daran, Lust zu bereiten und nicht nur zu verspüren, vollends aus dem Blick. Kein Wunder, dass man jahrhundertlang nur von "ehelicher Pflicht" (meist zu Lasten der Frau!) zu schwadronieren pflegte, wo es doch eigentlich um die liebevolle gegenseitige Zuwendung hätte gehen müssen.

## Ambivalenz der Schöpfungsgaben

Nicht nur Sexualität und Geschlechtslust, sondern auch andere natürliche Veranlagungen darf man aus religiöser Sicht als "Schöpfungsgaben" bezeichnen. Jedoch sind sie allesamt ambivalent, d.h. sie können zum Guten wie zum Bösen befähigen. Exempla trahunt: Ohne die Fähigkeit zur Aggression ist Leben, ist Überleben überhaupt nicht möglich. Konrad Lorenz, der "Vater" der Verhaltensforschung, hat dies schon vor Jahrzehnten ("Das sogenannte Böse", Wien 1963) eindrucksvoll nachgewiesen. Aggressivität aber kann bekanntlich auch zu Kriegen und sogar zur Zerstörung allen Lebens auf der Erde führen. Ähnliches gilt auch für die dem Menschen vorbehaltene Fähigkeit zur Vernunft. Auch sie kann, wie wir spätestens seit Entwicklung und Einsatz der Atombombe wissen, zur Zerstörung der ganzen Erde führen. Andererseits macht erst der Einsatz der Vernunft - zusammen mit der Fähigkeit zu lieben - den Menschen zur "Krone der Schöpfung"!

Worum es also gehen muss, ist die Humanisierung unserer Veranlagungen. Und dabei muss die menschliche Sexualität, ohne die es ja keine Weitergabe des Lebens geben kann, in besonderem Maße in den Focus treten.

So gesehen erscheint aber die Sakralisierung von Jungfräulichkeit und Zölibat zumindest lebensfremd, wenn nicht sogar lebensfeindlich. Das heißt aber auch: Wie können und sollen wir heute mit jener Formulierung des Glaubensbekenntnisses umgehen, die Marias Jungfräulichkeit hervorhebt, wie mit einer Marienfrömmigkeit, die genau darauf gründet?

## Auf die "Jungfrau" verzichten?

Wieder einmal geht es nicht ohne historisch-kritische Aufarbeitung, die bei den

meisten Gläubigen - ohne theologische Vorbildung - noch keineswegs ankam. Woher auch? Wer im Gottesdienst, in der Predigt hätte je davon gehört...? Muss also Maria für immer Jungfrau bleiben, weil sonst alles zusammenbräche?

Die spätere Bedeutung Jesu hängt nicht davon ab, ob er auf ‚normale‘ menschliche oder auf mythisch-wundersame Weise gezeugt wurde. Andererseits ist die Metapher seiner jungfräulichen Geburt für die (noch) Gläubigen mehr denn je erklärungsbedürftig. Erlösung ist nicht vom Menschen machbar. Nichts anderes sagt uns die Metapher der Jungfrauengeburt.

\*\*\*

Markus Groß

## **Ist die „Frohe Botschaft“ obsolet? – Bemerkungen zum „Marketing“ der Katholischen Kirche**

Hätte sich jemand in den letzten Jahren die Mühe gemacht, alle deutschen Nachrichtensendungen nach Berichten zu durchforsten, die in irgend einer Weise mit der Katholischen Kirche zu tun haben, so wäre wohl dabei herausgekommen, dass die überwiegende Mehrzahl das nicht enden wollende Thema „sexueller Missbrauch“ betreffen. Die Fälle – und mehr noch der Umgang damit, die Vertuschungen und die zum Scheitern verurteilte „Aufklärung“ nun ausgerechnet durch die Kirche selbst – sind selbstverständlich ein Skandal. Die allgemeine Feindseligkeit der Medienlandschaft hängt dabei wohl nicht zuletzt mit dem hohen moralischen Ross zusammen, von dem herab ebendiese Kirche über Jahrzehnte ihren Schäfchen gerade deren Sexualität betreffende Vorschriften gemacht hat.

Trotzdem ist es auffällig, dass andere Schuldi-ge mit erheblich weniger Image-Schaden davonkommen. So schätzte die bislang einzige einschlägige Studie des Bundesministe-

riums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend für das Jahr 2008 in Deutschland 3443 Fälle von angedrohter oder vollzogener Zwangsverheiratung in erster Linie bei muslimischen Bürgern.<sup>1</sup> Allein in Berlin geht man von rund 400 Fällen von Zwangsverheiratung pro Jahr aus. Ein großes Thema in den Medien ist dies wohl kaum gewesen.

Aber auch die „Progressiven“ würden bei gerechterer Betrachtung der Sachlage nicht ungeschoren wegkommen: Der französische Schriftsteller Gabriel Matzneff – dem mittlerweile die Vergewaltigung von Minderjährigen vorgeworfen wird – forderte beispielsweise 1977 in einem Aufruf in der Zeitung „Le Monde“ die Aufhebung des Verbots der Pädophilie, die damit zusammenhängende Petition wurde von allen großen Intellektuellen der Zeit unterschrieben, unter anderem Simone de Beauvoir und Jean-Paul Sartre.<sup>2</sup> Auch die sogenannte „Pädophilie-Debatte“ bei Bündnis 90/Die Grünen<sup>3</sup> aus dem Jahre 2013 hat nur sehr kurz die Tatsache in die Schlagzeilen gebracht, dass die Partei in den 70er und 80er Jahren die Legalisierung „eilvernehmlicher pädosexueller“ Kontakte angestrebt hatte. Nach kurzer „Aufarbeitung“ und Zahlung einer nicht spezifizierten Summe an drei (!) Missbrauchsopfer scheint dieses dunkle Kapitel der eigenen Parteigeschichte damit endgültig abgeschlossen zu sein. Dies überrascht umso mehr, als das eben erwähnte „hohe moralische Ross“ auch von Links-Alternativen gerne bestiegen wird.

Im Falle der Katholischen Kirche scheint es auch keine Beißhemmungen mehr zu geben, etwa in dem Sinne, dass man einen am Boden Liegenden keinen weiteren Tritt versetzt. Und am Boden liegt die Kirche in der Tat, der Anteil der Deutschen, die im Jahr 2020 noch einer der beiden christlichen Konfessionen angehören, ist auf mittlerweile 51 Prozent geschrumpft, im Jahr 2018 waren es noch 53,2 Prozent.

Warum also ist die Katholische Kirche immer noch der Lieblingsfeind der Medien

<sup>1</sup> <https://www.demo-online.de/blog/kampf-gegen-zwangsehen-getan-0>

<sup>2</sup> <https://www.deutschlandfunkkultur.de/angriff-auf-die-eliten-in-frankreich-was-der-paedophilie-100.html>

<sup>3</sup> [https://de.wikipedia.org/wiki/P%C3%A4dophilie-Debatte\\_\(B%C3%BCndnis\\_90/Die\\_Gr%C3%BCnen\)](https://de.wikipedia.org/wiki/P%C3%A4dophilie-Debatte_(B%C3%BCndnis_90/Die_Gr%C3%BCnen))

und warum genießt laut einer Forsa-Meinungsumfrage kaum eine Institution in Deutschland so wenig Vertrauen wie die Katholische Kirche? – Eine mögliche Antwort auf diese Frage sind sicherlich die Forderungen des „Synodalen Weges“ zu Macht und Missbrauch, Sexualmoral, priesterlicher Lebensform und der Stellung von Frauen in der Kirche. Das dies aber – bei aller Berechtigung der einzelnen Debatten, – nicht die letztendliche Rettung bedeuten würde, geht allein schon aus der Tatsache hervor, dass es eine Religionsgemeinschaft gibt, die all das Geforderte schon eingelöst hat, angefangen von der Ordination von Frauen bis zur Integration Geschiedener: die Evangelische/Protestantische Kirche. Ein kleiner Blick auf die offiziellen Statistiken<sup>4</sup> zeigt hier jedoch, dass seit dem Rekordjahr 1992 (361.256 Austritte aus der Evangelischen gegenüber 192.766 aus der Katholische Kirche) bis auf die letzten paar Jahre fast immer die Protestanten vorne lagen.

Der Trend zur Säkularisierung, ein Euphemismus für „Entchristlichung“, betrifft zudem den gesamten Westen und praktisch alle christlichen Gemeinschaften. In Großbritannien etwa ist der Anteil derer, die sich der Anglikanischen Kirche zugehörig fühlen, in 25 Jahren von 38% auf 12% gefallen!<sup>5</sup>

Die Gründe für den Niedergang des Christentums in westlichen Industriestaaten (nicht in anderen Teilen der Welt!) liegen also tiefer. In der „post-heroischen“ Spaßgesellschaft, verstärkt durch die technischen Möglichkeiten sozialer Medien, scheint die Kirche keinen Platz mehr zu finden. Es wird aber auch nicht aktiv darüber nachgedacht, ihr einen Platz zu suchen. Vergeblich sucht man einen Text zu der auch schon mal thematisierten „Evangelisierung, die die Menschen erreicht und ihnen vermittelt, dass die Frohe Botschaft und ein Leben aus und mit dem Glauben eine Bereicherung darstellen können“<sup>6</sup>

<sup>4</sup> <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/4052/umfrage/kirchenaustritte-in-deutschland-nach-konfessionen/>

<sup>5</sup> <https://www.christianitytoday.com/ct/2020/november-web-only/church-of-england-decline-theos-growing-good-social-action.html>

<sup>6</sup> <https://www.katholisch.de/artikel/27587-synodaler-weg-fuenf-grosse-katholische-verbaende-verfassen-zwischenruf>

Anscheinend hält man die christliche Botschaft für nicht mehr „cool“ genug. Aber ist das wirklich so? Dazu ein kleines Gedankenexperiment. Was würde passieren, wenn ein Universitätsprofessor – nicht der Theologie, sondern der klinischen Psychologie – in einem westlichen Land zu einer Bank ginge und einen Kredit beantragte für folgendes Projekt: Es soll für mehrere Monate ein Theater angemietet werden, in dem von diesem Professor Vorträge über Texte des Alten Testaments, vor allem Genesis gehalten werden, in denen diese mit Bezug auf ihre heutige Relevanz interpretiert werden. Zielgruppe wären in erster Linie junge Männer.

Einen Kredit würde ein solcher Professor weder hier noch sonstwo bekommen. Aber genau das beschriebene Projekt wurde – mit großem Erfolg – von dem kanadischen Psychologie-Professor (und „public intellectual“) Jordan Peterson unter dem Titel „The Psychological Significance of the Biblical Stories – 15-Part Lecture series by Dr. Jordan B. Peterson“<sup>7</sup> durchgeführt. Das besagte Theater war über Monate ausgebucht, wobei gerade junge Männer besonders zahlreich als Publikum vertreten war. Die einzelnen Vorlesungen sind auf Youtube verfügbar, zum Teil auch mit deutschen Untertiteln<sup>8</sup>, wobei der erste Teil (2 Stunden und 38 Minuten lang) insgesamt 9.643.216 (9 Millionen!) mal angeschaut wurde. Videos, in denen er über Jesus und seine Beziehung zu ihm bzw. das Christentum allgemein spricht, sind zu Dutzenden im Internet zu finden, mit ähnlich hohen Click-Zahlen.

Offensichtlich gibt es also doch ein Bedürfnis nach mehr als Spaß und Unterhaltung. Der große Karl Popper meinte einmal, jeder sei Philosoph, weil jeder sich philosophische Fragen stelle. Die Philosophie dürfte aber sicherlich nicht in der Lage sein, alle diese befriedigend zu beantworten, die christliche Religion vielleicht schon eher – wenn die Antwort denn gehört würde.

An dieser Stelle kommen wir auf den zweiten Teil des Titels des vorliegenden Beitrages zu sprechen, das „Marketing“ des Christentums, spezieller das der Katholischen Kirche. Der amerikanische Marketing-Guru Kotler hat 1986 sein Konzept der

<sup>7</sup> <https://www.jordanbpeterson.com/bible-series/>

<sup>8</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=f-wWBG06a2w>

„4Ps“ vorgestellt: *product, place, pricing, and promotion*. Auf das Christentum angewandt könnte man das Konzept so interpretieren: Das Produkt („product“) ist die christliche oder auch „Frohe“ Botschaft, die explizit nicht *nur* eine der sozialen Gerechtigkeit sein kann und darf, sondern auch die Frage des Lebens nach dem Tode und die nach Gott einschließen muss. Den Ort („place“) würde ich auffassen als die Frage nach dem „Wo“ der Verkündigung – oder sollte man besser sagen der Kontaktaufnahme mit der Zielgruppe, wobei mit der Zielgruppe prinzipiell alle gemeint sein können, die die Botschaft noch nicht kennen oder die sie vergessen haben. Wer heutige Menschen aller Altersstufen – vielleicht mit Ausnahme der ganz Alten – betrachtet, wird zu dem Schluss kommen, dass soziale Medien und das Internet hier mit Abstand auf Platz 1 stehen. Mit dem Preis („pricing“) ist das gemeint, was verlangt wird, um der Botschaft zu folgen. Man sollte sich hier davor hüten, die Latte immer niedriger legen zu wollen. Wenn die attraktivste Botschaft immer die mit den leichtesten Anforderungen wäre, würde sich der Vegetarismus in Deutschland nicht so schnell verbreiten. Und mit „promotion“ könnte man alle aktiven Kontaktaufnahmen betrachten, mit denen die Zielgruppe erreicht wird (oder auch nicht).

Eine solche Betrachtung mag nicht zu einer Institution wie der Kirche zu passen scheinen, bei genauerer Betrachtung zeigt es sich jedoch sehr schnell, dass historisch gesehen die Kirche immer hervorragende Marketing-Konzepte angewandt hat: Zuerst zu nennen wäre die Auswahl der Zielgruppe durch Paulus: sogenannte „Gottesfürchtige“ in den Synagogen, d.h. Griechen mit Sympathien für das Judentum, die sich aber scheuten, ganz zu konvertieren. Die Synagogen können hierbei als Wahl des „place“ interpretiert werden. Dann die Ausstattung der Kirchen mit Kunst („Bibel der Armen“), die Einführung der Kirchenmusik durch Gregor den Großen im 6. Jahrhundert, später die architektonischen und liturgischen Veränderungen durch den Abt Suger von Saint-Denis (gest. 1151; z.B. das Zeigen und Herumtragen der Monstranz bei Prozessionen u.ä.), alles Entscheidungen, die Glauben zu einer sinnlichen Erfahrung machten.

Aber bereits die technischen Marketing-Möglichkeiten des Buchdruckes wurden von der Katholischen Kirche – im Gegensatz zur Protestantischen – nicht oder erst verspätet gesehen. Spätestens seit dieser Zeit gilt die Katholische Kirche als altbacken, weltfremd und fortschrittsfeindlich. Liest man etwa den „Weltkatechismus“ von 1992, so fragt man sich, ob es bei all den Zitaten aus den spätantiken und mittelalterlichen Quellen, mit denen die einzelnen Kapitel der 816 Seiten angefüllt sind, eigentlich seit Thomas von Aquin irgendeinen exegetischen Fortschritt im Sinne historisch-kritischer Forschung gegeben hat. Die erste Frage sollte also – wie bei Kotlers 4Ps – die nach dem Produkt sein. Wie kann man die Frohe Botschaft so interpretieren und formulieren, dass sie einen heutigen religiösen Sucher erreicht. Dazu kommt dann, dass man sich überlegt, wie man die Botschaft gegen Angriffe und Gegenargumente verteidigt, man könnte sagen: eine Grundtaktik der Fundamentaltheologie angewandt auf moderne Kommunikationsmittel.

Solche Angriffe und Sammlungen von Gegenargumenten sind im Internet im Übrigen (zumindest in der anglophonen Welt) sehr häufig zu finden, z.B. die Podcasts des philosophischen Autodidakten Stephen Woodford (Pseudonym: „Rationality Rules“)<sup>9</sup>, der Argumentationen von Vertretern verschiedener Religionen zur Existenz Gottes, des freien Willens etc. mit geschickter logischer Beweisführung zu widerlegen versucht. Unter denen, die sich auf einen Gedankenaustausch (meist in Form von Gegen-Videos) mit ihm einlassen, sind gläubige Privatpersonen, aber keine offiziellen Vertreter der Kirche – ist vielleicht auch besser so. Denn wenn einmal Vertreter des Klerus in Podiumsdiskussionen auftauchen, erscheinen sie meist uninformativ, mit dem Medium wenig vertraut und haben sich im Vorfeld nicht mit den zu erwartenden Argumenten genügend auseinandergesetzt, so z.B. der australische Kardinal George Pell in einer Fernsehdiskussion mit dem vielleicht weltweit am besten bekannten Atheisten, dem Evolutionsbiologen Richard Dawkins („Der Gotteswahn“).<sup>10</sup> So meinte der Kardinal im Laufe

<sup>9</sup> [https://youtube.fandom.com/wiki/Rationality\\_Rules](https://youtube.fandom.com/wiki/Rationality_Rules)

<sup>10</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=QaA5QrZBzWg>



der Diskussion allen Ernstes, der Neanderthaler zähle zu den direkten Vorfahren des Menschen. Fester Glaube reicht nicht, man muss auch seine Hausaufgaben machen!

Auch bei deutschen Bischöfen gehören zum Marketing-Problem nicht nur deren Fehlentscheidungen, die es natürlich leichter in die Medien schaffen als das langweilige, aber korrekt abgewickelte Alltagsgeschäft, sondern auch und vor allem ihre Kommunikationsfähigkeit. Gemeint ist damit nicht in erster Linie die Kommunikation mit dem Vatikan, sondern die in modernen Medien und die mit ihren Mitarbeitern (einschließlich der Laien). Eine Frage, die man sich hier immer stellen muss, ist nicht nur „ist die Entscheidung/Argumentation richtig“, sondern auch „wie wirkt es, wenn ich meine/unsere Position jetzt so oder so ausdrücke“. Der Köder muss dem Fisch schmecken, nicht dem Angler! In einigen Fällen hätte ein bisschen Coaching in Mitarbeiterführung und Medienkommunikation vielleicht geholfen, in anderen Fällen wurden aber auch offensichtlich (dafür) ungeeignete Personen ins Amt berufen. Das soll keine Geringschätzung der „fehlberufenen“ Personen als Mensch sein, aber auch Moses soll ja beim Pharaon nicht selbst gesprochen, sondern seinen rhetorisch geschickteren Bruder Aaron vorgeschickt haben.<sup>11</sup>

Alles bisher Gesagte soll aber nicht so verstanden werden, dass hier einer völligen Unterwerfung unter den Zeitgeist das Wort geredet werden soll. Die mit dem kulturellen Gepäck von Jahrhunderten entstandene Katholische Kirche mit all ihren symbolischen Handlungen, mythischen Geschichten und ihrer überbordenden Pracht sollte nicht ersetzt werden durch eine coole und „zeitgemäße“ Hipster-Karikatur ihrer selbst. Auch Atheisten gehen, wenn sie an Weihnachten wieder etwas „Christmas-Feeling“ erleben wollen, eher in eine katholische Christmette als in eine evangelische – wobei wir beim letzten „P“ der Marketing-Liste angelangt wären: „Promotion“.

\*\*\*

<sup>11</sup> Die Geschichte ist zwar nicht historisch, aber immerhin „metaphorisch“ wahr.

Norbert Scholl

## **„Wir wissen alle, dass die Kirche, was sie festgelegt hat, auch verändern und abschaffen kann“ (Papst Pius XII.) – Das gilt auch für den Pflichtzölibat**

1947 geschah in der katholischen Kirche etwas bisher Einmaliges, das aber weitgehend unbeachtet blieb. In der Apostolischen Konstitution „Sacramentum ordinis“, in der es um die Gültigkeit und das äußere Zeichen des Sakraments der Priesterweihe geht, ersetzte Pius XII. den bisher geltenden Ritus der Übergabe von Kelch und Patene kurzweg durch die Handauflegung des Bischofs, obwohl vom Konzil von Florenz alle als „verworfen und verurteilt“ abqualifiziert wurden, welche die Übergabe der Geräte als wirksames Zeichen des Sakraments leugneten<sup>12</sup>. Ähnliche „Verwerfungen“ und „Verurteilungen“ stehen auch am Schluss von Päpstlichen Verlautbarungen, die weit größeres Gewicht haben<sup>13</sup>. Pius XII. begründet seinen Schritt damit, „dass die Übergabe der Geräte nach dem Willen Unseres Herrn Jesu Christi selbst nicht zum Wesen und zur Gültigkeit dieses Sakramentes erforderlich ist. Wenn ebendiese aber nach dem Willen und der Vorschrift der Kirche einmal auch zur Gültigkeit notwendig war, so wissen alle, dass die Kirche, was sie festgelegt hat, auch verändern und abschaffen kann“<sup>14</sup>. Und der Papst fügt

<sup>12</sup> Vgl. DH 1326.

<sup>13</sup> Zum Beispiel Bulle „Exsurge Domine“, 15. Juni 1527 (Verurteilung Martin Luthers): „Die vorgenannten Artikel bzw. Irrtümer verurteilen, missbilligen und verwerfen Wir samt und sonders ganz und gar als, wie vorausgeschickt wird, – je nachdem – häre tisch oder anstößig oder falsch oder fromme Ohren verletzend oder einfache Gemüter verführend und der katholischen Wahrheit widerstrebend“ (DH 1492); Konzil von Trient (Dekret über die Rechtfertigung) „... der sei mit dem Anathema belegt“. (DH 1583); Konzil von Trient (Dekret über die Sakramente: „... der sei mit dem Anathema belegt“ (DH 1630); Erstes Vatikanum (Unfehlbarkeit): „... Wer sich aber – was Gott verhüte – unterstehen sollte, dieser Unserer Definition zu widersprechen: der sei mit dem Anathema belegt“ (DH 3075) u.a.

<sup>14</sup> DH 3858.

noch an: „Da dies so ist, erklären und, insofern es nötig ist, entscheiden und bestimmen Wir nach Anrufung des göttlichen Lichtes kraft Unserer höchsten Apostolischen Autorität und mit sicherem Wissen...“<sup>15</sup>

Der Vorgang ist höchst bemerkenswert. Pius XII. hat eine mehr als 500 Jahre lang gültige, feierlich proklamierte Lehre mit einem Federstrich abgeändert und schlichtweg damit begründet, was die Kirche festgelegt hat, könne sie auch verändern und abschaffen. Das sei „allen bekannt“. Der Papst sagt nicht, wie weit solche Veränderungen gehen können und wie groß der Umfang dessen ist, was alles abgeschafft werden könnte. Der renommierte Kirchenhistoriker Hubert Wolf weist in einem Interview auf die möglichen Konsequenzen hin: „Nun wird diskutiert, ob er dabei nicht eine Wahrheit des katholischen Glaubens, also ein Dogma, geändert hat. Wenn dem so wäre, dann könnte man auch bestimmte Festlegungen im Hinblick auf die Unmöglichkeit der Priesterweihe für Frauen neu diskutieren. Das Potenzial der Kirchengeschichte ist immens“<sup>16</sup>.

### Eine Steilvorlage für die Änderung der Zölibatsverpflichtung?

Das Wort des Papstes eröffnet eine Perspektive für die Frage der Änderung oder der gänzlichen Abschaffung der Zölibatsverpflichtung für katholische Priester in der römisch-katholischen Kirche.

Es ist hinlänglich bekannt, dass Jesus weder von seinen Jüngern noch von seinen engsten Vertrauten, den Zwölf, ein zölibatäres Leben verlangt hat. Aufgrund unserer besseren und genaueren Kenntnis des Judentums in der Zeit Jesu stellt sich sogar die Frage, ob nicht auch Jesus selbst (bis zu seinem öffentlichen Auftreten?) verheiratet war. Denn in seiner jüdischen Umwelt hätte die Missachtung der ersten Pflicht des rabbinischen Pflichtenkatalogs: „Seid fruchtbar und mehret euch“ zu offener Kritik und Polemik an ihm führen müssen; davon wird aber in den Evangelien nichts berichtet<sup>17</sup>.

Vermutlich als einziger der Apostel war Paulus - zumindest zur Zeit der Abfassung des ersten Korintherbriefes (um 54) - nicht (mehr) verheiratet, obwohl er grundsätzlich auch für sich das Recht auf ein nicht-zölibatäres Leben in Anspruch nimmt, wenn er schreibt: „Haben wir nicht das Recht, eine Schwester im Glauben als Frau mitzunehmen, wie die übrigen Apostel und die Brüder des Herrn und wie Kephas?“ (1 Kor 9,5 EÜ2016). Kephas/Petrus wird wahrscheinlich nur deshalb separat erwähnt, weil ihm in den Augen mancher Mitglieder der Gemeinde von Korinth eine besondere Bedeutung zukam. „Mit der Bezeichnung ‚Brüder des Herrn‘ sind sicherlich nicht alle Christen, die sich ja als ‚Brüder‘ und ‚Schwestern‘ bezeichnen, gemeint, denn Jesus Christus ist nicht ‚Bruder‘, sondern ‚Herr‘. Somit kommt nur die wörtliche Bedeutung in Frage, und zwar, dass es sich um die leiblichen Brüder (und Schwestern) Jesu handelt. Demnach hatte Jesus also mehrere Brüder (und vielleicht auch mindestens eine Schwester), die vermutlich auch noch am Leben sind“<sup>18</sup>. Der amerikanische Exeget *John Granger Cook* geht noch weiteren Fragen nach: „Nahmen die in V. 5 erwähnten Frauen an der Mission teil? Folgten die Frauen den Aposteln mit dem Ziel der Unterweisung? Oder sorgten sie nur für materielle Unterstützung? Handelte es sich bei den Frauen um Ehefrauen? Ergebnis: Da Petrus/Kephas verheiratet war und in Anbetracht der Bedeutung des „mitführen“, dürften wohl viele - aber nicht unbedingt alle! - der mitgeführten Frauen Ehefrauen gewesen sein. Einigen sei wohl die Aufgabe der materiellen oder häuslichen Unterstützung zugekommen. Alle Frauen seien jedoch in der apostolischen Lehre gut unterwiesen gewesen und hätten, sofern sie wollten, selbst andere Menschen lehren können“<sup>19</sup>.

*Alexander Sand* fasst zusammen: „Der Gedanke einer lebenslangen oder über längere Zeit andauernden Ehelosigkeit war der Welt des Neuen Testaments und des Judentums [...] unbekannt und unvorstellbar“<sup>20</sup>.

<sup>15</sup> DH 3859.

<sup>16</sup> <https://www.hoheluft-magazin.de/2021/10/wenn-das-schild-in-die-falsche-richtung-weist-dann-muss-man-es-umdrehen/>

<sup>17</sup> Vgl. Schalom Ben-Chorin, *Bruder Jesus*, München 31970, 127-129.

<sup>18</sup> [https://www.welt-derbibel.de/bibliographie.1.2.erste\\_Brief\\_Paulus\\_Korinther.35.htm-1](https://www.welt-derbibel.de/bibliographie.1.2.erste_Brief_Paulus_Korinther.35.htm-1).

<sup>19</sup> Cook, John Granger; 1 Kor 9,5: The Women of the Apostles, *Bib.* 89/3 (2008), 352-368; zit. nach: [https://www.welt-der-bibel.de/bibliographie.1.2.erste\\_Brief\\_Paulus\\_Korinther.35.html](https://www.welt-der-bibel.de/bibliographie.1.2.erste_Brief_Paulus_Korinther.35.html).

<sup>20</sup> Alexander Sand, *Reich Gottes und Eheverzicht im Evangelium nach Matthäus*. SBS 109, Stuttgart 1983, 70. Dazu die Rezension von F.J. Stendebach:

Das Thema Enthaltensamkeits-Zölibat (nicht: Ehelosigkeit!) taucht erstmals im Kanon 33 der Synode von Elvira (ca. 306) auf: „Es wurde beschlossen, [...] allen Klerikern, die den Dienst versehen, folgendes Verbot aufzuerlegen: Sie sollen sich von ihren Ehefrauen enthalten und keine Kinder zeugen“<sup>21</sup>. Kleriker, auch Bischöfe, waren also zu dieser Zeit verheiratet. Eine Begründung für das Verbot, Kinder zu zeugen, wird nicht gegeben.

Möglicherweise, um eine Art „Erbfolge“ des priesterlichen Dienstes samt der damit evtl. verbundenen Anhäufung von vererbbaarem Besitzstand zu verhindern. Weiterhin könnte der zunehmende Einfluss neuplatonischen und manichäischen Gedankengutes dazu geführt haben, die Geschlechtlichkeit als etwas Erniedrigendes anzusehen, das der Mensch mit der ungeistigen Kreatur, dem Tier, gemeinsam habe und das daher unrein mache<sup>22</sup>. Die Gnostiker forderten die Befreiung von den Fesseln der Materie, die Manichäer verlangten den Verzicht auf geschlechtlichen Umgang. Es gibt kaum einen Kirchenvater, der nicht ein oder mehrere Bücher „De virginibus“ oder „De virginitate“ (über die Jungfrauen, über die Jungfrauschaft) geschrieben hätte. Das ist nicht allein aus Mt 19,10-12 oder 1 Kor 7,25-38 zu begründen.

Zur gleichen Zeit entfaltete sich das Mönchtum, das viele Menschen anzog. Es betonte den hohen Wert der Jungfräulichkeit und blieb daher nicht unberührt von der Abwertung des Leibes. Zahlreiche Kleriker schlossen sich zu Priestergemeinschaften mit stark mönchischem Charakter zusammen (Eusebius von Vercelli, Augustinus). Das Mönchtum färbte auf die ganze Kirche ab. Der Mönch erschien als vollkommener Christ, die „Laien“ waren aufgerufen, nach den ihnen in der „Welt“ gegebenen Möglichkeiten die Frömmigkeit und Askese der Mönche nachzuleben.

Erst im hohen Mittelalter vollzog sich in der Westkirche im Zuge der Kirchenreformen des 11. Jahrhunderts der Übergang vom Enthaltensamkeitszölibat zum allgemein

verbindlichen Ehelosigkeitszölibat der Priester. Im Jahre 1022 ordnete Papst *Benedikt VIII.* auf der Synode von Pavia gemeinsam mit Kaiser *Heinrich II.* an, dass Geistliche künftig nicht mehr heiraten durften. Verhandelt wurde vor allem über den Rechtsstatus der Kinder, die aus dem Zusammenleben eines unfreien Priesters und einer freien Frau hervorgegangen waren. Besonders der Verlust von Kirchenvermögen durch Güterentfremdung wegen erbberechtigter Priesterkinder wurde beklagt. Solche Kinder sollten nach den Beschlüssen der Versammlung künftig unfrei werden und in den Besitz der Kirche fallen. Über die Priesterkinder aus der Verbindung eines freien Priesters und einer freien Frau wollte der Papst erst bei einer der kommenden Synoden entscheiden<sup>23</sup>.

1031 wurde es auf der Synode von Bourges allen Gläubigen verboten, einen Kleriker oder dessen Kinder zu heiraten. Nikolaus II. verbot in der Lateransynode von 1060 jenen Priestern, denen ein notorisches Konkubinat nachgewiesen werden konnte, die Zelebration der Heiligen Messe. Er untersagte auch die Priesterweihe durch „Simonisten“: „Wenn sich aber einer [...] von jemandem weihen lässt, von dem er nicht zweifelt, dass er ein Simonist ist, so soll sowohl der Weihende als auch der Geweihte [...] ihres Amtes enthoben, Buße tun und ihrer eigenen Würde beraubt bleiben“<sup>24</sup>.

Als „Simonisten“ wurden jene Bischöfe und Priester bezeichnet, die ein geistliches Amt durch Kauf erworben hatten. Der Begriff ist abgeleitet von der neutestamentlichen Gestalt des *Simon Magus*, der versucht hatte, durch Bestechung der Apostel die Gabe der Mitteilung des Heiligen Geistes zu erwerben (vgl. Apg 8,5-24). Aufschlussreich erscheint bei allen diesen Vorgängen, dass offensichtlich Geldfragen eine nicht unwesentliche Rolle spielten bei der allmählichen Einführung der Zölibatsverpflichtung für Kleriker.

Wie selbstverständlich und verbreitet die Priesterehe war, zeigt die Tatsache, dass in Deutschland nur wenige Bischöfe es wagten, die römischen Dekrete zu verkünden. Der Bischof von Passau wäre vom Klerus

„Jesus legitimiert die Ehelosigkeit um des Himmelreiches willen, mehr aber nicht. Von einem bevorzugten Platz der Ehelosen in der Gemeinde kann daher überhaupt keine Rede sein“ (Bibel und Kirche 1/1984, 37).

<sup>21</sup> DH 119.

<sup>22</sup> Vgl. G. Sloyan, Biblische und patristische Motive für den kirchlichen Amtszölibat, in: Concilium 1972, 563-572; hier: 570.

<sup>23</sup> Gerd Tellenbach, Die westliche Kirche vom 10. bis zum frühen 12. Jahrhundert. Göttingen 1988, 137; zit. nach: [https://de.wikipedia.org/wiki/Konzil\\_von\\_Pavia#Synoden\\_von\\_1018\\_und\\_1022](https://de.wikipedia.org/wiki/Konzil_von_Pavia#Synoden_von_1018_und_1022).

<sup>24</sup> DH 691.

beinahe gelyncht worden und wurde schließlich vertrieben. Geistliche des niederen Klerus waren besonders aufgebracht und protestierten zu Tausenden gegen die neuen Gesetze. Allein in der Diözese Konstanz waren 3600 Geistliche auf einer Synode<sup>25</sup>. Weit verbreitet war die dem (übrigens schon bald nach seinem Tod heiliggesprochenen) Bischof *Ulrich* von Augsburg zugeschriebene Schrift *Descriptio Udalrici*, die behauptete, der erzwungene Zölibat sei schriftwidrig und die Sittenlosigkeit der Geistlichen könne nur durch kirchliche Heirat der Weltpriester beendet werden. Das Konzil von 1079 verurteilte diese Schrift<sup>26</sup>.

Die Forderung zur priesterlichen Zölibatspflicht wurde nicht nur von der kirchlichen Obrigkeit betrieben, vielmehr verlangte auch das Volk oftmals vorbildliche, unverheiratete Priester. Der von den sogenannten „Laien“ eingeforderte Anspruch an die Kleriker ist im Kontext innerkirchlicher Reformbestrebungen zu sehen, die sich gegen Missstände wie Machtmissbrauch, Ämterkauf und Vetternwirtschaft in der Kirche wendeten. Bis zum Zweiten Laterankonzil (1139) gab es sowohl verheiratete als auch unverheiratete Priester, die vom Zeitpunkt ihrer Weihe an zur sexuellen Enthaltsamkeit aufgerufen waren. Das Konzil legte nun fest, dass „höhere Kleriker, die geheiratet haben oder eine Konkubine halten, [...] Amt und Benefizium“ verlieren (Kanon 6) und dass Messen von Priestern, die eine Ehefrau oder Konkubine haben, „nicht mehr gehört werden“ dürfen (Kanon 7)<sup>27</sup>.

## Fadenscheinige Begründungsversuche

Zur Durchsetzung und Begründung der Zölibatsverpflichtung wurden seitens der obersten Kirchenleitung die levitischen Reinheitsgesetze herangezogen (Ex 19,15; 1 Sam 21,5-7; Lev 15,16-17; 22,4)<sup>28</sup>. Von den Priestern des Alten Bundes, die in einem Rhythmus von 24 Wochen jeweils eine

Woche lang den Dienst im Tempel verrichteten, wurde verlangt, dass sie während dieser Woche im Tempel wohnten und sich durch Enthaltung von ehelichem Verkehr kultisch rein hielten. Da die Diener des Neuen Bundes täglich zu Dienst und Gebet verpflichtet waren, wurde von ihnen konsequenterweise die völlige und dauernde Enthaltsamkeit gefordert. Dabei wurde aus der *kultischen Unreinheit* nach dem Verständnis des Alten Bundes eine *moralische Befleckung*, die unwürdig macht, den Dienst weiter auszuüben.

Auch andere von Papst und kurialen Theologen vorgetragene Gründe („Priester als Ebenbild des unverheirateten Mannes Jesus von Nazaret“) können nicht überzeugen.

- Zum einen sind es wohl tiefenpsychologische Aspekte, die hier eine dominante Rolle spielen. Sie beruhen auf einem falschen Priesterbild, das auch durch die Neuansätze des Zweiten Vatikanischen Konzils noch nicht überwunden ist. Aufgrund eines solchen Zerrbildes muss der Priester als geweihter Vermittler und Verwalter „heiliger Geheimnisse“ abgesondert sein von den „unreinem“ machenden Gegebenheiten des menschlichen Alltags - von der Politik, vom Wehrdienst und vor allem von sexueller Betätigung. Nur so bleibt auch das Heilige, mit dem der Priester in ständigem Kontakt steht, unbefleckt vom schmutzigen, profanen Leben. Die Aufhebung der Zölibatsverpflichtung würde diesen archaischen Symbolwert des (ehelosen) Priestertums zerstören.
- Dazu kommt ein zweiter unausgesprochener und selbst den verantwortlichen Kirchenführern vielfach wohl auch unbewusster Aspekt. Die Zölibatsverpflichtung für Priester dient ihnen als eine Art „autoritäres Testinstrument“: „Wer sich nämlich diese schwerwiegenden Eingriffe in sein Intimleben gefallen lässt, der dürfte auch in 'leichteren' Fragen sich als gefügig erweisen. Der erzwungene Verzicht auf ganzheitliche Partnerschaft (dem man in einem unreifen Stadium auch noch selbst zustimmt) löst zwangsläufig innere Konflikte und Schuldgefühle aus. Dadurch wird faktisch die Lenkbarkeit des einzelnen erhöht.“<sup>29</sup> Auch ohne ein ausdrückliches

<sup>25</sup> Hans Küng, *Das Christentum – Wesen und Geschichte*, München 1994; zit. nach:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Z%C3%B6libat>.

<sup>26</sup> Zölibat II. In: *Theol. Realenzyklopädie (TRE)*. Band 36, Berlin/New York 2004, 728; zit. nach: <https://de.wikipedia.org/wiki/Z%C3%B6libat>.

<sup>27</sup> <https://de.wikipedia.org/wiki/Z%C3%B6libat>.

<sup>28</sup> Übrigens noch von Papst Pius XII. in seiner Enzyklika „*Sacra Virginitas*“ aus dem Jahre 1954; in: *Acta Apostolicae Sedis* 66 (1954), 169-170.

<sup>29</sup> Harald Schweizer, *Dieses starre System tötet Leben*, in: *Publik-Forum* 16/1989, 27-30; hier: 27.

Gehorsamsgelübde (wie bei Ordensleuten) erscheinen die Entscheidungen nicht weniger und selbst hochrangiger Kleriker (Bischöfe) häufig gänzlich außergelenkt und nicht mehr persönlich verantwortet. Sie haben die kirchlichen Autoritäten so total verinnerlicht, dass ihr eigenes Ich dahinter verschwindet und wie ausgelöscht erscheint.

- In engem Zusammenhang damit steht die Tatsache, dass jene Kleriker, die den Zölibat nicht einhalten, in eine existentielle Konfliktsituation geraten. Vor allem hoch motivierte und sensible Persönlichkeiten erleben die Spannung zwischen ihrem Zölibatsversprechen und dem Bruch dieses Versprechens durch die begangenen „Sünden“ als unerträgliche Gewissenslast. Damit aber werden sie leichter beherrschbar. „Sündige“ Menschen sind eher zu manipulieren und zu beherrschen.

Seither stellt der Zölibat eine unabdingbare Zugangsvoraussetzung für den Empfang der Priesterweihe in der lateinischen Kirche dar. Der Papst kann auf Antrag des zuständigen Ortsbischofs allerdings ohne nähere Begründung Dispens von der Ehelosigkeit auch für Priester des lateinischen Ritus erteilen (can. 1049 CIC).

## Zölibatsverpflichtung - eine Ursache sexueller und geistlicher Gewalt?

Seit Bekanntwerden der weltweit erschreckend vielen Fälle von sexueller und geistlicher Gewalt durch Kleriker in der katholischen Kirche stellt sich die Frage, ob nicht die Zölibatsverpflichtung auch eine Ursache dafür sein könnte. *Hubert Wolf* hat in den Archiven des Vatikans sich mit Dokumenten über Missbrauchsfälle beschäftigt. Sein Urteil bestätigt eine Vermutung: Missbrauch in der katholischen Kirche ist kein Phänomen des 20. und 21. Jahrhunderts, auch wenn der Begriff in den historischen Quellen nicht auftaucht<sup>30</sup>. „Der Zölibat ist Teil eines Systems. Und der Zölibat ist ein Risikofaktor für den Missbrauch. Deshalb darf man das Thema nicht länger aussitzen oder in einer Entschuldigungsrhetorik vertuschen. Sondern, es muss grundsätzlich dieses Problem, das

Systemproblem, angegangen werden – und zwar im Interesse der Opfer.“ Die Katholische Kirche lebe vom Glauben und der Glaubwürdigkeit ihrer Verkündigung. „Wie will man jemanden glauben, der derart handelt?“, gibt *Wolf* zu bedenken und fügt an: „Eine Religion, die keine Glaubwürdigkeit hat, ist am Ende. [...] Sexueller Missbrauch ist ein Teil einer Systemkrise. Und wenn sich das System katholische Kirche nicht reformiert, dann wird sich dieses System ganz schwer tun, diese Krise zu überleben. Ich halte diese Krise, wenn ich sie historisch anschau, für größer als das, was in der Reformation passiert ist.“

Es ist höchste Zeit, sich an die wegweisenden Worte von Papst *Pius XII.* zu erinnern: „Wir wissen alle, dass die Kirche, was sie festgelegt hat, auch verändern und abschaffen kann“. Papst *Franziskus* sollte sie beherzt aufgreifen und die entsprechenden Reformen in die Wege leiten – allen sicher höchst massiven Widerständen aus restaurativen Kreisen zum Trotz. Wenn die Kirche ihre weithin verlorene Glaubwürdigkeit wiedererlangen will, braucht es mutige Taten.

\*\*\*

dpa 20.01.2022

## Benedikts "Waterloo"

Gutachten belastet emeritierten Papst schwer

Nein, Joseph Ratzinger hat nichts gewusst. Das versichert der heute emeritierte Papst Benedikt in seinem 82 Seiten langen Schreiben an die Anwaltskanzlei Westpfahl Spilker Wastl immer und immer wieder aufs Neue. Dass pädophile Priester während seiner Zeit als Erzbischof von München und Freising in seinen Verantwortungsbereich versetzt wurden und dort erneut Kinder missbrauchten - er habe nichts davon gewusst, beteuert er.

Dann kommt eine Ergänzung. Selbst wenn er teilweise davon Kenntnis gehabt hätte -

<sup>30</sup> [https://www.deutschlandfunk.de/katholische-kirche-der-zoelibat-ist-ein-risikofaktor-fuer.694.de.html?dram:article\\_id=441297](https://www.deutschlandfunk.de/katholische-kirche-der-zoelibat-ist-ein-risikofaktor-fuer.694.de.html?dram:article_id=441297)

hier wird im Konjunktiv gesprochen -, würde man Folgendes berücksichtigen müssen: Der Pfarrer, um den es in einem konkreten Fall gehe, sei als Exhibitionist aufgefallen, aber nicht als Missbrauchstäter im eigentlichen Sinn. "Die Tathandlungen bestanden jeweils im Entblößen des eigenen Geschlechtsteils vor vorpubertären Mädchen und in der Vornahme von Masturbationsbewegungen, (...) auch im Zeigen pornographischer Materials. In keinem der Fälle kam es zu einer Berührung."

Auch sei zu berücksichtigen, dass sich der Pfarrer den Mädchen immer an "Orten außerhalb seines Wirkens als Priester und Religionslehrer" genähert habe. Denn das ist Benedikt wichtig: "Weder als Priester in der Pfarrseelsorge noch als Religionslehrer" habe sich der Priester "das Mindeste zuschulden kommen lassen".

Ohne dass es ihm bewusst zu sein scheint, belegt Benedikt mit diesen Passagen einmal mehr, was Gutachter nun schon so oft nach jahrelanger Recherche in katholischen Kirchenakten angeprangert haben: Beim Umgang mit Missbrauchsvorwürfen ging es den Verantwortlichen jahrzehntelang in erster Linie darum, den Ruf der Priester zu schützen.

## Mittler zwischen Gott und den Menschen

Denn sie haben in der katholischen Kirche eine herausgehobene Stellung als Mittler zwischen Gott und den Menschen. Was der Kirche am meisten anzulasten sei, sei die "vollständige Nicht-Wahrnehmung der Opfer", sagt der Jurist Martin Pusch am Donnerstag bei der Vorstellung des Missbrauchsgutachtens für das Erzbistum München und Freising.

In diesem Gutachten geht es auch um den inzwischen schon berühmten Fall von "Priester X", wie ihn die Gutachter nennen. Dieser Geistliche wurde nach Missbrauchsfällen im Bistum Essen nach Bayern versetzt und dort nachweislich wieder zum Täter. Er wurde dafür Ende der 1980er Jahre rechtskräftig verurteilt und danach - nicht mehr in Ratzingers Münchner Amtszeit - sogar noch zweimal versetzt, ohne die neuen Gemeinden über seine Vergangenheit zu informieren.

Ratzinger war von 1977 bis 1982 Erzbischof von München. Ein entscheidendes Datum aus dieser Zeit ist der 15. Januar 1980. An diesem Tag wurde in einer Sitzung entschieden, dass der Priester nach Bayern übersiedeln durfte. Er habe davon nichts gewusst, hat Benedikt immer wieder betont - denn er sei bei dieser Sitzung gar nicht anwesend gewesen. Doch spätestens seit diesem Donnerstag gibt es an dieser Behauptung erhebliche Zweifel.

## "Wenig glaubwürdig"

Denn der Gutachter Ulrich Wastl präsentiert bei der denkwürdigen Pressekonferenz eine Kopie des Sitzungsprotokolls - und demnach hat Ratzinger durchaus teilgenommen. Er berichtete demnach von Dingen, die nur er wissen konnte, nämlich von Details eines Gesprächs mit Papst Johannes Paul II. über den kritischen Theologen Hans Küng. Er halte Benedikts Angabe, er sei in dieser Sitzung nicht anwesend gewesen, für "wenig glaubwürdig", sagt Wastl.

"Das ist sein persönliches Waterloo", sagt der renommierte Kirchenrechtler Thomas Schüller der Deutschen Presse-Agentur. "Joseph Ratzinger hat die letzte Chance vertan, reinen Tisch zu machen. Er wird der Unwahrheit überführt und demaskiert sich damit selbst als aktiver Vertuscher. Er fügt der katholischen Kirche und dem Papstamt damit einen irreparablen Schaden zu." Der Sprecher der Opferinitiative "Eckiger Tisch", Matthias Katsch spricht von einer "historischen Erschütterung" der Kirche. "Dieses Lügengebäude, was zum Schutz von Kardinal Ratzinger, von Papst Benedikt, errichtet wurde hier in München, das ist heute krachend zusammengefallen." Jeder, der die Präsentation dieses Gutachtens miterlebt habe, müsse erkennen, dass dieses System an sein Ende gekommen sei.

Die Zahlen, die die Gutachter zutage gefördert haben, sind erschütternd: mindestens 497 Betroffene in den Jahren 1945 bis 2019, mindestens 235 mutmaßliche Täter, darunter 40 Kleriker, die nach Missbrauchsvorwürfen wieder in der Seelsorge eingesetzt wurden. Und doch ist das nur das "Hellfeld", wie die Gutachter betonen. Nur das, was in den Kirchenakten Spuren hinterlassen hat. Die Dunkelziffer muss um ein Vielfaches höher sein.

## Opfer wurden ignoriert

Das Münchner Missbrauchsgutachten ist nicht das erste für ein katholisches Bistum in Deutschland und wird auch nicht das letzte sein. So wichtig die weitere Aufarbeitung ist, grundsätzlich neue Erkenntnisse sind nach Einschätzung der Münchner Gutachter kaum noch zu erwarten. Denn jedes Gutachten bestätigt immer das gleiche Schema: Die Opfer wurden ignoriert, die Täter geschützt, um die Kirche vor Image-schaden zu bewahren. Das "Ich hatte keine Kenntnis" von Papst Benedikt hatte etwa im Erzbistum Köln seine Entsprechung im "nichts geahnt" des mittlerweile gestorbenen Kardinals Joachim Meisner. "Es ist alles gesagt, aber noch nicht von jedem", beschreiben die Gutachter das mit Karl Valentin.

Was die Verantwortungsträger mit ihrer Abwiegelei erreicht haben, spiegelt sich möglicherweise in einer diese Woche veröffentlichten Forsa-Umfrage. Demnach gehört die katholische Kirche in der Bundesrepublik zu den Institutionen, die das geringste Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger genießen.

(dpa) - Benedikts "Waterloo" (bayerische-staatszeitung.de)

\*\*\*

Franz-Xaver Kaufmann

## Rezension von Norbert Lüdecke: Die Täuschung. Haben Katholiken die Kirche, die sie verdienen?

Verlag wbg Theiss, Darmstadt  
2021, 304 S.

---

Norbert Lüdecke, Professor für Kirchenrecht an der katholisch-theologischen Fakultät der Universität Bonn, nimmt den Erfahrungsgegenstand seines Faches ernst,

stellt ihn aber gleichzeitig in Frage. Das kanonische Recht regelt die Beziehungen innerhalb der römisch-katholischen Kirche. Lüdecke versteht es - wie auch die Leitungsorgane dieser Kirche - als zwingendes Recht, vergleichbar dem öffentlichen Recht des Staates. Das dispositive, also von den Beteiligten gestaltbare Recht (vergleichbar dem Privatrecht), spielt eine völlig untergeordnete Rolle. Die römisch-katholische Kirche versteht sich als "Societas hierarchica": Alle im *Codex Juris Canonici* versammelten Rechtsnormen werden von ihrer monokratischen Spitze - dem Papst - in Kraft gesetzt und ggf. geändert. Der Gestaltungsspielraum der Bischöfe ist sehr bescheiden, der rechtlich gesicherte Einfluss der Laien gleich Null.

Von diesen Gegebenheiten ausgehend setzt sich Lüdecke kritisch mit den Reformbemühungen innerhalb der katholischen Kirche in Deutschland auseinander, wie sie sich aktuell am "Synodalen Weg" beobachten lassen. In vier Hauptkapiteln untersucht er die Gründung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (1952), die Würzburger Synode (1972-1975), den Gesprächsprozess der deutschen Bischöfe (2011-2015) und den Synodalen Weg (seit 2020). Er macht ein gemeinsames Muster an diesen Versuchen aus, die Laien an der kirchlichen Willensbildung zu beteiligen.

(1) Auslöser sind stets kritische Situationen: Gründung der Bundesrepublik ohne katholische Partei; die "Pillenenzyklika"; das Öffentlich-Werden verbreiteten sexuellen und disziplinarischen Missbrauchs von Kindern (auch) unter Beteiligung von Klerikern; anschwellender Vertrauensverlust unter den Gläubigen angesichts der Bemühungen im deutschen Episkopat, den Aufklärungsprozess des Missbrauchs unter seiner Kontrolle zu halten.

(2) Die Initiativen gehen vom Episkopat aus und sind von dem "Bemühen um eine Domestizierung des Laienengagements" (8) getragen, um den Protest der Gläubigen im Rahmen der kirchlichen Ordnung zu halten.

(3) Durch die "Kombination aus demonstrativer Gesprächsbereitschaft und mobilisierender Gemeinschaftsrhetorik, die zwar nie etwas mit Gleichberechtigung zu tun hatte, aber doch vielfach so verstanden wurde" (12), wurden bei reformorientierten Katholiken Erwartungen geweckt oder

verstärkt, die sie zu williger Mitwirkung bei den oft als "Dialog" bezeichneten Gesprächsprozessen veranlassten.

(4) Wenn diese Gespräche nicht ohnehin im Sande verliefen ("Schön, darüber gesprochen zu haben" 75), sondern zu auch von einer Mehrheit der Bischöfe mitgetragenen Reformpostulaten führten, so insbesondere auf der Würzburger Synode, wurden diese von Rom abgelehnt oder unbeantwortet zu den Akten gelegt. Das führte bei vielen Gläubigen zu erneuter, wenn nicht tieferer Enttäuschung.

Für Lüdeckes kanonistische Sicht ist diese Enttäuschung zwangsläufig, die Vergeblichkeit des Bemühens offenkundig. Er kritisiert deshalb die Bischöfe, weil "das rechtlich komplett unverbindliche Verfahren" des synodalen Wegs an der "Kirchenkindschaft" (194), der völligen Unterordnung der Laien unter den Klerus nichts ändere; vor allem aber das Zentralkomitee der deutschen Katholiken, weil es sich als "Agenten der Hierarchie" (210) missbrauchen lasse, anstatt die (fehlenden) Rechte der Laien deutlich zu artikulieren.

Lüdeckes Buch wird vielen der Angesprochenen nicht gefallen, zumal der flüssig geschriebene Text sich gerne ironischer oder säkularer Formulierungen bedient, um kirchliche Selbstverständlichkeiten in Frage zu stellen. Seine Schlussfolgerungen laufen vordergründig auf die Alternative hinaus: Entweder sich den gegebenen kirchlichen Verhältnissen fügen und bleiben, oder sie verlassen. Ich lese aber eine andere implizite Botschaft: Wenn ihr eine für unsere Zeit glaubwürdige Kirche wollt, müsst ihr dickere Bretter bohren, als sich den Forderungen anzuschließen, die die gängige Theologie zu bieten hat. Zwar nicht ausdrücklich, aber der Sache nach stellt Lüdecke die "ständehierarchische *communio hierarchica*" (228) in Frage. Historisch betrachtet ist die Struktur der römisch-katholischen Kirche nicht von biblischem Geist, sondern vom vorchristlichen römischen Rechtsdenken und Hierarchieverständnis geprägt.<sup>31</sup>

Sieht man die Entwicklung aus der Perspektive des frühen Christentums, so lag Rom eher an der westlichen Peripherie. Die Hauptzentren waren in Jerusalem und An-

tiochien. Vor allem dachten und schrieben die frühen Christen nicht etwa in lateinisch, sondern in der "koine", der allgemein verbreiteten griechischen Sprache. Zudem fanden alle reichsweiten Konzilien des ersten Jahrtausends im Einflussbereich der in Byzanz residierenden Kaiser des Ostreichs und der heutigen orthodoxen Kirche statt. Dem Bischof von Rom wurde unter den Patriarchatssitzen zwar besondere Achtung erwiesen, weil die Gräber der "Apostelfürsten" Petrus und Paulus dort lokalisiert wurden. Doch von einem anerkannten Primat Roms konnte im ersten Jahrtausend nicht die Rede sein. Erst nach der schismatischen Trennung von griechischer und lateinischer Kirche (1054) und beginnend mit dem Investiturstreit (1075-1122) strebte der Bischof von Rom eine von Gott her stammende Oberherrschaft über die Welt an. Geistliche und weltliche Herrschaftsformen entwickelten sich in Konkurrenz, jedoch beide unter dem Einfluss des wieder entdeckten Römischen Rechts. Die Herrschaftsform der katholischen Kirche blieb allerdings auf dem Niveau des frühneuzeitlichen Fürstenstaates stehen und verabsolutierte sich nach dem Verlust ihrer weltlichen Machtressourcen als geistliche Herrschaft des Papstes über seine Gläubigen - verbrämt mit dem selbst behaupteten Anspruch auf Jurisdiktionsprimat und Unfehlbarkeit.

Die katholische Kirche hat in ihrer Lehre stets auf der Vereinbarkeit von Glaube und Vernunft bestanden, und demzufolge beispielsweise die Darwinsche Entwicklungslehre nicht verdammt, obwohl sie der biblischen Schöpfungsgeschichte widerspricht. In jüngster Zeit mehrten sich historische Studien, die den ideologischen Überbau römischer Herrschaft in der Kirche aufdecken.<sup>32</sup> Norbert Lüdecke macht sich das berühmte Dictum von Karl Marx zu eigen: "Man muss diese versteinerten Verhältnisse dadurch zum Tanzen zwingen, dass man ihnen ihre eigne Melodie vorsingt!" (235) Dies scheint ihm auf treffliche Weise zu gelingen - man wird sehen, wer tanzt.

\*\*\*

<sup>31</sup> Hierzu aufschlussreich: Jochen Martin, *Der Weg zur Ewigkeit führt über Rom*. Stuttgart 2012.

<sup>32</sup> Z. B. Matthias Daufratshofer: *Das päpstliche Lehramt auf dem Prüfstand der Geschichte*. Freiburg i. Br. 2021.



K. Fischer / N. Scholl / E. Seifried

## Eine (leider nicht) lustige Büttenrede

Oh je, oh je, oh jeminee,  
es zittert auf dem Kanapee  
die Oma Kirche ob der Fakten,  
die kundig werden in den Akten.  
Dass heil'ger Klerus – unerhört –  
das Ansehen der Kirche zerstört.  
Das kann und darf doch niemals wahr sein,  
denn ewiglich muss es doch klar sein:  
die Kirche ist heilig, doch nicht sündig.  
Nun aber wurden viele fündig:  
Der Missbrauch kam in Massen vor  
und stinkt bis hoch ans Himmelstor.  
Man hat vertuscht, man hat versteckt,  
wie tief die Kirche im Drecke steckt,  
Jetzt ist die Tuschel ausverkauft.  
Manch' Bischof sich die Haare rauft.  
Auch Schwärze ist nicht mehr zu kriegen,  
zu tilgen die Vertuschungs-Lügen.  
Von alledem will ich jetzt erzählen  
Und ein konkretes Beispiel wählen

Ihr kennt den Müller aus Mainz-Finthen,  
den Kardinal, den Fakten-Blinden,  
der einst durch Papa Benedikt  
von Deutschland ward nach Rom verrückt  
als Wachhund für die Glaubens-Lehren.  
Reformen bissig abzuwehren?  
Dort findet er alsbald Consorten,  
die Ur-alt-Traditionen horten.  
Papst Franz, vom langen Gerd verführt,  
ihn mit dem Kardinals-Hut ziert.  
Doch vier Jahr später ist es aus,  
Franziskus wirft den Wachhund raus.  
Der ist darob gar sehr pikiert,  
weshalb er jetzt erst recht agiert.  
Er kann jetzt als Rebell sich fühlen  
und kann am Papst sein Mütchen kühlen.  
Da aalt er sich bei Gleichgesinnten,  
die sich bei Ultra-Rechten finden.  
Der Papst ist eh nur pastoral,  
die Kenntnis der Doktrin nur schmal,

Frau Gloria von Thurn und Taxis,  
bekannt für ihre Extra-Praxis,  
verehrt den Müller innig-heiß,  
Darum sie auch genau es weiß:  
Zwei Menschen gibt es nur im Leben,

die auf der Welt ihr Klarheit geben -  
Das sind der Müller und der Trump.  
Mehr sind der Fürstin nicht bekannt.  
Von Müller schwärmt sie mit Entzücken:  
Er ist der „Trump der Katholiken“.

Der Trump konnt' auf den Müller zählen,  
denn der warnt: „Nur nicht Biden wählen!“  
Der Biden ist zu liberal,  
Die Kirchenlehr` steht nicht zur Wahl!“

In einem Buch zeigt Müller scharf,  
wer sich katholisch nennen darf:  
"Katholisch ist nur jener Christ,  
der mit mir einer Meinung ist!"

Zum Gipfel der Verblendung steigt er:  
Verschwörungs-Theorien geigt er  
nach der „Vigano“-Melodie  
„Corona-Viren gab es nie“  
„Mir ist gekommen zu den Ohren,  
dass die Eliten sich verschworen.  
Mit Hilfe so genannter Viren  
will Gates die ganze Welt regieren!  
Auch Soros wird von Gerd genannt,  
ein reicher Jude, weltbekannt.  
Weil er auf großem Reichtum sitzt,  
die Chance zur Weltherrschaft er nützt -  
Absurd, antisemitisch gar  
und faktisch aller Ratio bar.  
So denkt ein deutscher Kardinal.  
Ist, wer so tickt, denn noch normal?  
Bei Covid-Leugnern tönt sofort:  
„Das ist ein klares Kirchen-Wort!“

Nun aber kommen wir zum „Ex“,  
zu Ratzki, einstmals Pontifex.  
Der hat gelogen, zweifelsfrei:  
Er weiß von nix, war nicht dabei,  
Doch kommt's ans Licht durchs Protokoll,  
Jetzt ist das Maß der Schande voll.  
Doch Müller konstatiert ganz schlicht:  
„Ein Papst, der lügt, den gibt es nicht.  
Das steht für mich ganz außer Frage,  
egal, was sagt die Fakten-Lage!  
Die Wahrheit ist unwandelbar –  
Auch Lügen sind, wenn päpstlich, wahr!“  
Für mich steht fest: Ein Papst, der lügt  
und offen alle Welt betrügt,  
der hat verwirkt für alle Zeit:  
Glaubwürdigkeit.

Von Müllers Sorte gibt's noch mehr.  
Schaut off'nen Auges nur umher!  
In Köln, in Regensburg, in Rom  
wird heut zerstört der Kirchendom.

Denn strikt verweigert wird Reform.  
Es gilt nur Uralt-Lehre-Norm.  
Was einmal war, soll immer bleiben,  
mag's Massen aus der Kirche treiben.  
Nur Dogmen zähl'n und Kirchenrecht.  
Um Jesu Botschaft steht es schlecht.

Und die Moral von der Geschichte:  
Nennt diese Kirche „heilig“ nicht.  
Sie soll sich endlich runterholen  
von allen Klerikal-Consolen.  
demütig und umkehr-bereit,  
nur so besteht sie diese Zeit.  
Die klerikale Diktatur muss geh'n,  
dann wird der Glaube neu ersteh'n.

\*\*\*

## Materialien zur Kirchenkrise

Wer seit Anfang des Jahres die Ereignisse in der katholischen Kirche Deutschlands verfolgt – trotz vielleicht wichtigerer Weltprobleme wie Corona-Pandemie, Klimawandel, Ukraine-Russland-Krise ... - wurde und wird bis heute von einem wahren informationellen Tsunami überrollt. Allein die Berichterstattung in der ‚weltlichen‘ regionalen und deutschlandweiten Presse, in den Kirchenzeitungen und den an Kirche und Religion interessierten Zeitschriften, sowie im Radio und Fernsehen, von den Online-Plattformen und Sozialen Medien ganz zu schweigen, überfordert die Aufnahmekapazität eines Einzelnen, auch die eines lesefleißigen imprimatur-Redakteurs. Aber andererseits können wir vor der schiereren Informationsmenge nicht einfach kapitulieren, im Vertrauen darauf, unsere Leserinnen und Leser würden sich schon selbst ein Bild gemacht haben aufgrund der ihnen jeweils zugänglichen Informationsquellen. Natürlich kommt es letztlich darauf an, sich selbst ein Bild zu machen und eine Meinung zu bilden – und daraus dann eventuell auch persönliche Konsequenzen zu ziehen. Dazu möchten wir ein wenig beitragen, indem wir im Folgenden zu den kirchlichen Ereignissen, Vorgängen und Diskussionen seit dem letzten, im Dezem-

ber 2021 erschienenen Heft uns wichtig erscheinende Materialien dokumentieren. Obwohl wir davon ausgehen, dass unsere Leserschaft hellwach die Aktualitäten verfolgt, speziell die aus dem katholisch-kirchlichen Bereich (gemäß unserem Untertitel: „nachrichten und kritische meinungen aus der katholischen kirche“, die wir auch im neuen, 55. Jahrgang bieten wollen), ist vielleicht einiges dabei, das man noch nicht kennt („Kein Mensch kann ja alles lesen“, sagte mir neulich jemand, der wahrlich ein Vielleser ist). Auf jeden Fall ist es bequemer, etwas Schwarz auf Weiß, besser: Gelb, nachzulesen als am Computerbildschirm oder es im Livestream oder Podcasts zu verfolgen.

Unserer Meinung nach sind die wichtigsten kirchlichen Ereignisse des bisherigen Jahres 2022 folgende:

I. Das **Münchener Missbrauchsgutachten**, das am 20. Januar von der Kanzlei Westpfahl Spilker Wastl der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, und die verschiedenen Reaktionen darauf, insbesondere die Stellungnahme des ehemaligen Papstes Benedikt XVI. alias Joseph Ratzinger, seine spätere Richtigstellung eines angeblichen „Versehens“ und sein Schreiben vom 6. Februar an sein früheres Erzbistum.

II. Die Initiative „**#Outinchurch**“ und die ARD-Dokumentation „**Wie Gott uns schuf**“

III. Die **3. Vollversammlung des Synodalen Wegs** vom 3. bis 5. Februar 2022 in Frankfurt, mitsamt den im Vorfeld formulierten Erwartungen und den anschließenden Bewertungen der Ergebnisse.

Es gab außerdem eine lebhafte Diskussion zu den „**Kölner Wirren**“ (siehe imprimatur 1/2021, S. 48 ff), speziell zu der Frage, ob Kardinal Woelki nach seiner knapp fünfmonatigen „geistlichen Auszeit“ in sein Amt als Erzbischof von Köln zurückkehren solle. Da bei Redaktionsschluss nur feststeht, dass er den ersten geplanten öffentlichen Auftritt, einen Gottesdienst mit Künstlerinnen und Künstlern am Aschermittwoch im Kölner Dom, sowie eine ökumenische Andacht mit dem Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland abge sagt hat (FAZ vom 22.2. 2022), werden wir auf den definitiven Ausgang der Woelki-„Auszeit“ im nächsten Heft zurückkommen.

Alle diese Ereignisse können nicht – und brauchen wohl auch nicht – hier in allen Einzelheiten rekapituliert werden. Wir setzen voraus, dass sie in Grundzügen bekannt sind; Einzelheiten ergeben sich auch aus den nachfolgend dokumentierten Texten. Deren Auswahl ist selbstverständlich subjektiv, sie gibt implizit auch unsere Wertungen der Ereignisse wieder.

Werner Müller

## I.1

### **Zusammenfassung wesentlicher Ergebnisse des Münchener Gutachtens**

(Nach [katholisch.de](http://katholisch.de) 20.01.2022; vgl. auch Gutachten „Sexueller Missbrauch Minderjähriger und erwachsener Schutzbefohlener durch Kleriker sowie hauptamtliche Bedienstete im Bereich der Erzdiözese München und Freising von 1945 bis 2019 – Verantwortlichkeiten, systemische Ursachen, Konsequenzen und Empfehlungen“, S. 10: Zusammenfassung wesentlicher Ergebnisse)

Die Gutachter ermittelten insgesamt 235 mutmaßliche Täter, davon 173 Priester, und 497 Betroffene/ Geschädigte, davon 247 männliche und 182 weibliche, bei 68 Personen war das Geschlecht nicht festzustellen.

Im Umgang der Verantwortlichen mit Missbrauchsfällen wurden insgesamt 42 Fälle von Fehlverhalten noch Lebender festgestellt. Vorwürfe richteten sich auch gegen die verstorbenen Erzbischöfe und Kardinal Michael Faulhaber, Joseph Wendel und Julius Döpfner.

Die Gutachter werfen dem emeritierten Papst Benedikt XVI. / Joseph Ratzinger Fehlverhalten während seiner Münchner Amtszeit 1977 – 1982 in vier Fällen vor, Kardinal Friedrich Wetter während seiner mehr als 25-jährigen Amtszeit in 21 Fällen und Kardinal Reinhard Marx in zwei Fällen (vor allem hinsichtlich der Frage, ob eine Meldung nach Rom erfolgt sei).

## I.2.

### **Norbert Reck**

### **Missbrauch: Nicht einmal Gott kann vergeben, was anderen an-**

### **getan wurde**

Seit dem 20. Januar 2022, als das Gutachten der Münchner Anwaltskanzlei Westpfahl Spilker Wastl handfeste Daten zum sexuellen Missbrauch im Erzbistum München-Freising seit 1945 und zum kirchlichen Umgang damit lieferte, hören wir wieder zahlreiche Bekundungen des Erschreckens und der Betroffenheit, manchmal sogar in überraschtem Ton, als wüsste man nicht schon seit Langem über die grundlegenden Dimensionen der Verbrechen Bescheid. Die Kirchengaustritte in der Diözese haben sich mehr als verdoppelt. Kardinal Marx sprach in einer Pressekonferenz eine Woche später von einem „Desaster“ und bekannte sich schuldig, „die Betroffenen übersehen zu haben“. Das sei „unverzeihlich“; er bat aber gleichwohl die Opfer des Missbrauchs um Entschuldigung. Ich verstehe diese Worte als Ausdruck der Scham und will sie nicht auf die Goldwaage legen. Grundsätzlich aber hat hier kein Kardinal die Kompetenz, darüber zu befinden, was unverzeihlich ist und was nicht. Allein die vom Missbrauch Betroffenen können entscheiden, was sie verzeihen oder entschuldigen werden. Und auch darüber, ob die Maßnahmen, die nun getroffen wurden, richtig und ausreichend sind, sollten am besten die Missbrauchsoffer gehört werden.

Mich beschäftigt hier indessen die Frage, was unsere Theologie damit zu tun haben könnte, dass wir nun mit der Kirche da angekommen sind, wo wir heute stehen. Zum Umgang mit Schuld und mit denen, an denen wir schuldig geworden sind, gibt es ja eine alte kirchliche Tradition. Doch sie ist inzwischen fast völlig verblasst. Die oft ungeschickten, zuweilen peinlichen Reaktionen auf die Nachrichten von Missbrauchsverbrechen könnten mit dem Verblasen dieser Tradition zusammenhängen. Viele wissen nicht mehr, welche Antworten angemessen wären. Ein Blick auf diese alte Tradition könnte aber möglicherweise neues Licht auf unsere Lage werfen.

Ich meine die Bußtheologie des Kirchenlehrers Thomas von Aquin (1225–1274). Sie ist inspiriert von dem großen jüdischen Philosophen des Mittelalters, Moses Maimonides (1138–1204). Im Judentum war die Teschuwa, die Umkehr, immer schon ein zentrales Thema; die entsprechenden

biblischen und rabbinischen Hinweise hat Maimonides dann in seinem Werk *Hilchot Teschuwa* („Vorschriften über die Umkehr“) systematisiert.

Wenn man Schuld auf sich geladen hatte, ganz gleich, ob durch Lüge, Betrug, Gewalt oder Mord, brauchte es das Eingeständnis des Täters, sich mit seiner Tat von Gott abgewandt und damit den Grund seines Lebens verloren zu haben. Dies aber konnte, so Maimonides, nicht allein im stillen Zwiegespräch mit Gott wieder ins Lot gebracht werden; es brauchte vielmehr einen echten Prozess der Umkehr in drei wesentlichen Schritten. Keiner dieser Schritte durfte ausgelassen werden; sie gehörten alle zusammen. Thomas von Aquin hat diese Überlegungen für die christliche Theologie dann eins zu eins übernommen.

Bei Thomas heißen die drei Schritte *contritio cordis*, *confessio oris* und *satisfactio operis*. Sie kommen in der Theologie der Beichte als Reue, Bekenntnis und Buße immer noch vor – allerdings in äußerst ritualisierter Form. Wie klein und formell sind sie dabei geworden im Vergleich zum ursprünglich Gemeinten! Werfen wir einen kurzen Blick auf die drei Schritte – verbunden mit einigen Seitenblicken auf die Akte der sexualisierten Gewalt beziehungsweise auf ihre Vertuschung.

## Contritio cordis

Der *erste Schritt* muss die ehrliche Reue über das Vorgefallene sein, die *contritio cordis*, die „Zerknirschung des Herzens“, wie Thomas formulierte. Schon die Wortwahl zeigt, dass es im ersten Schritt zu echter Einsicht über die Schuldhaftigkeit des eigenen Handelns kommen muss. Man muss verstehen, was man einem (oder mehreren) Menschen und damit auch Gott angetan hat. Äußerungen wie „Ich habe als Bischof alles richtig gemacht, aber wenn ich irgendjemandem wehgetan haben sollte, dann bitte ich um Entschuldigung“ sind gerade *nicht*, was hier am Platze ist. Sie kommen nicht einmal in die Nähe echter *contritio*. Wenn-dann-Formulierungen und die Rede von „irgendjemandem“, den man verletzt haben *könnte*, sind nur Pose. Man muss vor Augen haben, was man getan hat, und man muss wissen, wer die Opfer des eigenen Handelns waren oder sind. Sonst nimmt der Prozess der Umkehr und der Buße nicht einmal einen Anfang.

## Confessio oris

*Zweitens* braucht es das mündliche Eingeständnis der Taten, die *confessio oris*. Es genügt nicht, das nur im Stillen, im Gebet, mit sich auszumachen. Man muss sich zu seinen Taten persönlich bekennen, man kann nicht bloß allgemein von Verantwortung reden. In der Alten Kirche gab es noch das Bewusstsein, dass jedes Fehlverhalten von Einzelnen auch die christliche Gemeinschaft betraf. Viele Basiliken aus jener Zeit haben einen „Vorhof“, in dem sich die schweren Sünder aufzuhalten hatten, bis ihre Umkehr zum Abschluss gelangt war. Man bezog sich auf das Jesus-Wort: „Wenn du deine Opfergabe zum Altar bringst und dir dabei einfällt, dass dein Bruder etwas gegen dich hat, so lass deine Gabe dort vor dem Altar liegen; geh und versöhne dich zuerst mit deinem Bruder, dann komm und opfere deine Gabe!“ (Mt 5,23).

Damit ist auch der zweite – und wesentliche – Aspekt der *confessio* benannt: Man muss auf seine Opfer zugehen und ihnen seine Tat und seine Reue gestehen. Man muss sich persönlich um ihre Vergebung bemühen. Ganz gleich, ob es sich um Taten des Missbrauchs, des Wegsehens oder des aktiven Vertuschens handelt.

Klar ist: Der Täter kann nur um Entschuldigung *bitten* – er kann sich nicht *selbst* entschuldigen. Nur die Opfer können eine Tat entschuldigen, sie allein können vergeben. Nicht einmal Gott kann vergeben, was anderen angetan wurde. In der Macht zu vergeben liegt die unverlierbare Würde der Entwürdigten. Vor *ihnen* muss der Täter sein Bekenntnis ablegen, den Mund aufmachen – sonst gibt es keinen Weg zurück ins Innere der Kirche! Die *confessio* muss konkret und persönlich sein; irgendwelche Floskeln der Art, dass wir ja alle Sünder seien, verfehlen das Ziel, nämlich die Anerkennung, einem Menschen Schmerz zugefügt oder geschadet zu haben. Und das muss im Angesicht genau dieses Menschen geschehen! Selbstredend sind pauschale Betroffenheitsbekundungen bei Pressekonferenzen kein Ersatz der *confessio oris*. Natürlich gehört viel persönliche Reife zu solch einem Schritt. Die Kirchengemeinden könnten die Orte sein (und waren es vielleicht einmal), wo solche Reife gefördert und entwickelt wird.

Maimonides erörtert übrigens auch den Fall, dass ein Opfer die Tat seines Täters nicht überlebt hat. Was, wenn man sein Opfer nicht mehr um Vergebung bitten kann, weil es nicht mehr lebt? Dann muss der Täter, schlägt Maimonides vor, unter Anwesenheit von mindestens zehn Gemeindemitgliedern (*Minjan*) dreimal zum Grab seines Opfers gehen und dort Gott und das Opfer um Vergebung bitten. Alles andere wäre nicht ernsthaft genug.

## **Satisfactio opere**

*Drittens* schließlich müssen praktische Konsequenzen gezogen werden: die *satisfactio opere*, ein Ausgleich für die Schäden, die die Opfer erlitten haben. Worte – und seien sie noch so schön – sind niemals genug, wenn man an einem anderen Menschen schuldig geworden ist. Vielmehr muss ein Täter persönlich bleibende Verantwortung für das Wohlergehen seiner Opfer übernehmen. Daran lässt Maimonides keinen Zweifel: Der reuige Täter ist für sein Opfer verantwortlich – nicht nur mal eben kurz, sondern bleibend. Entstandener Schaden muss ersetzt werden, seelische Wunden erfordern Zuwendung und weitere Akte einer ernsthaft vollzogenen Umkehr. Der reuige Täter muss alles in seiner Macht Stehende tun, damit das Geschehene sich nicht mehr wiederholen kann. Das ist der Weg der Buße.

Gewiss kann ein Rücktritt aufgrund schwerer Versäumnisse beim Schutz von Missbrauchsopfern ein symbolischer Akt der Anerkennung der eigenen Schuld sein, aber eine *satisfactio* ist er noch keineswegs. Die bleibende Bindung an diejenigen, denen man geschadet hat, wird dadurch nicht aufgehoben.

## **Zu viel verlangt?**

Man sieht: In der klassischen Bußtheologie wird ganz konsequent von den Opfern her gedacht. Um sie muss es gehen, um ihr Weiterleben-Können, nach all dem, was ihnen angetan worden ist. Es geht nicht darum, den Tätern wieder eine Art Seelenfrieden zu verschaffen. Sie gewinnen ihren Frieden nur zurück, wenn sie sich wirklich um konkrete Veränderung und ein neues Verhältnis zu ihren Opfern bemühen.

Ist das übertrieben streng? Wird da zu viel verlangt? Es ist sicher kein Zufall, dass an die Stelle des öffentlichen Umkehrprozesses

in der Kirche irgendwann die bequemere Diskretion des Beichtstuhls trat. Dennoch scheint mir, dass der Beichtstuhl kein Ersatz für den Dreischritt der Schuldbewältigung sein kann. Denn in seinem Kern haben wir es mit einer tiefen Einsicht in die Realität dieser Welt zu tun: Die Gewalt, die ein Täter in die Welt gebracht hat – sei es durch Handeln, Nichthandeln oder Komplizenschaft –, verschwindet nicht einfach mit ein paar Bitten um Entschuldigung. Auch nicht mit dem Tod des Täters. Die Wunden bleiben, die seelischen Traumata bleiben, die Ängste bleiben – wenn nichts unternommen wird. Schuld ohne Umkehr wirkt wie ein Gift auf die menschlichen Gemeinschaften – bis in die dritte oder vierte Generation, wie die Bibel sagt, oder länger. Deshalb braucht es konkrete Taten, damit die Gerechtigkeit in den Beziehungen zwischen Opfern und Tätern wieder eine Chance bekommt, damit Heilung geschehen kann. Sonst bleibt alles bloßes Blahblah. Und wenn die Täter nicht mehr am Leben sind, sind ihre Nachkommen und Nachfolger in der Verantwortung.

## **Was ist geschehen?**

Eigentlich ist das gültige katholische Lehre, wenn sie auch schon lange nicht mehr so ausbuchstabiert wurde. Wie oft wurde sie wirklich beherzigt und umgesetzt? Ich weiß es nicht – die Abkürzung mittels einfacher Vergebungsbitten ohne konkrete Taten wurde sicher häufig genutzt. Wie Johann Baptist Metz (1928–2019) nicht müde wurde zu betonen, fand eine entscheidende Weichenstellung schon sehr früh statt, „in der Dämmerstunde des Urchristentums“: als der jesuanische Impuls, sich der Armen und Ausgestoßenen anzunehmen, Hungernde zu speisen, Nackte zu bekleiden und Gefangene nicht allein zu lassen, allmählich durch eine Heilslehre ersetzt wurde. Als es nicht mehr um die Leidenden ging, in denen man Gott begegnete, sondern um das Seelenheil der Sünder. Als das korrekte Bekenntnis zum rechten Glauben wichtiger wurde als die praktische Solidarität, die Jesus vorschwebte. Irgendwann nahm die Dogmatik den Platz der Ethik ein, die Orientierung am persönlichen Heil den Platz der Sorge für die leidenden Nächsten. Irgendwann nahm die Angst, die Gnade Gottes zu verlieren, das Fühlen und Denken der meisten Gläubigen gefangen. Und als

man nicht mehr wusste, wie man konkret mit seiner persönlichen Schuld umgehen sollte, wurde die Gottesfurcht umso inniger empfunden und galt als tiefe Frömmigkeit.

Diese Überlegungen zeigen, dass es bei den Missbrauchsverbrechen nicht nur um das Versagen Einzelner geht, sondern auch darum, ob der Glaube des Jesus von Nazaret, dass Gott bei den Verletzten und Kleingemachten ist, in der katholischen Kirche noch eine Heimat hat. In *Hilchot Teschuwa* 7,2 hält Moses Maimonides fest: „Der Mensch soll nicht sorgen, dass er in den Himmel kommt, sondern dass der Himmel in ihn komme. Wer ihn nicht in sich selber trägt, der sucht ihn vergebens im ganzen All.“

(Zum Autor: Norbert Reck, geb. 1961, Dr. theol., ist katholischer Theologe und Publizist. Zuletzt erschien von ihm „Der Jude Jesus und die Zukunft des Christentums. Zum Riss zwischen Dogma und Bibel“ (Ostfildern: Grünewald 3. Aufl. 2021). In diesem Frühjahr erscheint die Neuauflage von „Mit Blick auf die Täter. Fragen an die deutsche Theologie nach 1945“ (zusammen mit B. Krondorfer und K. v. Kellenbach, Darmstadt: WBG 2022), worin mit Blick auf die Nazizeit ebenfalls die christliche Bußethik thematisiert wird.)

### I.3.

## **Kirche und Macht-Missbrauch. Eine Stellungnahme des AK Theologische Orientierung des Ökumenischen Netzes Rhein-Mosel-Saar**

Der Missbrauch sexualisierter Gewalt durch Kleriker erschüttert die katholische Kirche. Vor allem im Blick auf den ‚Fall Ratzinger‘ verdichten sich die mit dem Missbrauch verbundenen Probleme. Im Denken und Agieren des ehemaligen Papstes im Umgang mit Klerikern als Tätern sexualisierter Gewalt und ihren Opfern wird als zentrales strukturelles kirchliches Problem sichtbar: die Frage nach kirchlicher Macht und ihrer Beziehung zu gesellschaftlichen Machtverhältnissen. Die Täter sexualisierter Gewalt müssen zur Rechenschaft gezogen werden und deren Opfer Anerkennung finden – auch materiell. Mit dieser unverzichtbaren Forderung ist es aber bei

weitem nicht getan. Im Kern geht es darum, die Frage nach dem Umgang mit kirchlicher Macht und gesellschaftlicher Herrschaft zu klären.

### **Der ‚Fall Ratzinger‘**

Diese Machtfragen verdichten sich im Blick auf Ratzingers Agieren als Theologe, Bischof und Papst. Er steht für eine Kirche, die sich in einem Abwehrkampf wähnt gegen die Aushöhlung des Glaubens durch marxistische Infiltration, die sie im Einfluss der Auswirkungen der Studentenrevolte von 1968 und vor allem der Theologie der Befreiung ausgemacht hatte, sowie gegen den ‚Relativismus‘ der Postmoderne. Gegen diese Bedrohungen sollte die Kirche theologisch formatiert und als geschlossener Sozialraum formatiert werden. Die Geschlossenheit in Fragen der Moral und in Sachen des Glaubens soll die Kirche gegen Bedrohungen von außen immunisieren. Im Brennpunkt des Interesses steht immer wieder, geradezu narzisstisch, die Kirche. Ihr Dienst wird ein Dienst an der Aufrechterhaltung ihrer Machtstrukturen. Nur wenn sie diese durchsetzt, glaubt sie den vom totalitären Marxismus und Relativismus bedrohten Menschen der Moderne und Postmoderne zu dienen. Dienst und Macht drohen in eins zu fallen.

Ekklesiozentrische Selbstbezogenheit ist diesem Verständnis der Kirche inhärent. Dahinter verschwinden die Opfer von Unrecht und Gewalt der kapitalistischen Strukturen wie auch die Opfer sexualisierter Gewalt. Im von Johannes Paul II. geteilten Kampf gegen die Theologie der Befreiung wurde der Tod zahlreicher gegen durch Unrecht und Gewalt geprägte kapitalistische Herrschaftsverhältnisse aufbegehrende ChristInnen billigend in Kauf genommen. Ihnen wurde die Legitimation entzogen, sich im Raum der Kirche gegen tödliche Bedrohungen einzusetzen. Der Theologie der Befreiung nahestehende Bischöfe und deren Pastoral der Befreiung wurden diskreditiert und über die Ernennung von Bischöfen eine innerkirchlich und gesellschaftlich macht- und herrschaftskonforme Kirche durchgesetzt. Die Kirche suchte ihren Einfluss in der Nähe gesellschaftlicher Herrschaft und ihrer Akteure sicherzustellen. Besonders signifikant wurde dies im gemeinsamen Beten von Johannes Paul II. in der Privatkapelle Pino-

chets. Es geht nicht wie in den kirchlichen Basisgemeinden und der Theologie der Befreiung um die Opfer gesellschaftlicher Unrechts- und Herrschaftsverhältnisse, sondern um die Sicherung institutioneller kirchlicher Macht. Die Opfer dieser Verhältnisse, vor allem diejenigen, die ihnen in der Kraft des Evangeliums widerstehen, werden in Kälte und Apathie gegenüber ihrem Leid ignoriert.

Eine analoge Kälte und Apathie kirchlicher Amtsträger wird gegenüber den Opfern sexualisierter Gewalt deutlich. Sie werden unsichtbar hinter der zentralen Aufgabe, die Kirche zu schützen und ihre theologische Bedeutung als ‚heilige Kirche‘ hervorzuheben. In dieser Kirche gibt es zwar Sünder. Es kann aber keine ‚sündige‘ Kirche geben, in der sich ‚strukturelle Sünde‘ als innerkirchliches Machtverhältnis ausbreiten kann. Genau darin liegt die Versuchung, die Täter lediglich als ‚Einzeltäter‘ zu sehen, in denen – so leider auch der gegenüber Fragen kirchlicher Macht und gesellschaftlicher Herrschaft sonst durchaus sensible Papst Franziskus – der Teufel von außen die Heiligkeit der Kirche bedroht. Die Sünde dringt von außen in die Kirche ein. Dagegen muss sich die Kirche wappnen. Mit der Belastung der zahlreichen ‚Einzeltäter‘ kann die Kirche dann scheinbar auch noch mit der vermeintlichen Aufklärung sexuellen Missbrauchs durch Einzeltäter entlastet werden und vermeintlich Glaubwürdigkeit zurückgewinnen.

Mit dem theologischen Verständnis einer auch durch die Sünden Einzelner unanfechtbaren Kirche verbindet sich ein Bewusstsein theologischer und moralischer Überlegenheit der Kirche als Institution. Sie beurteilt andere, entzieht ihr eigenes institutionelles Machtverhältnis aber der Kritik durch theologische und moralische Selbstimmunisierung. Gefestigt wird diese Immunisierung und klerikal-männerbündische Selbstabschließung durch den Wahn, von einer feindlichen Welt umgeben zu sein.

## **Kleriker als Träger kirchlicher Macht**

Träger kirchlicher Macht sind vor allem Kleriker. Das Problem ist nicht das Amt als Sakrament, als Zeichen für den Dienst, das Volk Gottes in der Erinnerung an die subversiven, weil herrschaftskritischen Traditionen des Glaubens im Vertrauen auf Isra-

els Gott der Befreiung für die befreiende Nachfolge des Messias zusammenzuführen, sondern dessen Klerikalisierung – und der mit ihr einhergehenden Transformierung des Amtes in ein System kirchlicher Herrschaft. Der Klerus als Stand bildet sich im Zusammenhang mit der wachsenden Verankerung des Christentums in der griechisch-römischen Welt in Analogie zu den Amtsträgern des römischen Reiches und antiken Religionsdienern heraus. Damit verbunden sind entsprechende Standesprivilegien wie die Befreiung von der Reichsteuer. Für Antike wie Spätantike war zudem der Zusammenhang zwischen der kulturellen Verehrung des höchsten Wesens und dem Wohl des Reiches konstitutiv.

Analog entwickelt sich das Christentum zu einer von Klerikern geleiteten Kultgemeinschaft als neuer imperialer Reichsreligion, was im Mittelalter mit germanisch-verdinglichtem Einfluss seine Fortsetzung fand.

Aus dem Presbyter bzw. den Presbytern (Ältesten) als Leiter/innen messianischer Gemeinden aus biblischen Zeiten wird der ‚sacerdos‘ als Kult- und Opferpriester und damit die Sacerdotalisierung des Amtes mit seiner über den Zugang zum Heil verfügenden Macht. Dies ging mit einer alles Irdische überhöhenden Auratisierung (die Aura betreffend) einher wie sie vor allem zum Ausdruck kam im Handeln von Priestern ‚in persona Christi‘, das Vorstellungen eines idealistischen Denkens in den Kategorien von Urbild und Abbild geschuldet war. Dieser Zusammenhang mit dem ‚Ursprung‘ der Klerikalisierung macht noch einmal deutlich, wie tief die Frage des Amtes mit der Frage nach kirchlicher Macht und gesellschaftlicher Herrschaft verbunden ist. Vor allem die Ehrfurcht und Vertrauen erweckende klerikale Auratisierung des Amtes bildet einen wesentlichen Hintergrund für die Verbrechen sexualisierter Gewalt durch Kleriker – und dafür, dass in den Gemeinden oft über bekannt werdende Taten hinweg gesehen wurde.

## **Eine für Geschichte und Gesellschaft blinde Theologie**

Wenn es um die Frage nach den Opfern kirchlicher Macht und gesellschaftlicher Herrschaft geht, sind auch idealistische theologische Denkformen mitverantwortlich, für die nicht zuletzt Ratzinger als Theologe steht. Der – wohl nicht zufällig in

der gegenwärtigen Kirchenlandschaft eher ignorierte – gesellschaftskritische Theologe Johann Baptist Metz hat in seiner ‚Theologie nach Auschwitz‘, die er auch als Kritik ‚bürgerlicher Religion‘ formulierte, immer wieder auf die mit dem idealistischen Denken in der Theologie verbundenen Ignoranz gegenüber den Opfern in der Geschichte hingewiesen: auf ihren „gefährlichen heilsgeschichtlichen Triumphalismus“, auf die „typischen Züge der Apathie und Fühllosigkeit der Sieger“, ihre „Verblüffungsfestigkeit“ angesichts geschichtlicher Katastrophen und einem „Übermaß an politischer Anpassungsgeschichte“, das verbunden ist mit einem „drastischen Defizit an politischer Widerstandsgeschichte“ (J. B. Metz, *Christen und Juden nach Auschwitz*, in: *Jenseits bürgerlicher Religion*, München/Mainz 1980, 29 – 50). Wie blind idealistisches Denken gegenüber Zeit und Geschichte und darin gegenüber den Opfern sein kann, wird in einer Rundfunkansprache Ratzingers zur Fußballweltmeisterschaft 1978 deutlich. Sie wurde unter der Militärdiktatur in Argentinien ausgelesen. Das Endspiel fand in ‚Hörweite‘ zu den Folter- und Todeskammern dieser Diktatur statt. Immun gegenüber solch kontingenten Zusammenhängen räsoniert Ratzinger über die zweckfreie Schönheit des Spiels: „In diesem Sinn wäre das Spiel also eine Art von versuchter Rückkehr ins Paradies: das Heraustreten aus dem Alltag und seiner Lebensbesorgung in den freien Ernst dessen, was nicht sein muss und gerade darum schön ist“ (zit. nach O. Fuchs, *Der zerrissene Gott*, Ostfildern 2016, 15).

## **Kirchliche Macht und ihr Verhältnis zu gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen**

Wenn es in der Kirche ernsthaft um die Frage nach Macht gehen soll, ist ihr Verhältnis zu gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen ein wesentlicher Teil des Problems. Strukturen kirchlicher Macht haben sich nämlich im Kontext gesellschaftlicher Machtverhältnisse entwickelt – von der Opposition gegen römische Herrschaft im größten Teil der messianischen Schriften zu einer jahrhundert- bzw. fast zwei jahrtausendelangen Anpassung an Strukturen gesellschaftlicher Herrschaft: an die sich in der Spätantike bildende neue Reichsreligion, an die feudale Herrschaft

bis hin zur Konstitution kirchlicher Macht im Rahmen einer ‚societas perfecta‘ als Bollwerk gegen die Moderne, der Formierung der Kirche als Sozialraum gegen Marxismus und Relativismus bis hin zu den reformerischen Bemühungen um eine im Kapitalismus marktkompatible unternehmerische Kirche. In all diesen Versuchen geht es im Kern um institutionelle kirchliche Interessen, um Schutz und Sicherung der Institution und ihrer Macht.

Nicht zuletzt im Blick auf den ‚synodalen Weg‘ wäre daran zu erinnern, was Karl Rahner angesichts der Würzburger Synode in den 1970er Jahren diagnostiziert hat: das Leiden „unter einer ekklesiologischen Introvertiertheit“. „So kam es z.B. dazu, dass wir in den Zeiten des Nationalsozialismus mehr an uns selbst, an den Bestand der Kirche und ihrer Institutionen gedacht haben als an das Schicksal der Juden“ (K. Rahner, *Strukturwandel der Kirche*, Freiburg 1972, 66). Dass dies nicht nur ein Problem der Vergangenheit ist, macht Rahner deutlich, wenn er sagt: „Wenn wir überzeugt sind, dass in einer sündigen Welt viel Ungerechtigkeit und Tyrannei herrschen..., dass die Sünde auch die gesellschaftlichen Strukturen mitprägt, dann müssten wir uns eigentlich wundern, wie wenig die Kirche in Konflikt gerät mit gesellschaftlichen Institutionen und Machtträgern, außer in den Fällen, wenn diese die Kirche unmittelbar und ausdrücklich selbst angreifen“ (ebd. 67).

## **Umkehr zu den Opfern**

Die selbstkritische Auseinandersetzung mit kirchlichen Machtstrukturen muss Ausdruck einer Umkehr von Strukturen der Herrschaft hin zu deren Opfern sein. Das gilt aktuell besonders gegenüber den Opfern sexualisierter klerikaler Macht, die oft ihr Leben lang an Traumatisierungen zu leiden haben. Dies impliziert die Übernahme von Verantwortung. Sie muss ihren Ausdruck finden im Bekenntnis von Schuld und Verstrickungen in sündige Strukturen kirchlicher Macht ebenso wie in Zeichen der Umkehr in Gestalt materieller und psychologischer Unterstützung und der Überwindung der herrschenden Strukturen kirchlicher Macht... (Dazu) gehört wesentlich die Frage nach Verhältnis zu gesellschaftlichen Strukturen der Herrschaft. Zu überwinden ist die von Rahner beklagte



„ekklesiologische Introvertiertheit“, die strukturell blind macht gegenüber den Opfern innerhalb wie außerhalb der Kirche. Der Kirche darf es nie einfach um die Kirche gehen. Sie kann nur von ihrem Dienst her verstanden werden, bei dem sie vor allem von den Opfern von Unrecht und Gewalt in die Pflicht genommen wird. Für diesen Dienst ist ‚Compassion‘ (J. B. Metz), die Empfindsamkeit für das Leid der Opfer grundlegend. Sie ‚gibt zu denken‘. Solches Denken verlangt einen einschneidenden Perspektivenwechsel: von der Kirche hin zu den Opfern kirchlicher Macht wie gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse. Genau dies müsste den auf die Kirche verengten Blick transzendieren: aktuell hin auf die Opfer kapitalistischer Herrschaftsverhältnissen. In der sich immer mehr zuspitzenden Krise des Kapitalismus werden sie sichtbar in Menschen, denen durch die Zerstörung der Umwelt die Lebensgrundlage entzogen wird, in Fliehenden, die vor den Grenzen Europas im Mittelmeer ertrinken und, wenn sie Land erreichen, in menschenunwürdigen Abschiebelagern landen, bis hin zu den Opfern von Bandenkriegen in zerfallenden Staaten und weltweiten Prozessen sozialer Spaltung – all das inmitten einer gefährlichen Pandemie. All diese Opfer sind dadurch verbunden, dass sie Opfer der zerfallenden Herrschaftsstrukturen des Kapitalismus sind. Dies schreit nicht nach einer Kirche ‚im Kapitalismus‘, wie sie von postmodern inspirierten Reformern gesucht wird, sondern einer Kirche, die ‚im Kapitalismus‘ dessen Herrschaft delegitimiert und nach Wegen ihrer Überwindung sucht. Solch umfassende Umkehr zu den Opfern impliziert ein anderes Verständnis und andere Strukturen des kirchlichen Amtes. Seine Autorität gewinnt es im Hören auf die Opfer kirchlicher Macht und gesellschaftlicher Herrschaftsstrukturen. Seine Aufgabe wäre es, im Schrei der Opfer den Schrei nach Gott zu vernehmen und in der Erinnerung all dessen, was der Name Gottes in der Geschichte Israels wie in Leben, Tod und Auferweckung des Messias beinhaltet, integriert in messianische Gemeinden Wege aus den Sklavenhäusern gesellschaftlicher Herrschaft zu suchen und in „Feldlazaretten“ (Papst Franziskus) sich um die Verwundeten, die von Herrschaft Traumatisierten zu kümmern. Diese Aufgabe des Amtes ist

nicht exklusiv, aber spezifisch. Sie wird wahrgenommen als Leitung einer sozial und prophetisch dienenden Kirche, als Sorge darum, dass die Kirche auf diesen Wegen der Befreiung zusammen und in der Spur von Israels Gott und seinem Messias bleibt bzw. immer wieder neu dahin umkehrt. Dieser Dienst ist nicht mit Klerikalismus vereinbar, bringt aber das zum Ausdruck, was das Amt als Sakrament ist, ein Zeichen der Sorge um den Weg der Kirche an der Seite der Opfer von Unrecht und Gewalt und darin der Hoffnung, dass Gott sein ‚letztes Wort‘ als richtendes und rettendes Wort spreche.

#### I.4.

### **Schreiben des emeritierten Papstes Benedikt XVI.**

*Vatikanstadt, 6. Februar 2022*

Liebe Schwestern und Brüder!

Nach der Vorstellung des Missbrauchs-Gutachtens für die Erzdiözese München und Freising am 20. Januar 2022 drängt es mich, ein persönliches Wort an Sie alle zu richten. Denn wenn ich auch nur knapp fünf Jahre Erzbischof von München und Freising sein durfte, so bleibt doch die innere Zugehörigkeit mit dem Münchener Erzbistum als meiner Heimat inwendig weiter bestehen.

Zunächst möchte ich ein Wort herzlichen Dankes sagen. Ich habe in diesen Tagen der Gewissenserforschung und Reflexion so viel Ermutigung, so viel Freundschaft und so viele Zeichen des Vertrauens erfahren dürfen, wie ich es mir nicht hätte vorstellen können. Besonders danken möchte ich der kleinen Gruppe von Freunden, die selbstlos für mich meine 82-seitige Stellungnahme für die Kanzlei verfasst hat, die ich allein nicht hätte schreiben können. Es waren über die von der Kanzlei mir gestellten Fragen hinaus nahezu 8.000 Seiten digitale Aktendokumentation zu lesen und auszuwerten. Diese Mitarbeiter haben mir nun auch geholfen, das fast 2.000-seitige Gutachten zu studieren und zu analysieren. Das Ergebnis wird im Anschluss an meinen Brief auch veröffentlicht.

Bei der Riesenarbeit jener Tage – der Erarbeitung der Stellungnahme – ist ein Versehen erfolgt, was die Frage meiner Teilnah-

me an der Ordinariatsitzung vom 15. Januar 1980 betrifft. Dieser Fehler, der dauerlicherweise geschehen ist, war nicht beabsichtigt und ist, so hoffe ich, auch entschuldigbar. Das habe ich bereits in der Pressemitteilung vom 24. Januar 2022 durch Erzbischof Gänswein mitteilen lassen. Es ändert nichts an der Sorgfalt und an der Hingabe an die Sache, die den Freunden selbstverständliches Gebot war und ist. Dass das Versehen ausgenutzt wurde, um an meiner Wahrhaftigkeit zu zweifeln, ja, mich als Lügner darzustellen, hat mich tief getroffen. Um so bewegender sind für mich die vielfältigen Stimmen des Vertrauens, herzlichen Zeugnisse und berührenden Briefe der Ermutigung, die mich von sehr vielen Menschen erreicht haben. Besonders dankbar bin ich für das Vertrauen, für die Unterstützung und für das Gebet, das mir Papst Franziskus persönlich ausgedrückt hat. Endlich möchte ich noch eigens der kleinen Familie im Monastero „Mater Ecclesiae“ danken, deren Mitsein in frohen und schwierigen Stunden mir jenen inneren Zusammenhalt gibt, der mich trägt. Dem Wort des Dankes muss aber nun auch ein Wort des Bekenntnisses folgen. Es berührt mich immer stärker, dass die Kirche an den Eingang der Feier des Gottesdienstes, in dem der Herr uns sein Wort und sich selbst schenkt, Tag um Tag das Bekenntnis unserer Schuld und die Bitte um Vergebung setzt. Wir bitten den lebendigen Gott vor der Öffentlichkeit um Vergebung für unsere Schuld, ja, für unsere große und übergroße Schuld. Mir ist klar, dass das Wort „übergroß“ nicht jeden Tag, jeden einzelnen in gleicher Weise meint. Aber es fragt mich jeden Tag an, ob ich nicht ebenfalls heute von übergroßer Schuld sprechen muss. Und es sagt mir tröstend, wie groß auch immer meine Schuld heute ist, der Herr vergibt mir, wenn ich mich ehrlich von ihm durchschauen lasse und so wirklich zur Änderung meines Selbst bereit bin. Bei all meinen Begegnungen vor allem auf mehreren Apostolischen Reisen mit von Priestern sexuell missbrauchten Menschen habe ich den Folgen der übergroßen Schuld ins Auge gesehen und verstehen gelernt, dass wir selbst in diese übergroße Schuld hineingezogen werden, wenn wir sie übersehen wollen oder sie nicht mit der nötigen Entschiedenheit und Verantwortung angehen, wie dies zu oft geschehen ist und ge-

schieht. Wie bei diesen Begegnungen kann ich nur noch einmal meine tiefe Scham, meinen großen Schmerz und meine aufrichtige Bitte um Entschuldigung gegenüber allen Opfern sexuellen Missbrauchs zum Ausdruck bringen. Ich habe in der katholischen Kirche große Verantwortung getragen. Umso größer ist mein Schmerz über die Vergehen und Fehler, die in meinen Amtszeiten und an den betreffenden Orten geschehen sind. Jeder einzelne Fall eines sexuellen Übergriffs ist furchtbar und nicht wieder gut zu machen. Die Opfer von sexuellem Missbrauch haben mein tiefes Mitgefühl und ich bedauere jeden einzelnen Fall. Immer mehr verstehe ich die Abscheu und die Angst, die Christus auf dem Ölberg überfielen, als er all das Schreckliche sah, das er nun von innen her überwinden sollte. Dass gleichzeitig die Jünger schlafen konnten, ist leider die Situation, die auch heute wieder von neuem besteht und in der auch ich mich angesprochen fühle. So kann ich nur den Herrn und alle Engel und Heiligen und Euch, liebe Schwestern und Brüder, bitten, für mich zu beten bei Gott unserem Herrn.

Ich werde ja nun bald vor dem endgültigen Richter meines Lebens stehen. Auch wenn ich beim Rückblick auf mein langes Leben viel Grund zum Erschrecken und zur Angst habe, so bin ich doch frohen Mutes, weil ich fest darauf vertraue, dass der Herr nicht nur der gerechte Richter ist, sondern zugleich der Freund und Bruder, der mein Ungenügen schon selbst durchlitten hat und so als Richter zugleich auch mein Anwalt (Paraklet) ist. Im Blick auf die Stunde des Gerichts wird mir so die Gnade des Christseins deutlich. Es schenkt mir die Bekanntschaft, ja, die Freundschaft mit dem Richter meines Lebens und lässt mich so zuversichtlich durch das dunkle Tor des Todes hindurchgehen. Mir kommt dabei immer wieder in den Sinn, was Johannes in seiner Apokalypse am Anfang erzählt: Er sieht den Menschensohn in seiner ganzen Größe und fällt vor ihm zusammen, wie wenn er tot wäre. Aber da legt er seine Hand auf ihn und sagt: „Fürchte dich nicht, ich bin es...“ (vgl. Apk 1, 12 – 17). Liebe Freunde, in diesem Sinn segne ich Euch alle. *Benedikt XVI.*

(vatican news - sk)

## II.1.

### **Stellungnahme des Katholisch-Theologischen Fakultätentags (KThF) zur ARD-Dokumentation „Wie Gott uns schuf“ und zur Initiative #outinchurch**

Die Dokumentation "Wie Gott uns schuf" (ARD, 24.01.2022) und die Initiative #outinchurch machen die menschenverachtenden Praktiken von Kirchenverantwortlichen öffentlich. Sie zeigen, wie Kirchenverantwortliche LGBTIQ+-Personen diskriminieren und sanktionieren – bis hin zur Gefährdung von Leben und beruflicher Existenz. Als Mitglieder des Katholisch-Theologischen Fakultätentages distanzieren wir uns entschieden von diesen kirchlichen Strukturen, Konzepten und Praktiken. Wir sind bestürzt, dass immer noch queere Menschen in der katholischen Kirche aufgrund ihrer sexuellen Orientierung in Angst versetzt werden. Diese Atmosphäre der Angst betrifft auch die LGBTIQ+-Personen unter uns.

Wir solidarisieren uns mit den Menschen, die sich als queer identifizieren!

Wir verpflichten uns,

- in unseren Einrichtungen darauf zu achten, dass LGBTIQ+-Personen allen ihnen selbstverständlich zukommenden Respekt erfahren;
- mit Beratungs- und Unterstützungsangeboten ansprechbar zu sein;
- durch wissenschaftliche Expertise zum Gender- und LGBTIQ+-Diskurs beizutragen.

Wir fordern:

- Kirchenverantwortliche rezipieren endlich aktiv die schon seit Jahrzehnten erarbeiteten wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Sexualethik und Geschlechteranthropologie. Das hieße auch, über sakramententheologische Konsequenzen weiter nachzudenken.
- Kirchenverantwortliche treten dafür ein, dass die bisherigen, nicht mehr dem Stand theologischer und humanwissenschaftlicher Erkenntnisse entsprechenden lehramtlichen Äußerungen zur Sexualität korrigiert werden.
- Kirchenverantwortliche ziehen zeitnah die notwendigen Konsequenzen für ein

verändertes Handeln, das den Standards des Rechtsstaates entspricht.

- Alle kirchlichen Regularien – die Ordnungen der Missio Canonica, die Promotions- und Habilitationsordnungen, die Nil Obstat-Vorgaben und das kirchliche Arbeitsrecht – werden so verändert, dass queere Menschen auch im Falle einer staatlichen Eheschließung keine Repressalien fürchten müssen. Das hieße auch, offen zu sein für die Zulassung homosexueller Männer zum Weiheamt.
- Der Katholisch-Theologische Fakultätentag ist von Anfang an und in entscheidender Position Teil der Erarbeitung der entsprechenden Änderungen.

Wir stehen als Theolog:innen für eine Kirche ein, in der jede Person in ihrer Einzigartigkeit und Würde geschätzt und als teilhabefähig erachtet wird – unabhängig von Status, Gender und sexueller Orientierung.

Am Fest des Hl. Thomas von Aquin, 28. Januar 2022

## II.2.

### **Offener Brief von Generalvikaren zu #Outinchurch und Handlungstext des Synodalen Weges „Grundordnung des kirchlichen Dienstes“**

An Bischof Dr. Georg Bätzing  
Vorsitzender der Vollversammlung des VDD  
Kaiserstraße 161  
53113 Bonn

Trier, 12. Februar 2022

Sehr geehrter Bischof Bätzing, lieber Georg, Die Initiative „#Outinchurch“ bewegt uns Generalvikare sehr. Uns beeindruckt der Mut einer so großen Zahl von kirchlichen Mitarbeitenden, die aufgrund der geltenden Loyalitätsobliegenheiten in der Grundordnung für den kirchlichen Dienst ihre sexuelle Orientierung verbergen, ihre Beziehungen verheimlichen müssen und eine sogenannte Zivilehe nicht eingehen dürfen, um ihren Arbeitsplatz oder ihre kirchliche Lehrerlaubnis nicht zu gefährden. Ihre Lebenszeugnisse offenbaren auf diesem Hintergrund teilweise erschreckende Schicksa-

le, weil Menschen oft über Jahrzehnte hinweg kein freies und selbstbestimmtes Leben führen können.

In der vergangenen Woche hat sich auch der Synodale Weg auf der 3. Sitzung der Vollversammlung in dem Handlungstext „Grundordnung des kirchlichen Dienstes“ mit der Thematik auseinandergesetzt und sich in erster Lesung deutlich für Veränderungen bezüglich der Loyalitätsobliegenheiten (Art. 5) ausgesprochen.

Wir sind sowohl der Initiative #outinchurch als auch dem Synodalen Weg dankbar, weil beide dazu beitragen, dass in unserer Kirche das Schweigen überwunden wird zu den unzähligen Leidensgeschichten, die die Grundordnung für den Kirchlichen Dienst seit Jahrzehnten hervorruft. Über die Mitarbeitenden hinaus, deren sexuelle Identität von einer Heteronormativität abweicht, waren bzw. sind zahlreiche Mitarbeitende davon betroffen, die nach einer Ehescheidung eine neue standesamtliche Ehe eingehen oder in einer außerehelichen Beziehung leben.

Viele von uns Generalvikaren haben in den letzten Jahren auf diesen nicht mehr akzeptablen Zustand hingewiesen, allerdings konnte eine entsprechende Reform des Kirchlichen Arbeitsrechtes nicht erreicht werden. Im Ergebnis gibt es derzeit eine sehr unterschiedliche Praxis in den deutschen (Erz-)Bistümern, um die Grundordnung anzuwenden. Nach wie vor erleben Mitarbeitende in unserer Kirche eine „Kultur der Angst“, die belastet, verletzt, diskriminiert und Menschen psychisch oder physisch krank werden lässt.

Wir unterstützen ausdrücklich die Initiativen der letzten Woche und greifen vor allem die Forderung nach einer Reform des Kirchlichen Arbeitsrechtes auf. Das Arbeitsrecht darf kein Instrument sein, um eine kirchliche Sexual- und Beziehungsmoral durchzusetzen, die derzeit ohnehin zur Diskussion steht und die komplexe Lebenswirklichkeit von Menschen außer Acht lässt. Unsere Mitarbeitenden müssen unsere Kirche als einen angstfreien Raum erleben und brauchen eine vollständige Rechtssicherheit, dass ihre Lehrerlaubnis und ihr Arbeitsplatz nicht von ihrer sexuellen Orientierung und ihrem privaten Beziehungsstatus abhängen.

Wir bitten alle Bischöfe darum, kurzfristig eine Änderung des Kirchlichen Arbeitsrechtes herbeizuführen und auf alle Bezüge auf die persönliche Lebensführung in der derzeit geltenden Grundordnung, vor allem Art. 4 Abs. 1 und Art. 5 Abs. 2 Nrn. c und d, zu verzichten. Die laufenden Gespräche zur Revision der Grundordnung, die derzeit in den Arbeitszusammenhängen der Deutschen Bischofskonferenz und des Verbandes der Diözesen geführt werden, sollten durch die Bischöfe in ein transparentes Verfahren übergeleitet werden, das zeitnah zu einer Entscheidung führt. Es muss sichergestellt werden, dass es keine arbeitsrechtlichen Sanktionen für das Eingehen einer zivilen gleichgeschlechtlichen Ehe oder einer zivilen Wiederheirat bei bestehender kirchenrechtlich gültig geschlossener Ehe mehr gibt. Dies gilt aus unserer Sicht für alle Gruppen von kirchlichen Dienstnehmerinnen und Dienstnehmern, auch für die pastoralen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und diejenigen, die mit einer Missio canonica oder einer besonderen bischöflichen Beauftragung ihren kirchlichen Dienst verrichten.

Wir ermutigen die Deutsche Bischofskonferenz, den eingeschlagenen Weg zur Neuformulierung der Grundordnung wie nun vorgesehen bis zum Sommer 2022 abzuschließen. Aus unserer Sicht ist jetzt die Zeit, kurzfristig zu handeln und einen für viele Menschen belastenden und erniedrigenden Zustand zu beenden. Darum schlagen wir vor, ab sofort auf arbeitsrechtliche Sanktionen im Zusammenhang mit der persönlichen Lebensführung in den o.g. Zusammenhängen zu verzichten.

Wir unterstützen ausdrücklich alle Reformbemühungen auf dem Synodalen Weg, die diesem Anliegen entsprechen. Zugleich wissen wir um die Schwierigkeit in der Deutschen Bischofskonferenz, in vielen Fragen zu einvernehmlichen Entscheidungen zu kommen. Deshalb empfehlen wir, dass alle Bischöfe, die zu einer solchen Änderung des Kirchlichen Arbeitsrechtes bereit sind, gemeinsam und mutig die nötigen Reformen für ihre Zuständigkeitsbereiche voranzubringen.

Mit freundlichen Grüßen und im Namen der unten aufgeführten Generalvikare,  
Ulrich von Plettenberg, Trier

## III. 1.

### **Offener Brief katholischer Verbände und Reformgruppen an die Teilnehmenden der 3. Synodalversammlung vom 3. bis 5. Febr. 2022 in Frankfurt**

#### **Der Synodale Weg muss die Wende bringen – konkret und jetzt!**

Mit großem persönlichem Einsatz und mit hoher moralischer, theologischer und pastoraler Verantwortung sind entscheidende Texte erarbeitet worden. Dafür sprechen wir als Reformgruppen und Verbände unseren Dank aus. Jetzt erwarten wir von den Teilnehmenden der 3. Synodalversammlung, diese wegweisenden Vorlagen mit eindeutigen Mehrheiten zu beschließen, sodass sie auch vom Vatikan wahrgenommen und akzeptiert werden.

Die 2. Vollversammlung stand unter dem Eindruck der überraschenden Entscheidung des Vatikans bezüglich des Kölner Erzbistums und seiner Verantwortlichen; dennoch hat die 2. Vollversammlung gute Arbeit geleistet. Die 3. Vollversammlung findet während des kirchlichen Lebens statt, das die Kampagne #OutInChurch und vor allem die Veröffentlichung des zweiten Münchner Missbrauchsgutachtens am 20. Januar 2022 ausgelöst haben. Mit seiner Stellungnahme zu diesem Gutachten, seiner Korrektur einer offensichtlichen Falschaussage und der Ablehnung persönlicher Verantwortung hat Joseph Ratzinger, Münchner Erzbischof 1977 bis 1982, seinen Ruf als „Mitarbeiter der Wahrheit“ zerstört und dem Amt schweren Schaden zugefügt.

Durch die vielfachen und weltweiten Missbrauchsfälle, ihre Vertuschung und die Missachtung des Leids der Betroffenen steht die institutionelle römisch-katholische Kirche vor einem moralischen Bankrott und Scherbenhaufen. Wenn die zu erwartende nächste Austrittswelle noch aufgehalten werden soll, aber auch für die Katholik\*innen, die bewusst in der Kirche bleiben wollen, darf der Synodale Weg nicht ins Leere laufen, wie etwa der „Dialog- bzw. Gesprächsprozess“ 2011 bis 2015 und viele andere Reformprozesse. Sie als Synodale der 3. Vollversammlung sollten sich Ihrer großen Verantwortung, aber auch der gro-

ßen Visionen bewusst werden, die es in dieser Situation braucht.

Es ist höchste Zeit für eine grundlegende Neuorientierung auf allen Ebenen, wie sie auch Papst Franziskus mit dem Pflingsten 2021 eröffneten weltweiten Synodalen Prozess zum Ziel hat. Dabei ist immer wieder in Erinnerung zu rufen: Auslöser für den Synodalen Weg in Deutschland waren die systemischen Ursachen sexualisierter Gewalt, die die 2018 veröffentlichte MHG-Studie benannt hat: Machtmissbrauch, Pflichtzölibat, überkommene Sexualmoral und Missachtung der Frauen! Erst diese Faktoren begünstigten die sexualisierte und spirituelle Gewalt und deren Vertuschung. Nur wirklich überzeugende Schritte zur Aufarbeitung dieser Verbrechen in unserer Kirche machen den Weg für eine neue „Evangelisierung“ und eine strukturelle Reform möglich.

**In dieser dramatischen Situation kann und muss die 3. Vollversammlung des Synodalen Weges die Wende bringen, konkret und jetzt!** Auch international sind die Hoffnungen und Erwartungen bezüglich des Synodalen Weges in Deutschland groß.

Wir appellieren an den **Vatikan**, endlich ein deutliches und eindeutiges Zeichen der Würdigung des Synodalen Weges zu geben, der kein deutscher Sonderweg ist, sondern ein konstruktiver Dienst an der Weltkirche.

Die **Bischöfe und Weihbischöfe** fordern wir auf, sich jetzt verlässlich zu den einzelnen Beschlussvorlagen zu positionieren. Solange es kirchenrechtlich keine Gewaltenteilung und keine wirksame Kontrolle von Macht gibt, ist eine Selbstbindung der Bischöfe erforderlich.

Kirchenrechtlich schon jetzt mögliche Handlungsoptionen müssen unverzüglich schon jetzt in den einzelnen Diözesen angegangen und in „**Sofortprogrammen**“ umgesetzt werden.

Vor allem die **Gemeinden**, die derzeit auch wegen des Pflichtzölibats und des Ausschlusses der Frauen und anderer (FINT\*) Personen von Weiheämtern massiv am Ausbluten sind, warten dringend auf konkrete Reformen.

Neben den theologisch fundierten Ausarbeitungen des Synodalen Weges für langfristige Änderungen, ist gleichzeitig eine **breite Informationskampagne** über den Fortgang des Synodalen Weges für die Ka-

tholik\*innen und Gemeinden in Deutschland erforderlich.

Dringend notwendig sind **internationale Vernetzung** und fremdsprachige Informationen über den Synodalen Weg in Deutschland, um den Störmanövern aus dem Ausland entgegenzutreten.

Bei allem muss vor allem und zu allererst auf die **Überlebenden sexualisierter und geistlicher Gewalt** geschaut werden. Für sie sind das Bekennen persönlicher Schuld und die persönliche Verantwortungsübernahme kirchlicher Amtsträger, selbst wenn diese nach dem Buchstaben des Kirchenrechts korrekt gehandelt haben sollten, von hoher Bedeutung.

Für immer mehr Katholik\*innen in ganz Deutschland ist es nicht vorstellbar, dass **Kardinal Woelki** trotz seiner Verfehlungen seine Amtsgeschäfte am Aschermittwoch wieder aufnimmt. Hier sollte der Vatikan seine fragwürdige Entscheidung vom Herbst 2021 revidieren.

Uns allen aber muss klar werden: Langfristig und nachhaltig kommen wir nur voran, wenn unsere Bemühungen um Erneuerung **von umfassenderen christlichen, ökumenischen, vielleicht interreligiösen Visionen getragen** sind. Keine Kirche kann Selbstzweck sein.

**Seien Sie mutig, jetzt! Sorgen Sie dafür, dass wenigstens die jetzt besprochenen Minimalziele erreicht werden. Das Kirchenvolk will endlich erste Reformtaten sehen, keine vertröstenden Ankündigungen mehr hören. Stellen Sie die Weichen für eine Kirche, die bei den Menschen ist – damit wir als Nachfolgegemeinschaft Jesu auch in Zukunft glaubwürdig und freudig Zeugnis geben können von der visionären Kraft der christlichen Botschaft!**

III.2.

## **Norbert Lüdecke Synodale Komplizenschaft?**

Am 3. Februar ist es wieder soweit. Der Synodale Weg macht Halt in Frankfurt zur inzwischen dritten Vollversammlung. Seit der zweiten im vergangenen Herbst ist einiges passiert:

Das Erzbistum Köln wird von einem Apostolischen Administrator im Auftrag des Papstes verwaltet. Die Gläubigen dort fin-

den sich auf einen inneren Weg der Umkehr, der Versöhnung und Erneuerung geschickt, bis Kardinal Woelki aller Voraussicht nach in einem feierlichen Gottesdienst am Aschermittwoch seine Amtsgeschäfte wiederaufnimmt. Die Aussichten auf eine gedeihliche Seelsorge werden allerdings als gering eingeschätzt.

Dann der „Knall“ von München, das Gutachten der Kanzlei „Westpfahl-Spilker-Wastl“ über sexuellen Missbrauch im dortigen Erzbistum von 1945- 2019. Es dokumentiert den Umgang der Diözesanbischöfe und ihrer unmittelbaren Vertreter in Verwaltung und Gericht mit Fällen sexuellen Kindesmissbrauchs vor allem durch Kleriker. Ungeachtet mancher im Einzelnen möglichen Rückfragen entsprechen die Ergebnisse weithin denen vieler weltweit bereits unternommenen Studien. Die Gläubigen wissen jetzt, in München war es auch nicht anders: Die Opfer wurden nicht einmal wahrgenommen, die Bischöfe interessierten sich, wenn überhaupt, für „ihre“ Priester als Mitbrüder und wichtigste pastorale Ressource, die es um jeden Preis zu erhalten gilt. Katholiken wird geradezu brutal vor Augen geführt, welcher Standesdünkel und welche Missachtung im amtlichen Mantra von der Unersetzbarkeit des Priesters liegt. Dabei liegt das Desaströse längst nicht mehr in den vielen Details, sondern in der Grundhaltung und der Gesamt(un)kultur, die aus ihnen sprechen. Und auf die Frage einer Journalistin bei der Pressekonferenz, ob bei wenigstens einem Verantwortlichen eine Änderung der Haltung zu erkennen gewesen sei, lautete die Antwort der Anwälte: Nein.

Kardinal Ratzinger, der sich Papa emeritus nennen lässt, werden die gleichen Ver säumnisse vorgeworfen wie vielen seiner Amtsbrüder. Die Gutachter halten es – in äußerungsrechtlich kontrollierter Diktion – für „überwiegend wahrscheinlich“, dass er sich nicht gekümmert und Missbrauchstäter wieder in die Seelsorge gelassen hat, ohne hinreichende Schutzvorkehrungen zu treffen. Am verheerendsten aber sind die Verteidigungsversuche der Hierarchen, obwohl auch hier die Grundmelodie längst vertraut ist: Nichts geahnt, keine Kenntnis, der Zeitgeist, Schuld sind die anderen, so schlimm war's auch wieder nicht (z. B. ein vor Mädchen masturbierender Priester: kein wirklicher Missbrauch), aus den Akten nicht beweisbar – aus Akten, in die

nach weltweit gleichem Muster möglichst alle sexuellen Bezüge gar nicht oder allenfalls codiert aufgenommen wurden –, Papa emeritus bestreitet selbst Aktenkundiges und schiebt seine Falschaussage auf ein redaktionelles Versehen, als für jeden sichtbar wurde, dass nicht stimmen konnte, was er immer wieder beteuert hatte. Verstiegener und unwürdiger geht's nimmer. Besonders ist allerdings, dass die Gutachter erstmals deutlich bejahen, die Bischöfe könnten sich durch Beihilfe oder Strafreitelung strafbar gemacht haben, wenn auch fast alles verjährt sein dürfte. Man muss nicht einmal Zyniker sein, um festzustellen: Am Ende ist die Rechnung der Hierarchen aufgegangen. Sie haben so lange vertuscht und verzögert, bis sie kaum noch haftbar gemacht werden können.

Und jetzt auch noch „das größte Outing in der Geschichte der katholischen Kirche“ – die ARD-unterstützte Initiative #outinchurch, mit der sich – gezielt im Umfeld der Vollversammlung des „Synodalen Weges“ platziert – über 100 nicht heterosexuelle Menschen in unterschiedlichsten kirchlichen Diensten unter dem Risiko arbeitsrechtlicher Konsequenzen outen, um eine Änderung der amtlichen Lehre und des mit ihr begründeten kirchlichen Arbeitsrechts zu bewirken.

Katholiken zeigen sich allenthalben entsetzt und empört. Sie erkennen, wie ihre Kirche sie nicht-heterosexuellen Menschen gegenüber zu gewaltfreier Diskriminierung verpflichtet und Bischöfe das arbeitsrechtlich ausmünzen [...]. Was in Sachen Missbrauch als Verteidigung vorgetragen wird, empfinden viele Katholiken als moralischen Offenbarungseid. Diejenigen, die als Apostel der Moral unterwegs sind, verweigern, was sie von den Gläubigen immer fordern – Schuld persönlich zu bekennen und sich in persönlichen Konsequenzen verantwortlich zu zeigen. Die Kirchengaustrittsbewegung baut sich zur Wand auf. Kirchlich Engagierte sehen alles untergraben, wofür sie sich täglich einsetzen, erleben eine Selbstdemontage der Hierarchen, fühlen sich missachtet, getäuscht und sind nun enttäuscht.

Aber halt – nicht alle. Manche hoffen, das alles könne sogar „Rückenwind“ für den „Synodalen Weg“ bedeuten, jene Idee der deutschen Bischöfe, mit der sie – wie schon mehrfach zuvor (bei der Gründung des ZdK, der Würzburger Synode, in diversen

Gesprächsprozessen) – die Laien dazu bringen, sich mit ihnen unter dem Label „Dialog“ zu Gesprächen zu treffen, an deren Ende sich die Bischöfe, sofern zwei Drittel der von ihnen gerade Anwesenden zustimmen, bitten lassen, die Kirche zu reformieren, was allerdings auch sie selbst nicht können, sondern worum sie ihrerseits nur in Rom bittstellig werden können. Dabei liegt die Betonung auf „können“, denn natürlich ist strukturell völlig gedeckt, was Kardinal Woelki von Anfang an erklärt hat, dass er nämlich bei der Umsetzung der beschlossenen Bitten „vollkommen frei“ ist, nur seinem „Gewissen und dem Glauben der ganzen Kirche verpflichtet“, welcher allein vom Lehramt der Kirche in Gestalt von Papst und Bischöfen verbindlich festgestellt, verkündet und verteidigt wird. Dennoch wird überwiegend nach einem bewährten Skript als Partizipation und Entscheidung verkauft, was tatsächlich *voice fiction* und Bestätigung des hierarchischen Systems ist.

Aber es funktioniert, und wie perfekt es das tut, zeigt sich, wenn die neue Präsidentin des ZdK für die Vollversammlung allen Ernstes von einem „demokratischen Konstrukt“ spricht und selbst der Vorsitzende des Betroffenenbeirats bei der DBK meint, die Synodalversammlung solle sich als „Verantwortungsgemeinschaft verstehen und anstehende Entscheidungen zu Macht und Gewaltenteilung als Basis für eine synodale Kirche beschließen“, wozu sie laut Satzung gerade nicht befugt ist. Dieselben Menschen, die den Bischöfen (völlig zu Recht) „komplettes Führungsveragen“ vorwerfen, werden eben diesen Bischöfen, die sich in Teilen weiterhin weigern, ihr Handeln oder Unterlassen mit den Augen der Betroffenen zu betrachten oder sofort die gängige Bagatellisierungs- und Selbstamnestie-Phrase „aus heutiger Sicht“ parat haben, Gelegenheit bieten, sich als dialogfähig und -bereit zu inszenieren, ohne auch nur das Geringste ihrer ständisch begründeten Positionsmacht aufzugeben. Gegen die eigene Satzung sprechen Synodale weiterhin davon, der Synodale Weg sei ein Reformprozess und biete die Chance auf „eine echte Veränderung“ wenn „die Synodalen das kirchliche System von Grund auf ändern, anstatt es zu schützen“. Welches Fundament diese Chance haben soll, bleibt beschwiegen.

Ganz gleich, ob man auf die blanke Unverbindlichkeit des Ganzen hinweist oder darauf, dass Augenhöhe dort unmöglich ist, wo die Ordination der einen die Subordination der anderen bedeutet und eine Veränderung von unten gerade ausschließt, oder dass die Forderungen nach Frauenordination oder Anerkennung nicht heterosexueller Identitäten angesichts der maximalistischen amtlichen Position illusorisch sind (Lüdecke, Die Täuschung) – die Antwort bleibt stereotyp ein aufklärungsresistentes „Trotzdem“. Und so werden sich auf der Vollversammlung die Schafe wieder um die Hirten versammeln und die freundlichen unter ihnen für Unterstützer halten. Sie verbleiben in der Falle einer Loyalität, die als starker Kleber die autoritäre Struktur der Organisation in die Dynamik innerer Motivation überträgt (Rainer Hanke, Die Loyalitätsfalle). Sie werden in der gemeinsamen Eucharistiefeier nach hierarchischer Regie und in hierarchischer Aufstellung unter Hirtenvorsitz nicht nur Gott loben, sondern zugleich jene dort inszenierte hierarchische Struktur der Kirche bejahen, die sie angeblich reformieren wollen. Im Modus bloßer Widerworte unterwerfen sich die Laien. Das kann man in Ordnung finden. Allerdings kann solche Loyalität ihre Unschuld auch verlieren, wenn man sich ihr nähert. Denn wer das warme Bad der Zugehörigkeit auch dann der Zumutung der Freiheit vorzieht, wenn er die Problematik des Systems erkennt und sich keine Rechenschaft über die realen Chancen seiner Veränderung ablegt, der wird zum Komplizen.

(aus: Feinschwarz 2. Febr. 2022; mit Dank an den Autor für die Abdruckerlaubnis)

### III.3.

#### **Frankfurter Erklärung: Für eine synodale Kirche**

Als Mitglieder der katholischen Kirche erkennen wir den Synodalen Weg in Deutschland und weit über seine Grenzen hinaus als einen Kairos: als einen Moment der Entscheidung für unsere Kirche, vor die uns Gott stellt. Wir wissen um die Schuld, die unsere Kirche auf sich geladen hat – vor allem im sexuellen und geistlichen Missbrauch ihrer Macht. Wir nehmen den Geist synodaler Beratungen und Entscheidungen als eine Inspiration wahr, neue

Wege zu finden, um den Menschen unserer Zeit den Gott des Lebens nahe zu bringen. Deshalb verpflichten wir uns, an den Orten, an die uns Gott stellt, entschieden für eine Kirche einzutreten, die Synodalität lebt. Das bedeutet für uns: Wir durchbrechen alle Formen eines Missbrauchs von Macht in der Kirche und treten für durchgreifende Aufarbeitung und Gerechtigkeit für die von Missbrauch Betroffenen ein. Wir setzen uns für Geschlechtergerechtigkeit in der Kirche ein und verwirklichen sie konsequent. Wir widersetzen uns jeder Diskriminierung in der Kirche und geben allen Menschen in ihrer Vielfalt und Einzigartigkeit Raum. Wir leben eine Kirche, in der wir mit unseren Ämtern und Charismen gemeinsam beraten und entscheiden. Wir verabschieden nicht nur Dokumente, sondern setzen sie in konkretes Handeln um: in unseren Bistümern und Gemeinden, in Schulen und caritativen Einrichtungen – an allen Orten kirchlichen Lebens. Wir lassen uns an dieser Selbstverpflichtung messen. Wir bleiben einander im Gebet verbunden und ziehen daraus die Kraft, dem Geist Gottes zu folgen, der lebendig macht.

Das Dokument zur Unterzeichnung:  
(Am 10. Februar von den Initiatoren Gabriele Klingberg, Johannes Norpoth und Professor Dr. Gregor Maria Hoff veröffentlicht, um den Synodalen Weg an die Basis zu bringen. Das Dokument kann unterzeichnet werden unter: [www.change.org](http://www.change.org)).

\*\*\*

## **Personen – Fakten - Trends**

### **Liquidierung von *Memorial***

*Memorial*, die wichtigste Organisation zur Aufarbeitung der in der Sowjetzeit begangenen Verbrechen, gibt es nicht mehr. Sie wurde verboten. Gegründet wurde sie 1988 zur Zeit der Perestroika. Ihr Gründer, der 2017 verstorbene Historiker Arseni Roginski, war selbst ein Opfer sowjetischer Gewaltherrschaft. Er kam im Gulag zur Welt. 1981 zu einer Lagerhaft verurteilt, verbrachte er als Dissident erneut vier Jahre an diesem Ort des Schreckens.



Über 30 Jahre widmete sich *Memorial* der Reinigung des russischen nationalen Gedächtnisses sowie dem Gedenken an die Opfer sowjetischer Repressalien. Zahlreiche detaillierte Untersuchungen belegen den staatlichen Terror jener Jahrzehnte. Besonders bemerkenswert ist eine umfangreiche Publikation, die namentlich die vom sowjetischen Geheimdienst in Katyn ermordeten polnischen Offiziere dokumentiert. In den letzten Jahren geriet Memorial zunehmend unter politischen Druck. Neben anderen NGOs fand auch diese Organisation ihren Platz auf der „Liste der Agenten“, wozu es ausreicht, aus dem Ausland Spenden zu erhalten.

Bezeichnend für die Willkür der unter Putin staatlich gelenkten Justiz ist die Anklage des russischen Staatsanwalts Aleksiej Zafiewow: „*Memorial* ist eine Gefahr für die Gesellschaft, beschmutzt das historische Gedächtnis, versucht, die nazistischen Verbrecher und die Verräter des Vaterlandes zu rehabilitieren, schafft ein verlogenes Bild der Sowjetunion und des Gedenkens an den Krieg. Sollen wir, die Nachkommen der Sieger, uns schämen, statt Stolz auf unsere glorreiche Vergangenheit zu sein?“ Das Verbot von Memorial ist eine politische, vom Kreml getroffene Entscheidung. Putin und seinen Leuten stand Memorial im Weg, bildete ein Hindernis für die Verwirklichung ihrer geschichtspolitischen Ziele, für die Erneuerung des Glaubens an die Größe eines fleckenreinen Russlands, das nur Helden und Verräter kennt. (Th. M.)

\*\*\*

## Jörg Alt – Jesuit und Dieb

Jörg Alt, geboren 1961 in Saarbrücken, ist seit 1981 Mitglied des Jesuitenordens und seit 1993 Priester. Er ist Sozialethiker, derzeit Hochschulpfarrer in Nürnberg und Aktivist. Er hat für den Jesuiten-Flüchtlingsdienst gearbeitet und initiierte in den 1990er Jahren die Kampagne für ein Verbot von Landminen. Aktuell engagiert er sich für die sozialökologische Transformation, er unterstützt Fridays for Future und kämpft gegen die Verschwendung von Lebensmitteln.

Im Dezember 2021 leitete deshalb die Staatsanwaltschaft Nürnberg gegen ihn ein Strafverfahren ein wegen Diebstahls in besonders schwerem Fall – nachdem er sich

selbst angezeigt hatte. Es geht ihm nicht nur um die Verteilung von containernten Lebensmitteln an Bedürftige, sondern er sieht darin auch eine symbolische, öffentliche Aktion. Im Rahmen des "Aufstands der letzten Generation", in dem diese stattfand, soll auf die Notwendigkeit einer grundlegenden Wende in der Agrarpolitik hingewiesen werden. Die Aktion soll die Bundesregierung daran erinnern, dass im Ampel-Koalitionsvertrag ein Lebensmittelretzungsgesetz versprochen wurde; ein Gesetzentwurf existiert bereits, es gebe also „keinen Grund, die Dinge zu verzögern“. Alt sicherte zu, er werde alle Auflagen und Strafen akzeptieren, wenn das Gesetz verabschiedet ist. Solange das nicht der Fall ist, werde er „weiter sticheln“, indem er sich durch möglichst viele Instanzen klagen will. Um keine Gelder seines Ordens zu verwenden, will er diese juristische Auseinandersetzung durch Spenden finanzieren. Bis zum Redaktionsschluss war nicht zu erfahren, ob es zu einem Urteil in der „Strafsache Alt“ gekommen ist.

(Quellen: SZ 23.12.2021, „Links am Tag des Herrn“ – Die Eule 2.1.2022, DLF Kultur 6.1.2022; bei [katholisch.de](https://www.katholisch.de) gibt's ein Interview mit Alt zu lesen)

\*\*\*

## Frauenordination in der lutherischen Kirche Polens

Auf der letzten lutherischen Synode in Polen stimmten 45 von 59 Synodalen für die Zulassung von Frauen zur Ordination. Die Entwicklung zum Synodenbeschluss reicht weit zurück. Seit 1993 können Frauen in den Gemeinden Gottesdienste halten. 1999 wurde für sie das Amt der Diakonin eingeführt. Eine jahrelange Diskussion klärte die biblische Grundlage dieses Beschlusses und hob die Bedeutung von Frauen in den urkirchlichen Gemeinden hervor. Letztlich vorbereitet wurde die Entscheidung durch die synodale Kommission, die 2008 zu dem Ergebnis gelangte, dass für die Ordinierung von Frauen keine theologischen Hindernisse bestehen.

Ausschlaggebend für den synodalen Beschluss war auch das lutherische Amtsverständnis. Anders als in der römisch-katholischen Kirche kennen die Lutheraner kein Sakrament der Priesterweihe und damit kein Priestertum im strengen Sinn. Für sie endete das Priestertum entsprechend dem

Hebräerbrief mit dem Hohepriestertum Jesu Christi, so dass es für sie keinen durch eine Weihe aus der Gemeinschaft der Gläubigen herausgehobenen Priester gibt, der als Mann gleichsam *in persona* Christi liturgisch handelt.

Bereits ab dem 1. Januar 2022 können sich Frauen, die in der lutherischen Kirche als Diakoninnen tätig sind, um ein Pfarramt bewerben. Auch das Bischofsamt steht ihnen nunmehr grundsätzlich offen. Doch ehe es dazu kommt, dürften wohl noch viele Jahre vergehen.

Praktisch ändert sich zunächst wenig, denn bereits jetzt erfüllen Diakoninnen dieselben pastoralen Aufgaben wie die ordinierten Pfarrer, denen sie unterstellt sind. Mit ihrer Zulassung zur Ordination können sie nun selbst ein Pfarramt übernehmen und sind ihren männlichen Kollegen gleichgestellt.

Auf die katholische Kirche Polens dürfte der Synodenbeschluss keine Auswirkungen haben. Als Minderheitskirche mit rund 60 000 Gläubigen ist seine öffentliche Wirkung marginal. Negative Auswirkungen auf die ökumenischen Beziehungen sind gleichfalls nicht zu erwarten. (Th. M.)

\*\*\*

## **PGR-Wahlen im Bistum Trier**

Ende Januar 2022 fanden im Bistum Trier in den 35 zu Jahresbeginn fusionierten Pfarreien Wahlen zu den Pfarrgemeinderäten statt. 220.000 Katholikinnen und Katholiken waren zur Wahl des ersten PGR nach dem Zusammenschluss aufgerufen. Fast 12 % gingen zur Wahl oder gaben per Brief ihre Stimme ab. Die Wahlbeteiligung lag damit etwa gleich hoch (oder niedrig, je nach Sichtweise) wie bei den im November 2021 stattgefundenen Wahlen in den nicht-fusionierten Gemeinden, die rund 916.000 Katholiken zählen. Im Vergleich zu den Wahlen 2015 ist die Beteiligung um ca. 2 % gesunken. Auch hier weist der Trend nach unten, aber offenbar weniger dramatisch als bei anderen statistischen „Kennziffern“. Bemerkenswert scheint auch, dass die Wahlbeteiligung sehr unterschiedlich war, in St. Goar am Rhein lag sie mit 29,33 % am höchsten, in der Saarbrücker Innenstadtpfarrei St. Johann mit 1,72 % am niedrigsten. (Notabene: imprimatur erscheint in Saarbrücken!)

\*\*\*

## **Was polnische Nationalkatholiken zu COVID-19 zu sagen haben**

Organisiert von der zum Medienimperium von Pater Rydzyk gehörenden Thorner Akademie für Soziale und Mediale Kultur fand unter dem Titel „Die Gesichter der Pandemie“ ein Symposium statt. Vertreten wurde die Ansicht, bei der Corona-Pandemie handele es sich um den größten von Medien und Pharmakonzernen ausgedachten Betrug. Genetische, Impfspritzen genannte Präparate würden den Tod von hunderten Personen bewirken, und den Kindern würden durch die Masken die Gehirne zerstört. Zudem würden Regierungen und Konzerne Informationen unabhängiger Experten, darunter auch solche des Symposiums, blockieren.

Fast zeitgleich zu diesem Symposium äußerte sich Papst Franziskus zu den auch in katholischen Medien verbreiteten *fake news* zu COVID – 19. Es gehe nicht darum, so der Papst, jenen die Schuld für die Desinformationen und Verschwörungstheorien zuzuschreiben, die sie aus Unwissen und Angst verbreiten, wohl um die Personen, Organisationen und Medien, welche die Fakten um eines ökonomischen oder politischen Vorteils willen manipulieren.

Quelle: Edward Augustin, *Katolocki fake news w twoim domu* (Katholische fake news in deinem Haus), *Tygodnik Powszechny* v. 6.02.2022, S. 10 (Th. M.).

\*\*\*

## **Christian Herwartz SJ verstorben**

Der Jesuitenpater, Arbeiterpriester und Gründer der sog. Straßenexerzitien ist am 20. Februar 2022 in Berlin im Alter von 78 Jahren verstorben. Er war vielen Menschen, auch jenseits kirchlicher Milieus, wegen seines ungewöhnlichen Lebenslaufs und seines außergewöhnlichen Engagements für Menschen am Rande der Gesellschaft bekannt.

Christian Herwartz wurde 1943 als ältester von sechs Söhnen des Ehepaars Anneliese, geb. Bratsch, und Oskar Herwartz geboren. Dieser war U-Boot-Kommandant und später Kapitän der Bundesmarine. Die Familie wechselte wegen des Berufs des Vaters öfter den Wohnort, was es mit sich brachte,

dass Christian Herwartz zunächst keinen höheren Bildungsabschluss erreichte. Er begann sein eigenes Berufsleben auf einer Werft in Kiel, wechselte zur Bundeswehr – später verweigerte er nachträglich den Kriegsdienst – und holte 1969 das Abitur nach. Er trat in das Noviziat der Gesellschaft Jesu ein, nach dem Theologiestudium in Frankfurt St. Georgen folgte eine Ausbildung in der Metallindustrie in Frankreich. Dort lernte er die Arbeiterpriester-Bewegung kennen. 1976 wurde er zum Priester geweiht, ab 1978 begann er als Dreher und Lagerarbeiter in Berlin und schloss sich dem Kreis der „Arbeitsgeschwister“ an. Er wohnte in einem Arbeiterwohnheim und einer Ausländerunterkunft, ab 1979 mit einem Mitbruder in einer eigenen Wohngemeinschaft, in der sie auch Menschen in unterschiedlichsten Notlagen aufnahmen, und scheute sich dabei nicht, Grenzen des Legalen zu überschreiten. „Seine Bereitschaft und Fähigkeit, Konflikte anzusprechen und zu provozieren ... machten ihn bekannt und in bürgerlichen Kreisen auch gelegentlich gefürchtet“, heißt es im Nachruf seines Ordens.

Im Jahr 2000 wurde Herwartz in den vorzeitigen Ruhestand entlassen. In der Wohngemeinschaft wollten Mitbewohner sich von ihm bei Exerzitien begleiten lassen. Aus diesen ersten Erfahrungen von Exerzitien auf der Straße als Ort der Betrachtung entwickelten sich die „Exerzitien auf der Straße“, die zu einer landes- und schließlich weltweiten überkonfessionellen Frömmigkeitsbewegung wurde. 2016 zog sich Herwartz wegen einer fortschreitenden Parkinson-Erkrankung aus der Wohngemeinschaft zurück, ab März 2020 wechselte er in ein ordenseigenes Seniorenheim. „Sein plötzlicher Tod erschüttert nun viele Menschen. Sein Vermächtnis wird neben den Publikationen, die bereits vorliegen, noch weiter zu entdecken und zu würdigen sein.“ - Der Verstorbene erhielt 2008 den Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland und 2013 den Ökumenepreis des Ökumenischen Rates Berlin-Brandenburg.

(www.jesuiten.org/news 20.02.2022, KNA 21.02.2022)

\*\*\*

Theo Mechtenberg

## **Polens nationalkonservative Regierung vor dem Niedergang?**

Seit zwei Jahren bestimmt in ihrer nunmehr zweiten Amtszeit die von der Kaczyński-Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) geführte Regierung die Geschicke Polens. Grund für eine kritische Bilanz sowie für die Frage, welche Chancen Regierungspartei und Opposition haben, die Parlamentswahl im Herbst 2023 für sich zu entscheiden.

### *Das Wählerpotential der Nationalkonservativen schrumpft*

Seit Anfang 2022 zeigt sich ein deutlicher Rückgang der Zustimmungswerte für PiS. Sie liegen gegenwärtig zwischen 30% und 28%, damit aber immer noch gegenüber dem Stimmenanteil der oppositionellen „Bürgerplattform“ (PO) und der dritten politischen Kraft, der von Szymon Hołownia gegründeten und geführten Partei „Polen 2050“, deutlich höher.

Für die Nationalkonservativen kommt dieses Ergebnis einem herben Vertrauensverlust gleich. Immerhin konnten sie Anfang 2020, nach der gewonnenen Parlamentswahl, noch 44% für sich verbuchen.

Fragt man nach den Gründen für den Verlust von gut 14 Prozentpunkten innerhalb eines kurzen Zeitraums, dann liegt der Schluss nahe, dass die zeitgleiche Corona-Pandemie sowie die Inflation dafür den Ausschlag gaben.

Nach Ausbruch der Corona-Pandemie rühmte sich die Regierung, sie gut unter Kontrolle zu haben. In der Tat lag die Zahl der Corona-Infizierten zunächst weit unter dem EU-Durchschnitt. Doch das Bild änderte sich bald. Inzwischen verzeichnet Polen über 100.000 an Corona verstorbene Menschen und nimmt damit innerhalb der EU im Verhältnis zur Bevölkerungszahl nach Bulgarien den zweiten Platz ein.

Wie andere Länder beschloss auch Polen einen lockdown. Doch weil nach Umfragen die Bevölkerungsmehrheit offenbar eine Wiederholung dieser strengen Maßnahme

mehr fürchtet als die Pandemie, besitzt ihre Bekämpfung bei der Regierung keine Priorität mehr. Auch scheut man sich, irgendwelche Restriktionen für nicht Geimpfte zu verfügen, weil die Impfgegner vor allem unter der Kernwählerschaft von PiS zu finden sind.

Auch wenn die Regierung nicht für die Pandemie verantwortlich ist, so zeigt sich doch die Bevölkerung, und dies aus unterschiedlichen Gründen, mit der Art und Weise, wie die Regierung auf sie reagiert oder besser nicht reagiert, unzufrieden. Und diese Unzufriedenheit findet im Rückgang der Zustimmungswerte ihren Niederschlag.

Auch die Inflation ist ein Grund für den Verlust an Zustimmung für PiS. Sie lag im Sommer 2021 erstmals bei 5%. Seitdem ist sie weiter gestiegen und liegt gegenwärtig bei 6,3%. Tendenz steigend. Anfangs wurde sie von der Regierung bagatellisiert. Ein Anstieg der Löhne und Gehälter würde sie ausgleichen. Premier Mateusz Morawiecki hielt sie ohnehin für eine bis Ende 2021 vorübergehende Erscheinung.

Die staatliche Propaganda pries zeitgleich zum Anstieg der Inflation die Regierung als Garant wirtschaftlichen Aufschwungs und allgemeinen Wohlstands. Doch sie vermochte nicht, über den rasanten Preisanstieg der Grundnahrungsmittel, Heizkosten und Benzinpreise hinwegzutäuschen. Meinungsumfragen ergaben, dass die Menschen zunehmend negativ auf die Frage antworteten, ob es ihnen besser gehe; zudem äußerten sie Angst vor der Zukunft. Dies vor allem, weil viele Polen Kredite aufnehmen und nun Schwierigkeiten haben, sie zurückzuzahlen.

Inzwischen bemüht sich die Regierung, durch Absenken der Mehrwertsteuer und Verteilung von Geldern an besonders Bedürftige den Anstieg der Inflation aufzuhalten. Nach Meinung von Experten, gewinnt sie damit lediglich ein wenig Zeit, löst aber nicht das Problem. Im Übrigen sei diese Strategie sehr kostspielig. Sie werde allein für das erste Halbjahr 2022 dem Staatshaushalt Mindereinnahmen in Höhe von 19,2 Milliarden Zł. bescheren, Finanzmittel, die für dringende Investitionen fehlen würden.

Doch Pandemie und Inflation sind nicht die einzigen Ursachen für den rasanten Rückgang der Zustimmungswerte für die Nationalkonservativen. Hinzu kommen eine in-

nere Schwäche der Regierung, politische Skandale und Konflikte auf internationaler Ebene.

## *Bruch der Koalition*

Die Nationalkonservativen gingen zwar aus den Herbstwahlen 2019 als Sieger hervor, besaßen aber nicht die absolute Mehrheit, so dass sie mit zwei kleineren rechten Parteien, dem von Zbigniew Ziobro geführten „Solidarischen Polen“ und der Partei „Verständigung“ unter dem Vorsitz von Jarosław Gowin die Regierung der Vereinigten Rechten bildeten. Diese Koalition zerbrach, nachdem Premier Morawiecki am 19. August 2021 seinen Vize Gowin entlassen hatte, was dieser aus den Medien erfuhr. Das Präsidium von „Verständigung“ beschloss daraufhin einen Tag später den Austritt aus der Regierung, womit diese ihre ohnehin knappe Mehrheit verlor.

Premier Morawiecki hat die Entlassung von Gowin damit begründet, dass dieser öffentlich und kritisch zum Regierungsprogramm „Polski ład“ (Gestaltung Polens) Stellung bezog. Damit störte er die massive Propaganda, mit der den Polen dieses Programm nach dem Motto „Alle gewinnen, nur wenige Reiche müssen zahlen“ schmackhaft gemacht wird. Nicht nur die Opposition, auch Gowin und seine Partei sehen in diesem Motto pure Augenschwermerei. Man werde dem Regierungsprogramm nur zustimmen, wenn es keine Änderung des Steuerrechts, der Finanzierung der Selbstverwaltungsorgane und der Mediengesetzgebung enthalte. Die vorgesehenen Bestimmungen, etwa eine Reichensteuer in Höhe von 50%, würden die Unternehmer hart treffen. Zudem müssten die Selbstverwaltungsorgane mit weniger Staatszuschüssen rechnen und könnten so ihren Verpflichtungen gegenüber den Bürgern nur bedingt nachkommen. Und die beabsichtigte Novellierung des Mediengesetzes bedrohe die freie Informationsvermittlung und Berichterstattung. „Polski ład“ sei im Grunde reiner Sozialismus.

Auch mit dem verbleibenden Koalitionspartner „Solidarisches Polen“ gibt es ständig Probleme. Ziobro, der als Justizminister und Generalstaatsanwalt innerhalb der Regierung eine starke Position besitzt, drängt auf einen noch radikaleren nationalen Kurs als ihn Premier Mateusz Morawiecki verfolgt, woraus denn auch ein deutliches Spannungsverhältnis zwischen den beiden

Ministern resultiert. So sieht „Solidarisches Polen“ in der Annahme des an die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit geknüpften europäischen Wiederaufbaufonds eine Verletzung nationaler Souveränität und hat ihm denn auch die parlamentarische Zustimmung verweigert, was praktisch den Verzicht auf enorme EU-Gelder bedeutet. Das Votum für den Wiederaufbaufonds konnte im Sejm nur mit zusätzlichen Stimmen der oppositionellen Linken beschlossen werden.

## *Eine skandalöse Sejmsitzung*

Die Konzession für den unabhängigen und systemkritischen Fernsehsender TVN 24 erlosch am 26. September 2021. Vergeblich hatte er sich um eine Verlängerung bemüht. Das allein zeigt, dass Kaczyński entschlossen war, nach dem Muster anderer Medien TVN 24 zu „polonisieren“, indem diesem unabhängigen Fernsehsender in seiner bisherigen Form und Besetzung die Konzession verweigert wird und von einer dem Regime eng verbundenen Firma übernommen werden soll.

Am 10. August 2021 wollte die Regierung die umstrittene „lex TVN“ im Sejm verabschieden. Gegen diese speziell auf die Liquidierung des beliebten und für die öffentliche Meinungsbildung überaus wichtigen Senders TVN 24 zielende Novellierung des Mediengesetzes protestierten Tausende vor dem Parlamentsgebäude und in größeren Städten. Doch zur Verabschiedung des Gesetzes kam es zunächst nicht. Unter Hinweis darauf, dass die Tagesordnung weitere Beschlüsse vorsieht, die einer besseren Vorbereitung bedürfen, beantragte die Opposition die Vertagung der Sitzung. Und sie gewann die Abstimmung, was von ihr mit stehenden Ovationen gefeiert wurde. Denn damit wurde erstmals deutlich, dass ein Sturz der Regierung möglich ist.

Doch die Freude währte nur kurz. Die Parlamentspräsidentin verkündete eine Pause von einer Viertelstunde, die sich auf fast zwei Stunden verlängerte. Zeit genug für Verhandlungen hinter den Kulissen. Danach verkündete sie, dass sich die drei Abgeordneten von Kukiz 15, einer kleinen Splittergruppe, geirrt und versehentlich für eine Vertagung gestimmt hätten. Sie annullierte kurzerhand die Abstimmung und ließ sie wiederholen. Nun stimmte eine knappe Mehrheit gegen eine Vertagung und anschließend für die „lex TVN“. Über das An-

gebot an Kukiz 15 für diesen Überzeugungswandel kann man nur spekulieren. Möglich, dass Paweł Kukiz und seine Leute, die nach allen Umfragen in den nächsten Wahlen keine Chance auf einen erneuten Einzug in den Sejm haben, die Zusage eines sicheren Platzes auf der Wahlliste von PiS erhielten. Wie weit Polen bereits von einer echten Demokratie abgewichen ist, dafür ist dieser skandalöse Vorfall ein Beweis.

Gegen diese Gesetzesnovellierung wurde nicht nur in Polen protestiert, auch amerikanische Regierungsstellen zeigten sich empört. Letztendlich erhielt sie keine Gesetzeskraft, weil Präsident Andrzej Duda, wohl aus Rücksicht auf das ohnehin gespannte polnisch-amerikanische Verhältnis, sein Veto einlegte.

## *Ein polnisches Watergate*

Der äußere Beobachter gewinnt den Eindruck, dass es Kaczyński und seinen Leuten bei allem, was sie unternehmen, letztendlich nur um ihren Machterhalt geht, und dass ihnen dazu jedes Mittel recht ist. Den jüngsten Beweis liefert die Pegasus-Affäre. Vor den Sejmwahlen im Herbst 2019 erwarb der polnische Geheimdienst auf Initiative von Justizminister und Generalstaatsanwalt Ziobro von einer israelischen Firma die Spionage-Software Pegasus, und dies, ohne dass die Öffentlichkeit davon etwas erfuhr. Die Kosten in Höhe von 25 Millionen Zł. zahlte er durch Zweckentfremdung aus einem für die Opfer von Gewaltverbrechen bestimmten Fonds, aus dem auch Opfer sexuellen Missbrauchs entschädigt werden.

Zur Affäre wurde der Ankauf, weil Pegasus dazu verwandt wurde, die eigenen Bürger auszuspionieren. Besonders gravierend ist die Überwachung des damaligen Wahlkampfleiters der „Bürgerplattform“ und jetzigen Senators Krzysztof Brejza. Durch seine Abhörung gewann PiS Einblick in deren Wahlkampfstrategie. Polnische Juristen sind der Auffassung, dass dadurch die Wahlen im Grunde nicht frei und geheim und somit ungültig waren.

Überwacht wurden neben einer ganzen Anzahl oppositioneller Personen gleichfalls der prominente Anwalt Roman Giertych. Mehrfach hatte dieser auf Veranlassung von Ziobro Repressalien zu erleiden, darunter eine Hausdurchsuchung und eine zeitweise Verhaftung, ohne dass ihm eine Schuld nachgewiesen werden konnte. Auf-

grund dieser Erfahrungen war Giertych überzeugt, abgehört zu werden. Er beauftragte eine für die Aufklärung solcher Fälle spezialisierte Firma. Und die fand heraus, dass sich der Geheimdienst der Software Pegasus bediente. Mit dieser Entdeckung wurde die Affäre öffentlich bekannt.

In einer westlichen Demokratie würde sie ausreichen, um die Regierung zum Rücktritt zu nötigen. Nicht so in Polen. Zunächst leugneten PiS und Regierung im Besitz von Pegasus zu sein. Doch schließlich musste Kaczyński unter der Beweislast den Besitz zugeben, bestritt aber, dass die Software gegen Bürger im eigenen Land verwandt wurde. Bei der Behauptung handele es sich um ein böswilliges Manöver der Opposition, die sich unlauterer Mittel einer Verbreitung von Falschnachrichten bediene.

Aufklärung ist somit angesagt. Der Senat, in dem die Opposition über eine knappe Mehrheit verfügt, beschloss gegen die Stimmen von PiS einen Untersuchungsausschuss zur Pegasus-Affäre. Auch wenn das zu erwartende Ergebnis rechtlich folgenlos bleibt, so ist doch schon die bloße Aufklärung politisch brisant. Im Einzelnen soll ermittelt werden, wer gegen polnische Bürger Pegasus benutzt hat, und dies wann und wie oft; des Weiteren ob diese Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte legal waren. Zudem soll der Einfluss der Abhörungen auf die Sejmwahlen 2019 ermittelt werden. Schließlich will sich der Untersuchungsausschuss um eine rechtliche Grundlage für die Nutzung von Pegasus bemühen. PiS verweigert nicht nur die Mitarbeit im Untersuchungsausschuss, die Kaczyński-Partei übt auch Druck auf vorgeladene Zeugen aus, nicht auszusagen.

Wichtiger als der Untersuchungsausschuss im Senat wäre einer im Sejm. Denn seine Ergebnisse hätten juristische Folgen. Bemühungen in diese Richtung gibt es, und dies ausgerechnet von Paweł Kukiz, dem Vorsitzenden einer Minipartei, die bisher PiS bei Abstimmungen im Sejm unterstützt und für die erforderliche PiS-Mehrheit gesorgt hat. Er hat angekündigt, nicht weiter mit und für PiS zu votieren, sollte die Kaczyński-Partei versuchen, einen Untersuchungsausschuss zu verhindern. Inzwischen hat sich Kukiz mit der Opposition verständigt. Auf Antrag im Sejm soll ein Untersuchungsausschuss unter seinem Vorsitz mit jeweils fünf Abgeordneten von

PiS und der Opposition alle mit Pegasus im Zusammenhang stehenden Fragen klären. Sollte er zustande kommen, dann dürfte es die Taktik von PiS sein, die Untersuchung hinauszuzögern und ein Ergebnis zu verhindern.

## *Konflikte mit der EU-Kommission*

In dem am 19. Juli 2021 von der EU-Kommission vorgelegten Bericht zum Zustand der Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten wird Polen die politische Verfolgung von Richtern, Staatsanwälten, unabhängigen Medien und Homosexuellen vorgeworfen sowie die Instrumentalisierung des Justizwesens und des Sicherheitsdienstes für politische Zwecke.

Bereits zweimal wurde Polen wegen Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit vom Europäischen Gerichtshof verurteilt. Im Frühjahr 2019 betraf dies die Säuberung des Obersten Gerichts durch Zwangsemeritierung von Richtern und im Herbst des gleichen Jahres die Herabsetzung ihres Pensionsalters, womit sich die PiS-Regierung die Möglichkeit verschaffte, missliebige Richter in den Ruhestand zu schicken und durch ihr treu ergebene Richter zu ersetzen. Und am 15. Juli 2021 stellte der Europäische Gerichtshof in seinem Urteil fest, dass die polnische Disziplinarkammer mit dem EU-Recht unvereinbar ist. Beanstandet hatte er dies bereits 2019.

Nach Auffassung des Europäischen Gerichtshofs ist die Disziplinarkammer weder unabhängig noch neutral, weil sie mit Personen besetzt ist, die durch den als politisches Organ geltenden Landesjustizrat berufen wurden und sie daher bezüglich der Unabhängigkeit „begründete Zweifel erweckt“.

Noch am gleichen Tag, an dem der Europäische Gerichtshof sein Urteil verkündete, konterte das polnische Verfassungsgericht und verschärfte den Konflikt. Es stellte fest, dass Polen Urteile des Europäischen Gerichtshofs für den Bereich des Justizwesens nicht respektieren muss.

Wenige Tage später entschied der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte über Einzelanträge und stellte fest, dass polnische Gerichte die Rechte der Kläger verletzt haben, indem auf die Prozesse politischer Einfluss genommen wurde, womit gerechte Gerichtsverfahren nicht mehr garantiert waren.

Die EU-Kommission setzte der polnischen Regierung für die Umsetzung der Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs eine Frist bis zum 16. August. Konkret bedeutete dies die unverzügliche Einstellung jeglicher Tätigkeit der Disziplinarkammer. Weil der Konflikt weder zur Zufriedenheit der EU-Kommission noch des Europäischen Gerichtshofes gelöst werden konnte, wurden vorerst die Gelder des Wiederaufbau-fonds gesperrt und Polen zu einer täglichen Strafzahlung in Höhe von einer Million € verpflichtet, wobei allerdings die Regierung die Zahlung verweigert.

## *Bildung eines Bündnisses rechtsnationaler Parteien*

Angesichts der Zuspitzung von Konflikten mit den EU-Instanzen sieht die Opposition die Gefahr eines Poxit. Ein Austritt aus der Europäischen Union nach dem Beispiel Großbritanniens dürfte zwar nicht die Absicht von Kaczyński sein, zumindest nicht solange die EU-Fördergelder reichlich nach Polen fließen, aber dass der Chef von PiS ein anderes Europa als das der Europäischen Union im Blick hat, ist unbestritten. So vollzog sich unlängst auf Initiative von Kaczyński der Zusammenschluss rechtsnationaler Parteien Polens, Ungarns, Frankreichs, Italiens und Spaniens mit dem erklärten Ziel einer tiefgreifenden Veränderung der Europäischen Union. In Sonderheit geht es den Rechtsnationalen um die Entmachtung der EU-Kommission und eine weitgehende Rücknahme europäischer Integration, so dass am Ende von der Europäischen Union kaum mehr übrig bliebe als eine bloße Wirtschaftsgemeinschaft.

## *Erneute Belastung der polnisch-jüdischen Beziehungen*

Im polnisch-jüdischen Verhältnis kommt es immer wieder zu Irritationen und diplomatischen Konflikten. Vor nicht langer Zeit war es die Verabschiedung eines Gesetzes, das in der jüdischen Kommunität Empörung auslöste. Es bedroht jeden mit Strafe, der behauptet, Polen hätten am Holocaust mitgewirkt. Auch wenn außer Frage steht, dass für den Holocaust allein Deutsche verantwortlich sind, so hat es doch zahlreiche Polen gegeben, die Juden an die Gestapo verraten oder während des Zweiten Weltkriegs und noch danach umgebracht haben, so dass die Empörung über das Gesetz verständlich ist.

Nun ist es eine am 24. Juni 2021 verabschiedete Gesetzesnovellierung, auf die sowohl jüdische Weltorganisationen als auch Israel mit Protest reagierten. Danach können nach Ablauf von 30 Jahren administrative Entscheidungen nicht mehr rückgängig gemacht werden. Diese Terminierung macht es unmöglich, Entschädigungen für den nach dem Zweiten Weltkrieg vom polnischen Staat konfiszierten jüdischen Besitz vor polnischen Gerichten einzuklagen.

Bei dem Streit geht es um erhebliche Summen. Jüdische Organisationen beziffern sie auf 230-300 Milliarden Złoty. Nach Schätzungen der Weltorganisation für die Rückerstattung jüdischen Besitzes belaufen sie sich auf 300 Milliarden Dollar, also auf über eine Billion Złoty.

Die Reaktion Israels auf die Novellierung ließ nicht lange auf sich warten. Noch am Tag des Sejmbeschlusses reagierte die israelische Botschaft mit einer Stellungnahme, in der es heißt: „Dieses unannehmbare und amoralische Gesetz ist ein ernsthafter Schlag in den Beziehungen unserer Staaten.“ Und der israelische Außenminister schrieb auf Twitter: „Die israelische Regierung beabsichtigt nicht, zu diesem Gesetz zu schweigen, denn es handelt sich um eine klare und schmerzhaft Missachtung von Rechten der Holocaustopfer und ihrer Nachkommen.“

Besonders emotional äußerte sich Israels Warschauer Botschafterin: „Hört auf die Stimme der jüdischen Welt, hört auf die Stimme des jüdischen Staates, hört auf den Schmerz, den dieses Gesetz hervorruft, hört auf die Stimme der Überlebenden, die uns sagen, stoppt dieses Gesetz und bedenkt es von neuem. Noch ist es nicht zu spät.“

Doch die polnische Seite zeigte sich von den israelischen Protesten unbeeindruckt. Ministerpräsident Mateusz Morawiecki kommentierte die Stellungnahme des israelischen Außenministers mit den Worten: „Solange ich Premier sein werde, wird Polen ganz sicher nicht für deutsche Verbrechen zahlen. Keinen Złoty, keinen Euro und auch keinen Dollar.“

Eine unmittelbare Folge dieses Streits ist ein erneutes Aufflammen des Antisemitismus. So schüttete die rechtsradikale und antisemitische „Allpolnische Jugend“ vor die israelische Botschaft einen Haufen Steine, versehen mit einer Tafel mit den Worten: „Das hier ist euer Besitz“. Und um

ihrer Aktion Nachdruck zu verleihen, gab sie eine Erklärung heraus, in der es heißt: „Es empört uns die Dreistigkeit jüdischer Kreise. Es empört uns, dass Polen der Mitwirkung am Holocaust beschuldigt werden. Es empört uns die Forderung nach einem Besitz, der ihnen gar nicht gehört. Es empört uns das Bewusstsein der Straffreiheit für die an Palästinensern verübten Verbrechen und für die räuberische Politik Israels, vor der die Welt die Augen verschließt.“ Zudem initiierte die „Allpolnische Jugend“ eine an Ministerpräsident Morawiecki gerichtete Petition. Ihr Titel: „Sag NEIN zur rechtlosen jüdischen Entschädigungsforderung.“

## *Gestörtes Verhältnis zur neuen amerikanischen Administration*

Die Bedrohung durch Russland ist eine bis in die Zeit der Teilungen zurückreichende polnische Erfahrung. Zur nationalen Existenzsicherung haben daher gute Beziehungen zu den USA Vorrang. Denn – so die parteiübergreifende Überzeugung – nur das militärische und diplomatische Gewicht der Vereinigten Staaten kann Polen einen wirksamen Schutz vor russischer Aggression garantieren.

Dass die PiS-Regierung aufgrund polnischer Sicherheitsinteressen um ein gutes Verhältnis zu Donald Trump bemüht war, ist daher verständlich. Während zweier USA-Reisen erhielt denn auch Präsident Andrzej Duda Zusagen militärischen Schutzes durch Stationierung amerikanischer Truppen auf polnischem Boden, die allerdings während Trumps Amtszeit nicht realisiert wurden.

Doch die guten Beziehungen zu Donald Trump beschränkten sich nicht allein darauf. Anders als die westlichen EU-Staaten zeigten die polnischen Nationaldemokraten für Donald Trump deutliche Sympathien. Dabei störte es sie nicht, dass der amerikanische Präsident eine Politik der Schwächung der Europäischen Union verfolgte. Ganz im Gegenteil. Die kam ihren eigenen Interessen entgegen. So verwundert es nicht, dass – von Teilen der Kirche unterstützt – PiS und die von ihr geführte Regierung ihre Hoffnung auf eine Wiederwahl von Donald Trump setzten. So hat denn auch Präsident Duda, was höchst ungewöhnlich ist, bei seinem Aufenthalt in den Vereinigten Staaten die dortige Polonia dazu aufgerufen, für die Wiederwahl von

Trump zu stimmen. Und offenbar fiel es Präsident Duda schwer, Joe Biden zu seiner gewonnenen Wahl zu gratulieren, denn sein eher kühler Glückwunsch kam reichlich spät.

Auch die politische Richtung, die Joe Biden als neuer amerikanischer Präsident bei seinem Europabesuch zum Ausdruck brachte, missfällt den polnischen Nationaldemokraten: sein Bekenntnis zur Integration Europas, die herausgehobene Rolle, in der er Berlin als Garant europäischer Integration sieht, die Rücknahme der Sanktionen gegen die Fertigstellung von Nord Stream 2.

Polens geschwächte Position innerhalb der Europäischen Union und auf internationaler Ebene ist, wie obige Konflikte zeigen, die Folge der innenpolitischen Agenda. Die von Jarosław Kaczyński verfolgte Politik des so genannten „guten Wandels“, vor allem die unter Verletzung rechtstaatlicher Prinzipien durchgesetzte Justizreform, der Versuch, die noch unabhängigen Medien unter Kontrolle zu bringen, sowie eine Geschichtspolitik, die Polen nur als Helden und Märtyrer erscheinen lässt, dies alles erweist sich für die außenpolitischen Beziehungen als äußerst konfliktträchtig.

## *Spekulationen über den Ausgang der Sejmwahlen im Herbst 2023*

Bereits jetzt wird darüber spekuliert, welche Chancen die Opposition hat, die nationalkonservative Regierung abzulösen. Donald Tusk bemüht sich derzeit um ein breites Bündnis der Parteien, die eine Wiederwahl von PiS verhindern wollen. Doch die gegenwärtig drittstärkste Kraft, die von Szymon Hołownia geführte Gruppierung „Polen 2050“, sperrt sich. Das Wählerpotential dieser Partei besteht vor allem aus Bürgerinnen und Bürger, die sowohl der Kaczyński-Partei „Recht und Gerechtigkeit“ als auch der „Bürgerplattform“ ablehnend gegenüber stehen. In einem engen Anschluss an die „Bürgerplattform“ sieht Hołowia somit einen Verrat an seiner potentiellen Wählerschaft. Er plädiert daher für die Bildung zweier oppositioneller Blöcke, wobei er eine Verbindung seiner Partei mit der Bauernpartei sowie mit den Linken anstrebt.

Allerdings wird auch PiS wohl ein Parteienbündnis eingehen, und zwar, wie bisher, mit „Solidarisches Polen“ sowie möglicher-



weise mit der äußerst rechts eingestellten „Konföderation“. Entscheidend dürfte zudem sein, wer von diesen Bündnissen am Ende als Sieger aus den Wahlen hervorgeht, denn diese politische Formation kann mit zusätzlichen Stimmen der Parteien rechnen, welche die 5%-Hürde nicht geschafft haben. Es wird ein offenes Rennen mit knappem Wahlausgang werden.

\*\*\*

Theo Mechtenberg

## Polen und der Klimawandel

Vor 70 Jahren arbeitete ich, wie so manch anderer meiner Generation, als Werkstudent auf einer Bochumer Zeche unter Tage. Wenig später stellten die ersten kleineren Schächte die Kohleproduktion ein, und dies nicht der Umwelt zuliebe, sondern aus Rentabilitätsgründen. Bald darauf nahm im Ruhrgebiet ein umfassender Transformationsprozess seinen Anfang. Die Fördertürme, einst das Wahrzeichen an der Ruhr, verschwanden einer nach dem anderen, und es entstand im Laufe von Jahrzehnten eine gänzlich neue, umweltfreundliche Kulturlandschaft.

In Polen gab es diese Entwicklung nicht. Als in der Bundesrepublik das letzte Steinkohlebergwerk geschlossen wurde, beschloss die polnische Regierung eine weitere milliarden schwere Unterstützung der Kohleförderung. Egal welche politische Formation in Polen das Sagen hatte, eine ökologische Modernisierung ihres Landes stand nicht auf ihrem Programm. Von einzelnen Bürgerinitiativen einmal abgesehen, gibt es in Polen bis heute keine Bewegung, die in der Lage wäre, Druck auf den Vorrang einer Politik des Klimaschutzes auszuüben; geschweige denn eine den deutschen Grünen vergleichbare Partei. Lediglich die neu gegründete Partei „Polen 2050“, die nur mit wenigen Abgeordneten im Sejm vertreten ist, sowie die politisch einflusslose Linke nehmen deutlich in ihren Parteiprogrammen auf den drohenden Klimawandel Bezug.

## *Mangelndes ökologisches Bewusstsein*

Umfragen belegen, dass 80 % der Polen als Folge des Klimawandels ernste Schäden in ihrem Land befürchten. Und was die Luftverschmutzung betrifft, so sind lediglich 5% der Bevölkerung der Auffassung, das Problem werde durch die Medien aufgebauscht. Es scheint somit, dass es in Polen ein weit verbreitetes Bewusstsein ökologischer Bedrohung gibt.

Doch das Bild ändert sich, wenn nach der persönlichen Bereitschaft gefragt wird, einen eigenen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. 75% wollen unter keinen Umständen auf den Fleischgenuss verzichten, obwohl die Massentierhaltung eine der Hauptursachen für die schädlichen Treibhausgase ist. Mehr als monatlich 100 zł (weniger als 25€) ist die Mehrheit der Polen nicht bereit, für klimafreundliche Dienstleistungen und Waren zu zahlen. Die Welt soll zwar gerettet werden, doch nicht auf Kosten des eigenen Geldbeutels.

Der Befund zeigt entgegen dem Anschein, dass es in Polen an einem ökologischen Bewusstsein als unabdingbare Voraussetzung für ein politisches Handeln zur Erreichung des von der EU-Kommission vorgegebenen Klimaziels „fit for 55“ mangelt – eine Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes von 55% bis 2030. Auch wenn aufgrund der Ausgangslage dieses Ziel in Polen nicht erreichbar ist, so sollte man doch wenigstens Anstrengungen in Richtung auf dieses Ziel unternehmen und nicht die Gefahren des Klimawandels kleinreden oder gar in einer effektiven Klimapolitik eine nationale Bedrohung sehen.

## *Wie reagieren die politischen Kräfte auf die ökologischen Gefahren?*

Die Politik der regierenden Nationalkonservativen ist zwiespältig. Einerseits hat sich Polens Regierung zu dem Klimaziel der Europäischen Kommission bekannt, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß bis 2030 um 55% zu reduzieren, und dies, obwohl man sich bewusst war, dass diese Vorgabe für Polen unerreichbar ist. Der Grund für die Zustimmung dürfte gewesen sein, sich die an den Klimaschutz gebundenen finanziellen Hilfen der EU zu sichern.

Andererseits läuft in Polen eine von „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) gelenkte Kampag-

ne gegen die Klimapolitik der EU. Parteichef Kaczyński hält sie für „Wahnsinn“. Er ist im Übrigen der Meinung, es sei letztlich nicht erwiesen, dass der Mensch für den gegenwärtigen Klimawandel verantwortlich ist. Die Umsetzung des von der EU-Kommission vorgegebenen Ziels hätte ein Abwürgen der Wirtschaft zur Folge und würde die Energie für die Bürgerinnen und Bürger unbezahlbar machen. So beschwört Kaczyński, der Mann, der letztlich die Richtlinien der Politik bestimmt, den „wirtschaftlichen Niedergang“ seines Landes und eine „Rückkehr in die Erdhöhlen“, würde man die Vorgaben der EU-Kommission in Polen umsetzen. Während angesichts des Klimawandels eine Solidarität in der Europäischen Union gefordert ist, sehen sich Polens Nationalkonservative nun auch bezüglich der Klimapolitik in einem Konflikt mit der EU-Kommission, der man vorwirft, unrechtmäßig in die Souveränität Polens einzugreifen, und die man zudem noch für die Erhöhung der Gas- und Benzinpreise verantwortlich macht. So finden sich überall im Land großflächige Plakate, auf denen zu lesen ist, dass 60% der Energiekosten durch Auflagen der EU-Kommission verschuldet sind.

Wahr ist, dass die wegen der polnischen Kohleverstromung hohen Verschmutzungszertifikate die Preise in die Höhe treiben, wenngleich weit unter 60%, wobei diese Gelder nicht nach Brüssel fließen, sondern dem polnischen Staatshaushalt zugutekommen.

Dennoch ist diese Propagandaaktion keine bloße Angstmache. Solide Berechnungen ergeben, dass die Gesamtplanung der EU für die Transformation der Energiegewinnung Kosten in Höhe von 1,6 Billionen Zł. verursachen würde, das Vierfache des gegenwärtigen Staatshaushalts. Die Folge wären in der Tat ein wirtschaftlicher Niedergang, Stromausfall, Preiserhöhungen, Verarmung, hohe Arbeitslosigkeit. Für die regierende PiS wäre eine solche Klimapolitik politischer Selbstmord. Sie würde die Wahlen verlieren und damit ihre Macht einbüßen. Diese Befürchtung ist denn auch der Grund, warum von den Nationalkonservativen eine konsequente „grüne“ Politik nicht zu erwarten ist.

Doch was ist mit den übrigen Parteien? Sie sehen sich den gleichen Problemen gegenüber. Daher ist auch keine der Oppositionsparteien bereit, die ökologischen Vorga-

ben der EU-Kommission umzusetzen. Sie würden im Wahlkampf für den absehbaren wirtschaftlichen und sozialen Niedergang verantwortlich gemacht und ihr Ziel verfehlen, die Nationalkonservativen von der Regierungsbank zu verdrängen. Um überhaupt klimapolitische Fortschritte zu erzielen, müsste der ökologische Umbau des wirtschaftlichen und politischen Systems, wie von Donald Tusk, dem Chef der oppositionellen „Bürgerplattform“ vorgeschlagen, als eine parteiübergreifende, nationale Aufgabe angesehen werden, die den Wahlkampf nicht bestimmen dürfte. Ob freilich angesichts der Verhärtung der politischen Fronten eine solche Einigung möglich ist, ist höchst unwahrscheinlich.

Auch von den Oppositionsparteien ist somit keine radikale Klimapolitik zu erwarten. Die von Donald Tusk angeführte „Bürgerplattform“ reagiert ökologisch entsprechend vorsichtig und verfolgt ähnlich wie „Polen 2050“ einen langfristig angelegten Plan energiepolitischer Transformation.

## *Die Haltung der Kirche*

Wie verhält sich Polens katholische Kirche angesichts dieser Situation? Sie könnte, wenn sie wollte, zum ökologischen Bewusstsein ihren Beitrag leisten. Doch davon kann keine Rede sein. Dabei gab für ein solches Engagement kein Geringerer als Papst Franziskus mit seiner 2015 veröffentlichten Umweltenzyklika *Laudato si* eine umfassende Grundlage. Zwar haben einige Hierarchen, so der Kattowitzer Erzbischof Wiktor Skworc aus Anlass des UN-Klimagipfels in seiner Stadt, auf das päpstliche Rundschreiben Bezug genommen, doch in der alltäglichen Seelsorge, in den Predigten, in der Katechese sowie in kirchlichen Aktionen spielt *Laudato si* kaum eine Rolle. Dabei gehört diese Enzyklika ins Zentrum kirchlicher Verkündigung.

Wie die polnischen Nationalkatholiken mit *Laudato si* verfahren, dafür liefert die kurz nach Erscheinen der Enzyklika stattgefundene Konferenz „Nachhaltige Entwicklung und Klimawandel im Lichte der Enzyklika *Laudato si*“ den Beweis. Zustande gekommen ist sie auf Anregung von Pater Tadeusz Rydzyk, dem Direktor von „Radio Maryja“, und des ehemaligen Umweltministers Prof. Jan Szyszko, die auch die Konferenz leiteten. Um ihre politische Bedeutung zu betonen, wählten sie als Tagungsort den Sejm.

Wer von dieser Konferenz erwartet hat, dass sie sich im Lichte von Laudato si mit der Umweltproblematik im eigenen Land auseinandersetzen würde, der sah sich getäuscht. Die unverkennbare Absicht dieser Konferenz war es vielmehr, so zu tun, als würde die ökologische Situation in Polen ganz dem päpstlichen Rundschreiben entsprechen, wobei Pater Rydzyk sein Lieblingsprojekt, die Erschließung heißer Quellen für eine CO<sub>2</sub>-freie Energiegewinnung, als d i e ökologische Lösung in Vorschlag brachte – gleichsam als ein Magier, der ein Kaninchen aus dem Hut zaubert.

Dabei bietet die Enzyklika genügend Anhaltspunkte, um den Blick auf die eigenen ökologischen Gefahren zu lenken. Als erstes der Probleme spricht Papst Franziskus die Luftverschmutzung an, die „Millionen von vorzeitigen Todesfällen“ zur Folge hat. (20) Kritisch äußert er sich zu dem „Entwicklungsmodell, das auf dem intensiven Gebrauch fossiler Brennstoffe basiert“, und das er als Hauptursache der globalen Erderwärmung ausmacht (23). Die von Pater Rydzyk initiierte Konferenz erweist sich somit als Bestätigung der „Haltungen, welche - selbst unter den Gläubigen – die Lösungswege blockieren“ (14).

Papst Franziskus warnt auch vor denen, die sich darauf „konzentrieren, die Probleme zu verschleiern oder ihre Symptome zu verbergen“ (26).

Einer, auf den dieses Zitat zutrifft, ist der Krakauer Erzbischof Marek Jędraszewski. Er gilt in Polen als das prominenteste Sprachrohr der Nationalkatholiken. Ohne sich direkt auf Laudato si zu beziehen, nimmt er in einem Fernsehinterview zum so genannten „Ökologismus“ Stellung. Schon mit der Wahl dieses Begriffs verleiht er der ökologischen Bewegung eine negative Note, stellt sie unter Ideologieverdacht. Er vertritt Meinungen, die deutlich von der von Papst Franziskus vertretenen Position abweichen, ja im Gegensatz zu ihr stehen. Während sich Papst Franziskus in seiner Enzyklika sehr ausgiebig auf das Zeugnis beider biblischen Testamente beruft, behauptet Jędraszewski, der „Ökologismus“ widerspreche allem, was in der Bibel geschrieben steht, angefangen von der Genesis, wo es heiße, der Mensch solle sich die Erde untertan machen.

Insbesondere nimmt Jędraszewski die schwedische Ökoaktivistin Greta Thunberg ins Visier. Ihr Einfluss auf die politischen

Kräfte laufe darauf hinaus, dass man uns sagt, „wie wir zu denken und uns zu verhalten haben.“ Der von ihr vertretene „Ökologismus“ sei eine gefährliche linke Bewegung, eine Ideologie, die man auf Biegen oder Brechen durchsetzen wolle, ohne auf die Kosten zu achten, die die Menschen zu tragen haben. Und der Krakauer Metropolit scheut sich nicht, im Geiste einer Verschwörungstheorie finanzstarke Kräfte und gewaltige Konzerne für diesen „Ökologismus“ verantwortlich zu machen, der die Welt auf den Kopf stelle und ihren Schöpfer leugne. Wie sich angesichts einer solchen Grundeinstellung in Polen ein von der Kirche gefördertes ökologisches Bewusstsein bilden kann, bleibt ein Rätsel.

## *Enorme Luftverschmutzung*

Man könnte der Auffassung sein, das geringe ökologische Bewusstsein in Polen habe seinen Grund darin, dass das Land bis jetzt vor Umweltschäden größeren Ausmaßes verschont geblieben ist. Zwar ist unser Nachbarland von einer Flutkatastrophe verschont geblieben, wie sie die Menschen im Ahrtal und in Teilen Nordrhein-Westfalens 2021 erlebt haben; dennoch ist die ökologische Gefahr in Polen allgegenwärtig, und zwar aufgrund der enormen Luftverschmutzung durch die CO<sub>2</sub>-Emissionen. Von den 50 am meisten luftverschmutzten europäischen Städten liegen immerhin 33 in Polen! Der jährliche CO<sub>2</sub>-Ausstoß beträgt 40 Millionen Tonnen, und der dadurch bewirkte Smog ist die Ursache von tausenden Todesfällen.

## *Der Kattowitzer Klimagipfel*

Ausgerechnet in Kattowitz, der Metropole des oberschlesischen Kohlebeckens, fand 2018 der UN-Klimagipfel statt. Und das zum Zeitpunkt des Festes der hl. Barbara, der Patronin der Bergleute. Der 4. Dezember hat in Polen einen hohen kirchlichen wie politischen Stellenwert. In den Predigten sowie in den Verlautbarungen der Politiker wird nicht nur ihrer schweren und gefährlichen Arbeit gedacht, sondern ihr Berufsstand wird als ein unlösliches Element nationaler Tradition gewürdigt, auf die man nicht verzichten kann. Konkret bedeutet dies, dass die Bergleute jeweils zu ihrem Festtag eine politische Garantie für die Zukunft erhalten. So auch am 4. Dezember 2018, als Präsident Andrzej Duda ein solches Versprechen gab, indem er die

intensive Kohleförderung seines Landes verteidigte.

Die EU-Kommission hatte kurz vor dem EU-Klimagipfel als Ziel eine bis zum Jahr 2050 CO<sub>2</sub>-freie Wirtschaft vorgegeben. Und das zu einem Zeitpunkt, als Polen immer noch über 80% seiner Energie aus Kohleverstromung gewann. Entsprechend erklärte denn auch Polens Energieminister in Kattowitz, dass sein Land dieses Ziel unmöglich erreichen könne.

Der vom polnischen Verhandlungsführer moderierte Klimagipfel in Kattowitz, dessen Hauptthema die Dekarbonisierung der Wirtschaft war, verlief für Polen nicht ohne Peinlichkeit. Gleich am ersten Abend erhielt Polen von der Organisation Climate Action Network Europe den Titel „Dinosaurier des Jahres“ und wurde damit als das Land „ausgezeichnet“, das die schlechteste Ökobilanz aufzuweisen hat. Der Klimagipfel endete mit einem Tag Verlängerung, weil sich die Mitgliedstaaten schwer taten, sich auf ein Abschlussdokument zu einigen. Es ist durch Kompromissformulierungen und Absichtserklärungen anstelle von Verpflichtungen geprägt und gilt in der Fachwelt nicht als Erfolg, sondern als ein Trauerspiel.

## *Der Konflikt um Turów*

Polen betreibt in Turów, nahe der Grenze zu Tschechien, einen Braunkohleabbau. Auf Förderbändern werden täglich 32 000 Tonnen Braunkohle in das Kraftwerk Turów geliefert. Nach jetziger Planung soll 2040 die Förderung eingestellt werden. Dieser Eingriff in die Natur ist mit beträchtlichen Umweltschäden verbunden, die vor allem die tschechische Seite zu spüren bekommt. Der Grundwasserspiegel sinkt dort, und das gefährdet die Trinkwasserversorgung einer ganzen Region. Die tschechische Regierung verlangt daher von Polen die sofortige Stilllegung der Förderung. Als die bilateralen Verhandlungen zu keinem Ergebnis führten, erhob die tschechische Regierung beim Europäischen Gerichtshof Klage gegen Polen. Das Urteil gab der Klägerin Recht und verpflichtet Polen zur sofortigen Stilllegung des Tagebaus. Kommt Polen dieser Forderung nicht nach, wird eine tägliche Strafzahlung in Höhe von 500 000 € fällig.

Die polnische Regierung ist allerdings nicht bereit, dem Urteil Folge zu leisten. Premier Morawiecki begründet diese Weigerung

damit, dass dann die Energieversorgung Polens nicht mehr gesichert sei; denn diese sei zu 7% von Turów abhängig. Zudem würden Polen bei einer sofortigen Stilllegung der Anlage Kosten in Höhe von 3 Milliarden € entstehen, und im Umkreis von Turów würden tausende Einwohner ihre Existenzgrundlage verlieren. Polen sehe sich daher außerstande, das Urteil des Europäischen Gerichtshofes zu akzeptieren. Wie stark dieser Konflikt die Gemüter der Polen erhitzt, zeigt der von der regierungsnahen Gewerkschaft „Solidarność“ vor dem Luxemburger Europäischen Gerichtshof organisierte Protest. In aggressiven Sprechchören kündigten die Gewerkschaftler an, „die EU in Brand zu setzen“. Diese Androhung war erklärungsbedürftig. Man würde, so hieß es später aus Gewerkschaftskreisen, die Europäische Union in den eigenen Herzen verbrennen, sich also radikal von ihr abwenden, falls die EU gegen Polen weiterhin eine Politik energetischer Erpressung verfolge.

Der Konflikt um Turów konnte letztendlich beigelegt werden. Am 3. Februar 2022 unterzeichneten die Regierungschefs Polens und Tschechiens eine Vereinbarung, in der sich die tschechische Seite verpflichtet, ihre Anklage vor dem Europäischen Gerichtshof zurückzuziehen, und Polen dafür Prag 45 Millionen € überweist. Die polnische Regierung hofft zudem, dass ihr damit die vom Europäischen Gerichtshof verhängte Strafzahlung erlassen wird. Die durch Tarnów bewirkten Umweltschäden sind mit dieser Vereinbarung allerdings nicht behoben. Polen kann sich einem energiepolitischen Systemumbau letztlich nicht entziehen. Doch es wird ein Wandel im Schnecken-tempo sein, wobei man sich vor allem für die Atomkraft entschieden hat. Sechs Atomkraftwerke sind bis 2040 geplant. Das erste soll 2033 ans Netz gehen. Zivilgesellschaftliche Proteste sind wohl nicht zu erwarten, findet doch die Regierung mit ihrer Planung – anders als in Deutschland – in der Bevölkerung eine breite Unterstützung. So befürworteten nach jüngsten Umfragen 74% der Polen den Bau von Atomkraftwerken, und 58% haben keine Einwände, sollte eines von ihnen in ihrer näheren Umgebung errichtet werden.

\*\*\*

Theo Mechtenberg

## Im Gedenken an Bischof Desmond Tutu

Geboren wurde der spätere Friedensnobelpreisträger am 7. Oktober 1931 als Sohn eines Lehrers in der nahe bei Johannesburg gelegenen Kleinstadt Klerksdorp. Die Taufe empfing er in der methodistischen Gemeinde. 1943 zog die Familie nach Johannesburg. Im gleichen Jahr trat sie der Anglikanischen Kirche bei.

### *Tutus Weg zum Priestertum*

Desmond Tutu gelangte auf Umwegen zum Priestertum. Eigentlich wollte er Arzt werden, doch für ein Medizinstudium fehlte das Geld. So folgte er den Spuren seines Vaters und wurde Lehrer. Den Beruf übte er jedoch nur kurze Zeit aus, und dies aus Enttäuschung und Empörung darüber, dass auf Geheiß der Regierung die Schwarzen eine schlechtere Bildung als die Weißen erfahren sollten.

Als Missionsschüler hatte er den aus Großbritannien stammenden anglikanischen Theologen Trevor Huddelstone kennen gelernt. Der hatte sich fürsorglich um den jungen Tutu gekümmert, als dieser aufgrund einer Lungenentzündung fast 2 Jahre im Krankenhaus verbringen musste. Unter dem Einfluss von Huddelstone, in dem Tutu seinen Mentor sah, entwickelte er eine besondere Sensibilität für die diskriminierende und menschenverachtende Apartheid, und auch der Wunsch, Priester zu werden, dürfte von ihm beeinflusst worden sein.

Von Huddelstone sagte Nelson Mandela, kein Weißer habe so viel für Südafrika getan wie er. Mit seinen Predigten und Schriften erwies er sich als ein entschiedener Gegner der Apartheid, die er als Sünde und als mit dem christlichen Glauben unvereinbar erklärte.

1958, mit 27 Jahren, begann Tutu seine theologische Ausbildung und wurde drei Jahre später zum Priester geweiht. Es war die Zeit blutiger Unruhen, in der allein in der Kleinstadt Sharpeville über 60 Schwarze von der Polizei erschossen wurden. Die Regierung verhängte den Ausnahmezu-

stand. Tausende Schwarze wurden verhaftet.

Zu diesem Zeitpunkt trat Tutu noch nicht als Kämpfer gegen die Apartheid in Erscheinung. Er ging viel mehr nach London, um seine theologischen Studien zu vertiefen. Dort erlebte er eine Gesellschaft ohne Rassenschranken. Er genoss es, neben Weißen auf der Tribüne eines Fußballstadions zu sitzen und von Polizisten mit „Sir“ angeredet zu werden. Ihm wurde klar, dass in Südafrika die gleichen Verhältnisse herrschen müssen und er selbst dazu einen Beitrag zu leisten hatte.

Nach seiner Rückkehr wurde Tutu als erster Schwarzer Dekan an der anglikanischen Kathedrale in Johannesburg. Wenig später wurde er zum Bischof geweiht und 1978 als erster Schwarzer zum Generalsekretär des Rates Südafrikanischer Kirchen berufen.

### *Kämpfer gegen die Apartheid*

Die gesellschaftliche Situation, der sich Tutu als Generalsekretär gegenüber sah, erschien tristis. Der Afrikanische Nationalkongress, die Vertretung der schwarzen Bevölkerung, war verboten worden, Nelson Mandela dazu verurteilt, sein Leben bis zu seinem Tod hinter Gittern zu verbringen. Seine Weggefährten waren größtenteils emigriert, die schwarze Protestbewegung damit führerlos. Lediglich Mandelas Ehefrau führte einsam und von der Polizei drangsaliert einen Rachezug, in dem Kollaborateure ermordet und gegen die weißen Herren Anschläge verübt wurden. Tutu lehnte Rache und Gewalt im Kampf gegen die Apartheid ab. Als Ankläger eines menschenverachtenden Systems wollte er dieses mit friedlichen Mitteln überwinden. Ihm gelang es, den Südafrikanischen Rat der Kirchen als machtvolle Kraft für diese Art des Kampfes zu gewinnen.

Es war ein langer, am Ende erfolgreicher Weg, den Tutu wählte. Anfangs galt er bei den Weißen als Phantast, bei den radikalen Schwarzen als ein nützlicher Idiot, der glaubt, man könne die Weißen dazu bringen, die Apartheid abzuschaffen und damit ihre Macht aus den Händen zu geben.

Tutu setzte sich nicht nur mit Worten, sondern mit seiner ganzen Person der Gewalt entgegen. Bezeichnend ist ein Vorgang aus dem Jahr 1985. Nach der Beerdigung eines schwarzen Gewaltopfers stellte er

sich schützend vor einen enttarnten Kollaborateur, den die wütende Menge bei lebendigem Leib verbrennen wollte. Er drohte, das Land verlassen zu wollen, wenn auf solche Weise die Freiheit erstritten werden sollte.

Tutu warb auf seinen zahlreichen Auslandsreisen für ein Ende der Apartheid. Er sprach auf dem Forum der Vereinten Nationen und rief Präsidenten und Premiers dazu auf, den Kontakt zu dem von weißen Rassisten regierten Südafrika abzubrechen. Er scheute sich nicht, Ronald Reagan und Margaret Thatcher Rassisten zu nennen, weil diese die Verhängung von Sanktionen ablehnten.

Für sein Engagement im Kampf gegen die Apartheid erhielt Bischof Tutu 1984 den Friedensnobelpreis. In seiner Rede verdeutlichte er, dass Tyrannei, Gewalt und Diskriminierung nicht nur das Opfer, sondern auch den Täter entmenschlichen, dass ein menschenwürdiges Leben nur in Gemeinschaft und Solidarität möglich ist, dass wir Menschen um der Menschlichkeit willen einander brauchen, und dies in dem Bewusstsein, dass ich bin, weil du bist.

Zwei Jahre nach Entgegennahme des Friedensnobelpreises wurde Tutu Erzbischof von Kapstadt. Als Frederik de Klerk 1989 zum südafrikanischen Präsidenten gewählt wurde, schrieb Tutu ihm, die Schwarzen würden den Weißen ihre an ihnen verübten Verbrechen verzeihen, wenn Mandela frei komme und die Bestimmungen der Apartheid aufgehoben würden. Sein Schreiben hatte Erfolg. De Klerk war sich bewusst, dass die Apartheid keine Zukunft hatte. Anfang 1990 wurde Mandela aus der Haft entlassen, vier Jahre später ging er aus den ersten freien Wahlen als Sieger hervor und wurde als erster schwarzer Präsident vereidigt.

## *Vorsitzender der Wahrheits- und Versöhnungskommission*

Nach dem Ende der Apartheid wollte sich Tutu ganz auf seine bischöflichen Aufgaben konzentrieren. Doch Mandela bat ihn, den Vorsitz der Wahrheits- und Versöhnungskommission zu übernehmen. Ihre Einsetzung war eine der ersten Entscheidungen, die Mandela nach seiner Amtsübernahme traf. Sie sollte die während der Apartheid von Weißen wie von Schwarzen begangenen Verbrechen ans Licht bringen, die Täter be-

strafen und den Opfern Gerechtigkeit widerfahren lassen. Doch wichtiger als die Verhängung von Strafen sollte die gesellschaftliche Versöhnung sein. Ihre Voraussetzung war das Eingeständnis persönlicher Schuld und die Bereitschaft zur Wiedergutmachung.

Bischof Tutu verstarb am 2. Weihnachtstag 2021. Seinem Wunsch gemäß wurde er in einem Armensarg bestattet. Doch sein Leichnam wurde weder traditionell dem Erdreich übergeben, noch den Flammen des Krematoriums. Tutu wählte für sich eine chemische Zersetzung seiner Gebeine, weil er dies für ein die natürliche Umwelt schonendes Verfahren hielt. Beigesetzt wurde die Urne mit den sterblichen Überresten in der Krypta seiner Kathedrale.

*Quelle: Wojciech Jagielski, Dobry biskup Tutu (Guter Bischof Tutu), Tygodnik Powszechny v. 16.01.2022, S. 34-37.*

\*\*\*

Christine Funk

## **Vertrauen in Gott, der stört**

Erinnerungen an Christian Herwartz SJ

Am Vorabend des Requiems und der Beerdigung von Christian Herwartz SJ komme ich vom Treffen von Begleiter\*innen von Straßenexerzitien, zu dem eine Begleiterin in ihr großes Wohnzimmer eingeladen hatte, nach Hause. Wieder war die faszinierend vertrauensvolle Atmosphäre lebendig wie bei den Begleitgesprächen während der Straßenexerzitien, wenn die Exerzitand/ine/n von ihrem Tag auf der Straße erzählen.

Jeder und jedem fällt es schwer, aus den Erinnerungen auszuwählen. Sie sind so vielfältig und unterschiedlich, wie es die versammelten Menschen sind. Man muss von sich erzählen, so kann der Abwesende im Reichtum seiner Persönlichkeit spürbar sein. Im Zuhören zeigt sich, dass Menschen mit unterschiedlichsten Schmerz- oder

Mangelerfahrungen, mit Fragen und Sehnsüchten von Christians Vertrauen gestärkt und verändert wurden. Dankbarkeit für das empfangene Vertrauen und seine radikale Offenheit, die die eigene Lebendigkeit und Intuition aus Situationen des Zwangs oder Verstrickungen befreien half. Viel Freundschaft aus langen Jahren ist im Raum spürbar, unterschiedlichste Beziehungen: aus Familie, Arbeitergeschwistern, dem Jesuitenorden, der Ökumene, der Wohngemeinschaft, den Straßenexerzitien und aus anderen Kontexten. Begegnungen mit ihm waren bei einigen Durchbruch zu und Begleitung in Lebenswenden; Ermütigungen, die eigene Wut nach Demütigungen in Stärke zu verwandeln; Geschichten der Konfrontation waren zu hören und solche zarter Einfühlung; Erzählungen von Widerstand gegen (Klerikal-)Mächtige, viel auch von Ermächtigung durch Vertrauen, Liebe und Präsenz.

Mabel formuliert die Erfahrung vieler:

„Christian war ein Bruder, der nie versucht hat, etwas nach seinem Geschmack oder Vorsätzen zu steuern, sondern respektvoll und achtsam hingehört hat, der mitgespürt hat und den Spuren Gottes „barfuß“ mit nachgegangen ist.“<sup>33</sup>

In den Straßenexerzitien ist die Aufmerksamkeit auf den je persönlichen Gottesnamen<sup>34</sup> eine Übung, „Gott, DU..., die du mich schön ansiehst“, „Gott, der Du mir die Sehnsucht nach Gerechtigkeit ins Herz gelegt hast“, „Gott, Du..., der mich stört“. Christian konnte oft wie entschuldigend sagen: „Gott ist ein Halunke“. Moralisierende Wertungen oder psychologisierende Erklärungen waren nicht sein Repertoire, statt dessen Verbundenheit und Solidarität, mit denen, die von oben herab schlecht gemacht werden, die von anderen als „die Störer“ an den Rand gedrängt werden.

Für mich ist Christian der, in dessen Netzwerken ich mich „katholisch“ in Berlin beheimaten konnte. Nach einem Familienumzug 2006 und dem Glück, eine Stelle an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB) zu finden, begann eine Zeit vieler Fremdheitserfahrungen im „katholischen Berlin“ in Gemeinden, Gruppen, mit

einzelnen Klerikern. Bis ich eines Samstags zur Mahnwache vor dem Abschiebegefängnis in Grünau ging, die die Ordensleute gegen Ausgrenzung initiierten. Dort war das, was ich seit meinem Studium als Kirche an andern Orten kennengelernt hatte: Einfachheit, konkretes Beten, politische Klarheit, die sich nicht aufspielte, aber positioniert war. Dort habe ich im Laufe der Zeit Menschen kennengelernt, mit denen ich mich nicht nur kirchlich befreunden konnte. Alle über Berlin verstreut lebend, quasi eine mobile Gemeinde. Unter ihnen die Comboni-Schwestern Margit Forster und Mabel Mariotti, Ricarda Praetorius, Taizéaktivistin in Berlin seit den Zeiten Frère Rogers in den 1960er/70er Jahren und Soeur de l'unité. Irgendwann bekam ich mit, dass Christian mit anderen in Kreuzberg Exerzitien im Alltag anbot. Da bin ich gern hingegangen, weil mir gefiel, wie lebensnah Bibeltexte gelesen wurden und dazu exegetisch fundiert (Jutta Becker, der verstorbenen ev. Pfarrerin zum Gedächtnis). In diesem Kontext habe ich erste Straßenexerzitien tageweise in Berlin gemacht und die WG in der Naunynstraße kennengelernt. Außer dem biblischen und geistlichen „Mehrwert“, waren die Straßenexerzitien wunderbare Gelegenheiten, mich in vielen Stadträumen Berlins im Vertrauen zu bewegen und zu staunen. Schnell war ich mir sehr sicher, dass das Gerede von Berlin als „gottloser Stadt“ wirklich von einem höchst elitären Gott fixierenden Bild zeugte. Denn hier schrieb Alfred Delp sogar im Gefängnis: „Die Welt ist Gottes so voll.“ Und wer aufmerksam unterwegs ist, vernimmt, dass Spuren Gottes in unterschiedlichster Weise wahrnehmbar sind. Jede Muslima bezeugt mit ihrer Kopfbedeckung ihr Vertrauen auf die Barmherzigkeit des je größeren Gottes. So kam auch die Gedenkkirche Maria Regina Martyrum mit dem monumentalen Auferstehungsgemälde Georg Meistersmanns und die evangelische Schwester-Gedenkkirche mit Alfred Hrdlickas Totentanz in meinen Horizont. Auch dort war Christian gelegentlich präsent zusammen mit Klaus Mertes und anderen Jesuiten. Ihren Predigten und Performanzen verdanke ich die Sicherheit, dass in den Plötzenseekirchen die überzeugendste Geschichte des ökumenischen Zeugnisses für die Gegenwart grundiert ist und mit unmittelbarer Relevanz immer neu zu aktualisieren ist.

<sup>33</sup> Exerzitien auf der Straße – Respektvolles Hören und Sehen (strassenexerzitien.de) (abgerufen am 6.3.2022)

<sup>34</sup> Vgl. Gott mit Namen an sprechen – Exerzitien auf der Straße (strassenexerzitien.de) (abgerufen am 6.3.2022)

In Zeiten, in denen in der Kirche die Machtfrage endlich nicht mehr nur unter dem Dienstsprech versteckt wird, erscheint Christians Engagement als ehemaliger Arbeiterpriester und Mitglied der Arbeitergeschwister exemplarisch prophetisch. Er gab von seiner „Amtsmacht“ als Jesuit und Priester ab - oft genug Mitbrüder und das diözesane Predigtestablishment provozierend – an die Menschen seiner WG und an die, denen er in Exerzitien begegnete. In Gottesdiensten schuf er Räume gleichberechtigten Sprechens für Frauen, er teilte die Gebete des Hochgebets mit „normalen“ Teilnehmer\*innen des Gottesdienstes. Gegenseitige Fußwaschungen mit Salbung stifteten dichte Verbundenheit mit der ermächtigenden Zeichenhandlung Jesu, die andere in Würde setzt. Er hatte eine große Begabung für performative Kreativität liturgischer Handlungen auf der Straße oder an unscheinbaren Orten. Sie speiste sich aus dem Zusammenklingen von „Straße“, der Überzeugung, dem Auferstandenen auf der Straße z.B. in obdachlosen Menschen zu begegnen und den Worten der Hl. Schrift, die er in je verschiedener Beleuchtung situationsgerecht interpretieren konnte.

Auslegungen der Hl. Schrift aus den Erfahrungen der Straße bleiben prägend wie z.B., die Überzeugung, dass unter den frustrierten Emmaus-Jüngern ein Ehepaar war, das Jesus zu sich nach Hause einlud. Die entschiedene Übersetzung der Auseinandersetzung mit den Schriftgelehrten über die Schuld der „Ehebrecherin“ (Joh 8,7) „Lasst sie in Ruhe“ wirkt immer wieder befreiend.

Erinnerungen an Christian Herwartz sind mit viel und großer Dankbarkeit verbunden, weil er den Sinn bestärkt hat, dass Jesus die Straße ist (Joh 14,6), auf der die Wahrheit des Lebens mit Gott gefunden wird.

(Christine Funk ist Professorin für Systematische Theologie und ihre Didaktik an der Katholischen Hochschule für Sozialwesen Berlin (KHSB) - Christine.Funk@khsb-berlin.de)

\*\*\*

B. Barsoum und R. M. Kerr

## **Der Pakt Umars – Rechtsfiktio- n versus Geschichtlichkeit**

Bei der wissenschaftlichen Erforschung der frühen Islamgeschichte steht man vor einer sehr problematischen Quellenlage, oder genauer gesagt zwei Quellenkomplexe stehen einander gegenüber, nämlich einerseits der Koran (bzw. seine erst später einsetzenden exegetischen Traditionen) und die widersprüchliche islamische Tradition, deren Texte frühestens im achten Jahrhundert n. Chr. und größtenteils erst im neunten und zehnten Jahrhundert verfasst wurden; andererseits die materielle Dokumentation (Archäologie, bes. Epigraphie und Numismatik) und nichtislamische literarischen Quellen des 7. und frühen 8. Jhdt. Diese zwei Komplexe ergänzen einander keinesfalls und man muss aufpassen, nicht die spätere islamische Tradition in die wenig scheinbar aussagekräftigen kontemporären Quellen hineinzulesen. Es wird oft behauptet, dass die Masse der traditionellen islamischen Literatur, die vielmehr eine Meistererzählung darstellt, auf einem historischen Kern beruhen muss – weil dies stimmen kann, ihn zu identifizieren ohne die Hinzuziehung externer Quellen ist unmöglich – Patricia Crone hat diesbezüglich gar die islamische Geschichtstradition einmal als „die Trümmer einer ausgelöschten Vergangenheit“ (Slaves on Horses, 1980, S. 10) bezeichnet. Im Rahmen der noch nicht publizierten Dissertation des erstgenannten Autors zur theologiegeschichtlichen Entwicklung und rechtstheoretischen Analyse der Doktrin Loyalität und Lossagung (*al-walā' wa-l-barā'*) im Sunnitentum wurden u. a. islamische Rechtsbestimmungen zur Regulierung der Beziehungen zwischen Muslimen und Nichtmuslimen untersucht. Diese Untersuchungen zeigen Wechselwirkungen zwischen der frühen Normenlehre und dem Aufkommen autoritativer Quellen auf.

Die vermeintlichen Geschehnisse um die Islamstehung zu Mekka und Medina um die Figur Muhammads werden nur in der



islamischen Traditionsliteratur beschrieben und sind daher historisch nicht belastbar. Die Geschichtlichkeit setzt eigentlich nur ein mit dem ersten arabischen Herrscher der Umayyaden-Dynastie Mu'āwiya b. Abī Sufyān (603-680), der sicherlich als ein großer Staatsmann gelten kann; ob er Muslim gewesen war, ist eher unwahrscheinlich, da die Quellen seiner Zeit ein ziemlich anderes Bild bieten. In der unmittelbar vorangehenden Zeit sollen die Araber den vorderen Orient erobert haben, nachdem die ersten zwei „rechtgeleiteten“ Kalifen Abu Bakr und Umar b. Al-Ḥaṭṭāb, die symbolisch für die ideal vorgestellte islamische Urzeit fungieren, in mehreren Schlachten die römisch-byzantinische Herrschaft besiegten. Aus archäologischer Sicht ist dies problematisch, häufig wird von einem „Silent Conquest“ gesprochen, da diese Eroberung sich scheinbar spurlos ereignete.

Man kann natürlich über die Quantität und Qualität zu erwartender materiellen Hinterlassenschaften bei einem Eroberungszug streiten. Islamischen Überlieferungen zufolge aber wollten nahöstliche Christen sich selber den neuen muslimischen Herrschern mit einem Pakt unterwerfen, der mit dem der islamischen Meistererzählung zufolge zweiten Kalifen Umar b. al-Ḥaṭṭāb in Verbindung gebracht wird. In dieser Überlieferung werden konkrete Bestimmungen aufgeführt, denen sich die Nichtmuslime unterwerfen müssen, wenn sie ihr Leben, ihren Besitz und ihre Familienangehörigen schützen wollen und so den Status von ‚Schutzbefohlenen‘ (*ahl ad-dimma*) annehmen, als einzige Alternative zur Konvertierung oder dem Tode. Die Überlieferung bzw. die darin aufgeführten Bestimmungen werden auch als „Pakt Umars“ (*Schurūt umar*) bezeichnet. Wir geben hier eine Version dieser Überlieferung wieder: „Als du zu unserem Land kamst (*innā hīna qadimta bilādanā*), baten wir dich um Schutz für uns selbst und die Angehörigen unseres Volkes (*talabnā ilaika l-amānata li-anfusinā wa-ahli millatinā*), im Gegenzug dafür, dass wir uns selbst als Bedingung auferlegen (...)“. Die daran anschließenden Bedingungen sind in der Überlieferung so formuliert, als hätten sich die Christen diese selbst auferlegt. Diese werden hier zusammengefasst und ins Deutsche mit der Formulierung „Sie dürfen“ übertragen.

1. Sie dürfen in ihrer Stadt keine neuen Kirchen bauen und um sie herum kein Kloster, keinen Bischofssitz und keine Mönchsklause.
2. Sie dürfen die bestehenden Kirchen nicht erneuern.
3. Sie dürfen Muslime weder tags noch nachts hindern, in den Kirchen unterzukommen, und sie müssen ihre Tore für Vorbeigehende und Reisende offenhalten.
4. Sie dürfen in ihren Kirchen und Häusern keine Spione unterbringen.
5. Sie dürfen denjenigen, der die Muslime betrügt, nicht decken.
6. Sie dürfen keine Glocken laut läuten, sondern nur im Inneren der Kirche.
7. Sie dürfen kein Kreuz auf der Kirche anbringen.
8. Sie dürfen ihre Stimmen bei ihrem Gebet und der Lesung in den Kirchen nicht erheben, wenn Muslime anwesend sind.
9. Sie dürfen weder Kreuze noch die Bibel auf den Markt der Muslime bringen.
10. Sie dürfen weder zu Ostern noch am Palmsonntag Prozessionen vollziehen (○).
11. Sie dürfen nicht laut über ihre Toten wehklagen.
12. Sie dürfen kein (Kerzen-)Licht auf den Märkten der Muslime offen zeigen.
13. Sie dürfen nicht mit Schweinen neben Muslimen wohnen.
14. Sie dürfen keinen Alkohol verkaufen.
15. Sie dürfen keinen Polytheismus (*širk*) offen zeigen.
16. Sie dürfen niemanden für ihre Religion erwärmen und nicht missionieren.
17. Sie dürfen keinen Sklaven von einem Muslim kaufen.
18. Sie dürfen niemanden ihrer Verwandten daran hindern, in den Islam einzutreten.
19. Sie müssen ihre eigentümliche äußere Gestalt überall wahren und dürfen sich den Muslimen in der Kleidung, der Kopfbedeckung, den Schuhen, Haaren und im Gefährt nicht ähnlich machen.
20. Sie dürfen nicht wie Muslime reden (*lā natakalām bi-kalāmihim*).

21. Sie dürfen sich nicht eine Kunya der Muslime geben (*lā natakanā bi-kunāhum*).
22. Sie müssen die Stirnlocke kürzen und dürfen keinen Scheitel tragen.
23. Sie müssen einen Gürtel um ihre Hüfte binden.
24. Sie dürfen nichts auf Arabisch in ihre Ringe ritzen.
25. Sie dürfen nicht auf Sätteln reiten.
26. Sie dürfen keine Waffe besitzen.
27. Sie dürfen keine Schwerter schmieden.
28. Sie müssen die Muslime in ihren Versammlungen ehren (*an nuwaqqir al-muslimīn fī maǧālisihim*).
29. Sie müssen bei Anfrage den Muslimen den Weg weisen.
30. Sie müssen den Platz freimachen, wenn ein Muslim sich setzen möchte.
31. Sie dürfen nicht in die Wohnungen der Muslime blicken (*wa-lā naṭṭali ‘u ‘alaihim fī manāzilihim*).
32. Sie dürfen ihren Kindern den Koran nicht lehren.
33. Sie dürfen keine Geschäftspartner von Muslimen werden (*lā yuṣāriku aḥadun minnā musliman fī tiǧāra*), außer, wenn der Muslim das Sagen hat (*illā an yakūna ilā l-muslimi amru t-tiǧāra*).
34. Sie müssen einem reisenden Muslim drei Tage Unterkunft gewähren und ihn mit dem bewirten, was sie an durchschnittlichen Speisen und Getränken vorfinden (*min ausaṭi mā naǧid*).

Die Überlieferung erzählt, dass Abdarraḥmān b. Ghhanm diese Bedingungen in einem Schreiben an Umar sendete, um sich bestätigen zu lassen, dass er den Schutzvertrag unter diesen Bedingungen schließen dürfe. Umar war mit all den Bestimmungen einverstanden und fügte noch zwei weitere hinzu:

1. Sie dürfen keine Kriegsgefangenen von den Muslimen kaufen.
2. Wer einen Muslim absichtlich schlägt, der begeht Vertragsbruch.

Diese Bestimmungen hat er mit in den Schutzvertrag aufgenommen und ihn dann geschlossen. Diese Bedingungen legte er auch weiteren Christen in der Levante auf (*aqarra man aqāma min ar-rūmi fī madā‘ini š-šāmi ‘alā hādā š-šarṭ*).

Es gibt weitere Überlieferungen, die ebenfalls von einem Abkommen berichten, das mit Christen geschlossen worden sei. Diese

Überlieferungen nennen Bestimmungen zur öffentlichen Religionsausübung; die Bestimmungen zur Segregation und Erniedrigung sind darin allerdings nicht aufgeführt. Diese Überlieferungen werden in Abgrenzung zu den detailreicheren *Schurūt Umar* als *‘uhdat Umar* bezeichnet. In der Forschung wird für diese Überlieferung als älteste Quelle meist das *Kitāb at-Tārīḥ* des Tabarī (gest. 310/923) angegeben. Allerdings kann hier angemerkt werden, dass auch schon im *Kitāb Futūḥ al-Buldān* des Balādhurī (gest. 279/893) darüber berichtet wird. Iyād b. Ghanm (gest. 20/641) soll ein Abkommen mit unterworfenen Christen in der Region der Jazīra geschlossen haben. In der oben aufgeführten Überlieferung war ein ‘Abdarraḥmān b. Ghanm, nicht Iyād b. Ghanm, genannt, jedoch als Mittler – die eigentliche Autorität in der Überlieferung war Umar. Zusammengenommen umfassen die nacheinander aufgeführten Abkommen bei Balādhurī die folgenden Bestimmungen:

1. Schutz des Lebens und Besitzes wird gewährt.
2. Kirchen werden nicht zerstört und nicht besetzt.
3. Es dürfen keine Kirchen neu gebaut werden.
4. Glocken dürfen nicht geläutet werden.
5. Der Ritus zum Osterfest (*bā‘ūl*) darf nicht öffentlich abgehalten werden.
6. Kreuze dürfen nicht offen gezeigt werden.
7. Dem Wegsuchenden muss der Weg gewiesen werden.
8. Die Brücken und Straßen müssen instandgehalten werden.
9. Den Muslimen muss guter Ratschlag (*naṣiḥa*) gegeben werden.

Es ist eine Dreiteilung zu erkennen: In 1–2 sind Bestimmungen aufgeführt, die den Eroberern auferlegt werden. In 3–6 ist bestimmt, was die Eroberten in Bezug auf konkrete kultische Angelegenheiten zu unterlassen haben. In 7–9 ist aufgeführt, was dem Gemeinwohl dient. Andere Überlieferungen hingegen erzählen von Bestimmungen, die in Anzahl und Inhalt zwischen dieser und der ausführlichen *Schurūt*-Überlieferung stehen. Bei Ibn ‘Asākīr (1105–1175; *Kitāb Tārīḥ Dimašq*, Bd. 2, S. 124) sind solche Beispiele zu finden. Dort ist nicht von Iyād b. Ghanm, sondern von Abū ‘Ubaida als demjenigen, der das Abkommen schloss, die Rede. Die wahrscheinlich umfangreichste

Sammlung von Überlieferungen ist im letztgenannten Werke zu finden (Bd. 2, S. 174–185). Eine andere Form ist bei Abū Yūsuf (gest. 798; *Kitāb al-Ḥarāğ*, S. 49) zu finden. Dort genannt werden allerdings nur: Die Zahlung einer Steuer (*ḥarāğ*), die Aufnahme von Gästen für drei Tage, die Pflicht zum Weisen des Wegs und das Verbot, Feinde zu unterstützen.

In der Forschung wird die Historizität der Überlieferungen diskutiert. Daniel C. Dennett hält es für möglich, dass die *‘uhdat Umar*-Überlieferung aus dem *Kitāb at-Tārīḥ* von Tabarī authentisch sein kann. Diese Ansicht teilt Milka Levy-Rubin und versucht sie damit zu begründen, dass die Bedingungen vorislamische Wurzeln haben. Die *Schurūt Umar* in ihrer finalen Form jedoch sind auch der Ansicht von Levy-Rubin das Ergebnis eines Konsolidierungsprozesses, der im 3./9. Jhd. seinen Abschluss fand. Dass die Überlieferungen nicht bis in die Zeit Umars zurückreichen können, meint beispielsweise auch Bernard Lewis und fasst die Argumente von A. S. Tritton zusammen, der sich in seinem Buch *Caliphs and their Non-Muslim Subjects: A Critical Study of the Covenant of Umar* eingehend mit den Überlieferungen auseinandergesetzt hat. Tritton stellt eine Zuschreibung zu Umar u. a. aufgrund der folgenden Überlegungen grundsätzlich in Frage: (1) Es ist unwahrscheinlich, dass ein besiegtes Volk sich selbst Bedingungen auferlegt und diese nicht von den Siegern diktiert bekommt. (2) Es ist unwahrscheinlich, dass syrische Christen im 1./7. Jhd., die kein Arabisch sprachen und sicher nicht die islamischen Schriften studierten, die Sprache und spezifischen Begriffe so getreu hätten aufschreiben können. (3) Einige Absätze reflektieren deutlich spätere Entwicklungen. Tritton sieht es für eher wahrscheinlich an, dass die Bedingungen auf den umayyadischen Kalifen Umar b. ‘Abdal‘azīz (98/717–101/720) zurückgehen könnten, aber fälschlicherweise Umar b. al-Khaṭṭāb zugeschrieben wurden. Mark R. Cohen meint, dass die *Schurūt Umar* erst in Dokumenten, die nicht früher als auf das 4./10. Jhd. datiert werden können, historisch greifbar werden. Entwickelt haben sie sich seiner Ansicht nach aus „vorislamischen Stammessitten, vom Propheten eingeführten Präzedenzfällen in Arabien, den spezifischen Umständen der früheren islamischen Eroberungen und Einflüssen des

Rechts des Oströmischen Reiches wie des Sassanidenreiches“.

Der Skepsis in Bezug auf eine Zuschreibung der Bestimmungen wird hier gefolgt. Wissenschaftlich gesehen sind die Überlieferungen hauptsächlich aus zweierlei Hinsicht problematisch: Erstens, wie oben kurz dargelegt, die Angaben der islamischen Überlieferung sind widersprüchlich; Zweitens, zeitgenössische (per Definitionem nichtislamische) Quellen und spätere Werken christlicher Autoren, die nicht von der islamischen Überlieferung beeinflusst wurden, erwähnen die sog. *Schurūt Umar* mit keinem Wort. Was dann sollte man hiervon halten?

Ein Weg, um aus dieser scheinbaren historisch unüberbrückbaren Unwegsamkeit zu entfliehen, ist die Überlieferung der islamischen Tradition selber historisch-kritisch zu sichten. Das früheste uns bekannte Rechtswerk, in dem die besagte Überlieferung verzeichnet ist, ist das *Kitāb Ahkām Ahl al-Milal* des Ḥanbaliten Abū Bakr al-Ḥallāl (gest. 311/924). Die Überliefererkette (*Isnād*), die von Ḥallāl angegeben wird, beginnt mit ‘Abdallāh b. Aḥmad b. Ḥanbal (dem Sohn des bekannten Aḥmad b. Ḥanbal; gest. 903), der über Abū Šurāḥbīl ‘Isā b. Ḥālid b. Nāfi‘ al-Ḥimṣī berichtet, dass sowohl Abū l-Yamām als auch Abū l-Muğīra berichten, dass Ismā‘īl b. ‘Ayyāš ihnen sagte, dass mehrere (ungenannte) Gelehrte berichten (*ḥaddaṭānā gairu wāḥidin min ahli l-‘ilm*), dass Christen der Jazīra sich an ‘Abdarrahmān b. Ghanm (gest. 78/698) schriftlich wendeten, um sich selbst Bedingungen für einen Schutzvertrag aufzuerlegen.

An diesem Isnād ist auffallend, dass er bei dem Sohn des bekannten Aḥmad b. Ḥanbal beginnt, aber nicht auf seinen bekannten Vater Aḥmad b. Ḥanbal selbst zurückgeführt wird – in seinem Oeuvre werden zwar die Bestimmungen der *Schurūt Umar* inhaltlich aufgeführt, aber nicht zusammenhängend in einer Liste und nie dem Umar zugeschrieben, was zu erwarten gewesen wäre – sondern auf Abū Šurāḥbīl, einen Tradenten aus Ḥimṣ. Interessant hier ist, dass dieser über die Linie Abū l-Muğīra > Ibn ‘Ayyāš tradiert, über die auch diverse Hadīte im Musnad Aḥmad zu finden sind. Wieso ist die *Schurūt*-Tradition dann nicht auch schon in dem Traditionsgut von Aḥmad b. Ḥanbal und seinem Sohn zu finden? Dies wird daran liegen, dass die Kettenglieder Abū l-Muğīra >

Ibn ‘Ayyāš als vertrauenswürdige Quellen galten und man ihnen daher diese Tradition im Nachhinein unterschieben konnte. Dies ist einer der Hinweise darauf, dass die Verbreitung der *Schurūt*-Tradition zwischen dem Ableben von ‘Abdallāh b. Aḥmad b. Ḥanbal in 903 und Abū Bakr al-Ḥallāl in 924 zu datieren ist. Basierend auf einer Zusammenchau der Quellen und Indizien wird hier postuliert, dass das Aufkommen der *Schurūt Umar*-Tradition um das Jahr 300/913 zu datieren ist, also nach dem Tode des Erstgenannten.

Der Grund hierfür ist eine vielfach feststellbare Entwicklung in der islamischen Normenlehre (*fiqh*). Vereinfacht dargelegt, sieht man im Laufe der Zeit eine Tendenz hin zu einer rechtsschulübergreifenden Konsensbildung der vier autoritativen sunnitischen *Madhāhib* (das sind die Hanafīya, Mālikiya, Šāfi‘īya und Hanbalīya) basierend auf den inzwischen allseits akzeptierten Ḥadīten. Während in der früheren Phase die Autorität eines Rechtsschulgründers ausreichte, entsteht später in Bezug auf die Bestimmungen der Doktrin, keine schulinterne, sondern eine schulübergreifende

Konsolidierung – ein Konsens entsteht allmählich hinsichtlich der Einzelbestimmungen selber. Aber die der Gründerfigur einer Rechtsschule zugeschriebene maßgebliche Autorität konnte nicht von den übrigen akzeptiert, eine neue Legitimationsgrundlage musste geschaffen werden, auf Basis des Ḥadīt, dem Propheten (die sog. *Šaḥāba*) zugeschriebenen Worten, als gemeinsam akzeptierte autoritative Quelle des Fiqh.

Betrachtet man die Entwicklung der Bestimmungen über die Rechtsschulen hinweg bis ins 7./13. Jhd., so erkennt man eine Tendenz hin zu einer rechtsschulübergreifenden Konsensbildung basierend auf den inzwischen allseits akzeptierten Ḥadīten. Das was als Konsolidierungsphase in der rechtsschulinternen Entwicklung bezeichnet wird, ist, in Bezug auf die Bestimmungen der Doktrin, keine schulinterne, sondern eine schulübergreifende Konsolidierung auf Basis des Ḥadīt als gemeinsam akzeptierte autoritative Quelle des Fiqh. Die folgende Grafik zeigt diesen Prozess entlang ausgewählter Bestimmungen, verdichtet auf die Entwicklungsphasen bei den vier Rechtsschulen:

	Gründung	Verbreitung	Konsolidierung	
Segregation durch Kleidung	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>	
Erniedrigung im Zusammenhang mit dem Reiten	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>	
Verbot initiativ zu Grüßen	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>	
Erwiderung des Grußes nur mit ( <i>wa-‘alaik(um)</i> )	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>	
Nichtmuslime sollen auf dem Weg an den Rand gedrängt werden	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>	
Erniedrigung durch Platzfreigabe	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>	
Segregation in Badeanstalt durch Glocke oder Reifen um den Hals	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>	
Haus eines Nichtmuslims darf nicht höher sein als das eines Muslims	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>	
Einschränkung des ggs. Anblickens zw. gläubigen u. ungläubigen Frauen	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	
Nichtmuslimen die Hand zu schütteln ist verpönt	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	
Segregiertes Wohnen	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	
Segregationszeichen an der Wohnung	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	
Nichtmuslime bei Begrüßung zu verfluchen ist mindestens erlaubt	<input type="checkbox"/> <input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> <input checked="" type="checkbox"/>	

Deutlich wird aus der Tabelle Folgendes: Bei allen Rechtsschulen – bis auf die mālikitische – ist schon in ihrer jeweiligen Gründungsphase das soziale Zusammenleben mit den Nichtmuslimen auf Segregation ausgerichtet. Konturen einer eigenen Identität bedürfen eben der Abgrenzung von den anderen. Mit welchen konkreten Bestimmungen diese Abgrenzung erreicht werden kann, darüber gab es noch keinen Konsens. Einem Konsens nahe war man nur in Bezug auf die Kleidung als Segregationsmerkmal. Dies lag wohl daran, dass eine solche Segregation eine bereits gelebte gesellschaftliche Realität in den Kleidungsbräuchen der verschiedenen sozial-ethnischen Gruppen darstellte und dann nachträglich islamrechtlich normiert wurde. Im Laufe der Zeit wurden Kleidungsbräuche der verschiedenen sozial-ethnischen Gruppen, wie das Tragen eines Gürtels (*kustīġ, zunnār*) oder die Kleidungsfarbe, zu einem Symbol der Erniedrigung und zu einer Bedingung des Schutzvertrags. In Bezug auf andere Bestimmungen näherte man sich erst im Laufe der Jahrhunderte schrittweise einem Konsens an, insbesondere bei den Bestimmungen, zu denen sich Ḥadīte und Traditionen von Prophetengefährten entwickelten. Dies betrifft beispielsweise das Verbot, Nichtmuslime initiativ zu grüßen und sie, wenn man sie auf der Straße trifft, an den Rand des Weges zu drängen. Aus dem *Fiqh* entwickelten sich dann Propheten- und Gefährtentraditionen – ein gemeinsam anerkanntes, in die ‚Urzeit‘ zurückprojiziertes, Traditionsgut. Dies wird am Beispiel der *Schurūt Umar*-Tradition sehr deutlich. In der Gründungszeit ist die Entstehung der proto-*Schurūt* anzusetzen, das sind lose Bestimmungen, die auf Umar zurückgeführt wurden, aber noch nicht im Gewand der bekannten

Überlieferung vorlagen. An der Scheide zwischen der Gründungs- und Verbreitungsphase, um das Jahr 300 n. H., kommt dann die *Schurūt Umar*-Überlieferung in Umlauf. Gemeinsames Traditionsgut, welches rechtsschulübergreifende Akzeptanz fand, war wichtig dafür, eine rechtsschulübergreifende sunnitische Orthodoxie in den Fragestellungen zu ermöglichen. Zum 7./13. Jhd. hin war eine Harmonisierung über die Rechtsschulen in Bezug auf die Bestimmungen weitgehend erreicht.

Wir sehen hier, dass der ideal vorgestellten juristischen Hermeneutik (*uṣūl al-fiqh*) die autoritativen Quellen als historisch gegeben angenommen werden, und aus ihnen sollten mit diversen Methoden der Normderivation religionsrechtliche Bestimmungen ergründet werden. Dass jedoch nicht die autoritativen Quellen, sondern die Normenlehre am Anfang stand und sich daraus erst später zur Legitimation vorhandener Bestimmungen Prophetenworte (sog. *Ḥadīte*) und überlieferte Praktiken und Aussagen von Prophetengefährten entwickelt haben, zeigten schon historisch-kritische Forscher wie Josef Schacht und Josef van Ess auf. Die Grundlage der islamischen Normenlehre (*fiqh*) ist nicht historisch, Geschichten, die in die ideal und unverfälscht vorgestellte Urzeit wurden erst als allgemein akzeptierte Legitimationsquelle nachträglich erfunden, wie hier anhand der literarischen Erschaffung der angeblich von den Christen des Nahen Ostens selber hervorgebrachten und dann *Umar* zugeschriebenen Pakt deutlich dargelegt werden konnte. Die nichtislamischen Quellen konnten nichts von diesem Pakt wissen, weil er ein Produkt der Entwicklung der späteren innerislamischen juristischen Hermeneutik, und nicht der Geschichtsschreibung, ist.

\*\*\*

Benno Rech

## Die Glosse

Lieber Joseph,  
ich bin durch das Verhalten der katholischen Würdenträger in meinem Vertrauen

auf die Kirche gehörig durcheinandergbracht. Du hältst ja die Katholische Kirche immer noch für die perfekte, heilige, von Gott selbst eingesetzte Institution. Ich meine, jetzt, dürftest sogar Du angesichts der Missbrauchsfälle und wegen der Falschbehauptung von unserem bayerischen Benedikt, der, solange er Papst gewesen ist, in Glaubensdingen absolut unfehlbar war, und dem sicher auch als Rentner noch ein Rest davon geblieben ist, sich verständlich

in die Unwahrheit einer Ausrede zurück-zuziehen probiert hat, weil sein komplettes Ansehen und sein moralischer Kredit, sogar das Unfehlbarkeits-Dogma irgendwie auf dem Spiel stehen. Joseph, ich habe als Gewerkschafter die Behauptung meiner Kirche, total unfehlbar zu sein, immer schon als kuriosen Machtanspruch wie als Vorstufe zum Machtmissbrauch gesehen und war geniert, wenn unter Gewerkschaftern die Sprach darauf kam. Joseph, ich bin heut so weit, dass mir die „einzig wahre Kirche“ durch das Taktieren bei der Missbrauchsaufklärung von den Dogmenproduzenten (das sind die Bischöfe ja) mit Ausreden und Trixereien zur Rettung des Ansehens vom Betrieb höchst unglaublich geworden ist. Danach denke ich jetzt: „Für den frommen Haufen bleichst Du monatlich die Kirchensteuer!“ Ich verstehe die Leut, die ihren Hut nehmen und austreten. Joseph, wie stehst Du zu dem Problem? Red mal mit dem Pater Gescheitle, dass der uns berät, denn unüberlegt wollen wir doch den Austritt nicht machen. Da siehst Du, Joseph, wie *auch* unsereiner quasi durch die Kollateralschäden der Missbrauchstärei der kirchlichen „Würdenträger“ ins Trudeln gerät.

Unter Gewerkschaftern ist der Zustand der Kirche irritierend. Sie macht ja im Sozialen viel Gutes! Mir hat sich im Kopf der Gedanke festgesetzt, es wär besser, wir würden die Kirchensteuer gleich durch eine ebenso hohe Sozialabgabe ablösen über deren Zuwendung, ob wie bisher an die Kirche oder an das Sozialamt, der Zahler entscheiden könnte wie in Italien.

Lieber Joseph, wenn Du Dir Gedanken machst um die Zukunft der Kirche, dann guck auf die Gewerkschaft! Aber die Gewerkschaft floriert und die Kirche ist am Kollabieren. Falls nicht entscheidende Reformen augenblicks vorgenommen werden, geht es gegen die Wand.

Übrigens, die Gewerkschaft, sag ich immer bei Diskussionen mit den Kollegen, sollte nicht spöttisch auf die altmodisch verfasste

Kirche herabschauen, denn sie war ja selber ein reiner Männerbetrieb. Wir haben dieses Manko überwunden. Du fragst wie? Nichts einfacher als das! Wir haben einfach einen Batzen der Posten mit Frauen besetzt, und es herrschte Frieden. Zudem lief unser Betrieb mit Frauen in der Verantwortung reibungsloser, harmonischer. Nach meiner Erfahrung sollt die Kirche das auch machen und sie wär manche Querelen los. Frauen haben ein Händchen für Problemlösungen. Jetzt muss man sich die Zukunft unter maßgeblicher Beteiligung von Frauen nicht zu rosig vorstellen. Frauen haben ihren Kopf. Aber insgesamt halten Kompromisse, die unter der Beteiligung von Mann und Frau gefunden werden, erfahrungsgemäß einfach besser als die ausgeklügelten, besserwisserischen Dogmen von Männern allein aufgestellt.

Joseph, ich und Du, wir wüssten, wie der Kirche zu helfen wäre, aber die Würdenträger in ihrer Selbstherrlichkeit, lassen unsereinen nicht an die Schalthebel. Also geht es weiter bergab mit ihr.

Sei begrüßt und bleib gesund  
Dein depremierter Freund Sepp

P.S. Übrigens, mir ist zugetragen worden, ein Trupp älterer Männer hätte nach einem bierseligen Gasthausbesuch in der Nacht auf Sonntag als Reaktion auf Benedikts Falschinformation ans Benedikt-Denkmal in Markt geschiff. Das gehört sich zwar nicht, aber man sieht daran, wie manche Leut sich in ihrer Aufgebrachtheit Luft verschaffen. Sie sind in den Mitteln ihres Protestes eben nicht wählerisch.

\*\*\*